



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Ernst M. Felberbauer
Dietmar Pfarr (Hrsg.)

Pooling & Sharing und Smart Defense

**Herausforderungen für Streitkräfte
im 21. Jahrhundert**

1/2013
Wien, Jänner 2013

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesminister für
Landesverteidigung und Sport
Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
BMLVS, Rossauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Kommando Landesverteidigungsakademie
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Obstlt Mag. Ernst M. Felberbauer
conference@bmlvs.gv.at

Erscheinungsjahr:

Jänner 2013

Druck:

HDruckZ-ASt Stift
1070 Wien, Stiftgasse 2a

Inhaltsverzeichnis

Vorwort <i>Erich Csitkovits</i>	5
Einleitung <i>Ernst M. Felberbauer und Dietmar Pfarr</i>	9
Pooling & Sharing im Rahmen der Europäischen Union <i>Franco Algieri, Arnold Kammel und Dietmar Pfarr</i>	13
Die NATO Initiative Smart Defense und deren Auswirkungen auf die Mitglieds- und Partnerstaaten. Wie steht der C-34 Prozess der UN im Verhältnis zu Smart Defense? <i>Gunther Hauser</i>	35
Welche Auswirkungen haben Smart Defense sowie Pooling & Sharing auf die Streitkräfteplanung, Führung, Logistik und Ausbildung im öBH? <i>Josef Danhofer</i>	79
Auswirkungen von Pooling & Sharing auf das internationale Krisenmanagement und zivil-militärische Einsätze Österreichs <i>Markus Gauster</i>	99

Was bedeutet Smart Defense und Pooling & Sharing für die Interkulturalität? Vertrauen als Faktor in der internationalen Zusammenarbeit. <i>Hans Lampalzer</i>	125
Zusammenfassung <i>Dietmar Pfarr</i>	147
Glossar <i>Jürgen Kotzian</i>	155
Autorenverzeichnis	167

Vorwort

Erich Csitkovits

Die Landesverteidigungsakademie als höchste Lehr- und Forschungseinrichtung des österreichischen Bundesheeres sieht sich verpflichtet, aktuelle Herausforderungen aufzugreifen und sich mit diesen wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Im jährlichen LVAk Symposium bündelt die Akademie die eigene akademische Kompetenz, verstärkt diese mit Experten des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport sowie anderer Ministerien mit Relevanz für die innere und äußere Sicherheit Österreichs und nationaler Forschungseinrichtungen, um das sicherheitspolitische Kernthema des Jahres umfassend zu behandeln. 2010 war dies „Internationales Krisenmanagement“, 2011 „Comprehensive Approach“.

Internationale Nachrichten im Jahr 2012 wurden von einem vorherrschenden Thema bestimmt: der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dass diese Krise auch auf die Verteidigungshaushalte Auswirkungen hat, ist unbestritten. Dies bringt Anpassungszwänge mit sich, denen wir uns letztendlich auch stellen müssen. Hiezu kommt, dass Finanzexperten diese Krise als strukturelle Änderung ansehen, deren Auswirkungen voraussichtlich länger als eine Dekade zu spüren sein werden.

Auf transatlantischer und europäischer Ebene wird versucht, mit dem Konzept „Pooling & Sharing“ – oder „Smart Defense“ auf NATO Ebene – auf die neuen sicherheitspolitischen Entwicklungen zu reagieren.

Auch das österreichische Bundesheer hat sich bereits intensiv mit diesen Entwicklungen auseinandergesetzt. Hinkünftig wird im Rahmen der Streitkräfteentwicklung mit dem sogenannten Streitkräfteprofil „F 2“ ein eindeutiges Schwergewicht auf Kooperationen, die zum Fähigkeitserhalt und zur Fähigkeitsentwicklung dienen, gelegt.

Von den sechs österreichischen Schwerpunkten auf europäischer Ebene sind zwei durch besonderes Engagement hervorzuheben:

Im Juni 2012 wurde die Übung „EUROPEAN GUARD“ an der Heereslogistikschule in Baden abgehalten. Diese Übung wurde im Bereich der sogenannten Counter-Improvised Explosive Devices abgehalten. Hier geht es darum, wie behelfsmäßigen Sprengkörper, die in internationalen Missionen eine immer größere Rolle spielen, begegnet werden kann. Organisiert wurde die Übung von der Europäischen Verteidigungsagentur und von Österreich mit luxemburgischer Unterstützung durchgeführt.

Das zweite Beispiel für eine Pooling & Sharing Initiative aus der jüngsten Vergangenheit ist das internationale Training von Hubschrauberbesatzungen. Der Einsatz von Hubschraubern stellt eine wesentliche Voraussetzung für moderne Krisenmanagement-Operationen dar. Um Hubschrauber effizient einsetzen zu können, müssen die jeweiligen Mannschaften für herausfordernde Einsätze speziell geschult werden. Die europäische Verteidigungsagentur koordiniert zu diesem Zweck internationale Übungen. Die letzte derartige Übung war die multinationale Hubschrauberübung „Hot Blade“ in Portugal im Juli 2012, bei der unter österreichischer Beteiligung Hubschrauberpiloten Einsätze in heißen und staubigen klimatischen Bedingungen trainierten.

Pooling & Sharing stellt aber auch Potenzial im Bereich Forschung, Lehre und Ausbildung dar. Die LVAK tut sich hier mit vier Initiativen hervor:

Die LVAK stellt bereits seit 15 Jahren einen äußerst aktiven Partner im wissenschaftlichen Netzwerk des PfP Konsortiums der Verteidigungsakademien und sicherheitspolitischen Forschungseinrichtungen dar. Zwei wissenschaftliche Studiengruppen zu Südosteuropa und zum Südkaukasus werden von österreichischer Seite geleitet, zusätzlich partizipiert die LVAK aktiv in der internationalen Bearbeitung von Forschungsfragen wie Combating Terrorism aber auch in Ausbildungsthemen wie E-learning. Der gemeinsam mit der Direktion für Sicherheitspolitik generierte Mehrwert in der sicherheitspolitischen Beratungstätigkeit der Res-

sortleitung zu Südosteuropa und dem Südkaukasus übersteigt die eingebrachten Mittel um ein Vielfaches.

Auf europäischer Ausbildungsebene wurde vor fünf Jahren die strategische Entscheidung getroffen, eine aktive Rolle im Rahmen des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs zu übernehmen. Heute deckt das BMLVS – die Masse der österreichischen Kurse wird durch die LVAK geleitet – gemeinsam mit seinen Partnern ein Drittel aller angebotenen gesamteuropäischen GSVP-Ausbildungsvorhaben ab. Auch hier werden Ausbildungsressourcen gebündelt und Kosten gespart. Weit wichtiger ist jedoch, dass diese Kurse gemeinsame EU-weit zertifizierte Curricula besitzen, ein Paradebeispiel für „Pooling & Sharing“ auf EU-Ausbildungsebene.

In einer von der LVAK geleiteten Arbeitsgruppe an der jährlichen Conference of Commandants in Paris 2012 zum Thema „Learning with Partners“ wurde deutlich, dass in finanziell schwierigen Zeiten Kooperationen – sei es auf multinationaler Ebene oder auch zwischen zivilen und militärischen Universitäten – im Bereich der Lehre und Ausbildung unabdingbar sind. Nur durch gemeinsame Initiativen kann den derzeitigen komplexen gesellschaftlichen Anforderungen begegnet werden.

Als Beispiel für eine gelungene bilaterale Initiative im Bereich Ausbildung kann die Teilnahme des 19. Generalstabslehrganges an der britischen Verteidigungsakademie in Shrivenham angeführt werden. Die österreichischen Offiziere nahmen gemeinsam 2012 mit 200 britischen und 80 internationalen Teilnehmern an der dreiwöchigen Übung „Adept Cormorant“ teil. In drei internationalen Übungsgruppen wurden die Operationen einer multinationalen Streitkraft geplant. Die österreichischen Offiziere mussten sich also sowohl in einer multinationalen Führungsebene zurechtfinden als auch im britischen Führungsprozess mitarbeiten. Kooperation, Zusammenarbeit wird damit internalisiert, der Grundstein für den Erfolg in konkreten Einsatzfällen gelegt.

Besonders beim letzten Beispiel wird deutlich, wie wichtig es ist, Führungskräfte gemeinsam auszubilden. In weiterer Zukunft können so bei internationalen Einsätzen Schwierigkeiten die aufgrund von unterschied-

lichen Begrifflichkeiten sowie Unterschieden in der Befehlskultur auftreten, bereits im Vorfeld verhindert werden.

Grundsätzlich bieten „Pooling & Sharing“ und „Smart Defense“ eindeutig Vorteile beim Erwerb von Expertise und Fähigkeiten, die ohne Kooperation nicht möglich wären. Andererseits wirft „Pooling & Sharing“ auch weitere Fragen auf, die es zu erfassen, zu erörtern und letztendlich zu beantworten gilt: Welche neuen Herausforderungen bringen „Pooling & Sharing“ Initiativen mit sich? Und mit welchen neuen Aufgaben sieht sich das Österreichische Bundesheer konfrontiert?

Die Landesverteidigungsakademie wird den bereits eingeschlagenen Weg in Richtung verstärkter Kooperationen weiterverfolgen. Besonders im Bereich der Ausbildung und Lehre besteht für das Österreichische Bundesheer auf nationaler wie internationaler Ebene besonders großes Potential, da man nur gemeinschaftlich ausgebildet und abgestimmt auf ein immer komplexer werdendes Weltgeschehen reagieren kann.

Einleitung

Ernst M. Felberbauer und Dietmar Pfarr

Im Symposium der Landesverteidigungsakademie 2012 wurde die akademische Kompetenz der Akademie durch Experten des eigenen Ministeriums sowie unserer Partnerministerien und österreichischer Think Tanks verstärkt, um das sicherheitspolitische Kernthema des Jahres umfassend zu behandeln: „Pooling & Sharing“ und „Smart Defense“ und ihre Auswirkungen auf die Aufgaben der Streitkräfte im 21. Jahrhundert.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht auch vor den Verteidigungshaushalten nicht halt. Die Auswirkungen bergen Anpassungszwänge, denen sich Streitkräfte letztendlich stellen müssen. Neben dem Umstand, dass Experten diese Krise mit Strukturwandel auch noch mit Langzeitfolgen verbunden sehen, kommt zusätzlich hinzu, dass die USA, wie in ihren „Strategic Defense Guidelines“ 2012 beschrieben, den Fokus ihrer Bemühungen nach Asien verschoben haben. Dies hat zur Folge das Europa politische Interessen auch ohne die USA durchsetzen können muss.

Mit dem Konzept des „Pooling & Sharing“ – oder „Smart Defense“ auf NATO Ebene – wird auf transatlantischer und europäischer Ebene versucht, auf die neuen sicherheitspolitischen Entwicklungen zu reagieren. Im Kern geht bei beiden Konzepten darum, bei geringerem Mitteleinsatz die jeweiligen nationalen Fähigkeiten durch bi- und multinationale Kooperationen aufrechtzuerhalten.

Wesentlicher nationalstaatlicher Gedanke zu Pooling und Sharing ist der Verbleib der Entscheidungshoheit beim jeweiligen Mitgliedstaat, der jedoch einer Europäisierung der Sicherheitspolitik vorläufig nicht zulässt. Auch die logische Weiterentwicklung dieses Ansatzes in Richtung einer Rollenspezialisierung wird in der sicherheitspolitischen Diskussion derzeit mehrheitlich noch ausgeklammert.

Rollenspezialisierung bedeutet, dass bestimmte Fähigkeiten durch einen Mitgliedstaat oder eine multinationale Struktur sichergestellt werden und die jeweiligen Mitgliedstaaten selbst entweder eine solche Fähigkeit zur Verfügung stellen oder einen finanziellen Beitrag leisten. Die logische Weiterentwicklung dieses Konzepts hin zu einer europäischen Armee wird jedoch ausgeschlossen.¹

Trotz der derzeitigen Entwicklung einer Vielzahl von „Pooling & Sharing“ Projekte, sind diese immer wieder mit nationalstaatlichem Denken infiziert, welches eine Weiterführung der Entwicklung im Sinne eines Bottom-Up Prozesses nahezu unmöglich macht. Österreich stellt hier mit seiner Positionierung um die Neutralitätsfrage keine Ausnahme dar. Parallel beginnen jedoch schon Streitkräfte der EU-Staaten mit drastischen Kürzungen ihrer Kompetenzen, wie das Einmotten der niederländischen Panzerstreitkräfte, und zwingen somit nicht nur andere Staaten zur ungewollten Rollenspezialisierung sondern stoßen die Tür zu einem unkontrollierten und unkoordinierten Abrüsten Europas auf, das nicht nur in dem potenziellen Verlust einiger Fähigkeiten in Europa sondern schlussendlich in der Verteidigungsunfähigkeit des EU-Raumes gipfeln wird. Explizit zur Gegensteuerung dieser Entwicklung kreierte Institute (EDA) müssen diesen Trend daher einbremsen, abfangen und in kontrollierte Rahmenbedingungen führen.

In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass sich die Mitgliedstaaten mit dem Vertrag von Lissabon dazu verpflichtet haben, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Dafür fehlen aber derzeit nicht nur die finanziellen Mittel, sondern offensichtlich auch der politische Wille. Aus diesem Grund schlagen sicherheitspolitische Ex-

¹ Es geht nicht darum, eine europäische Armee aufzustellen – ein mittlerweile wohl überholtes Konzept –, sondern es geht darum, dass die Europäer dann, wenn sie einen Einsatz beschließen, in der Lage sein müssen, ihre Truppen und zivilen Einsatzkräfte unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Effizienz zu verlegen, ausgestattet mit interoperabler Ausrüstung und einheitlichen Handlungskonzepten, die im Rahmen praktischer Übungen und gemeinsamer Schulungen erprobt wurden, sowie beübten und gebilligten gemeinsamen Fähigkeiten. (Claude-France Arnould: *Ein hehrer Anspruch. IN: Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020*, Hrsg. Álvaro de Vasconcelos, 2011, S.107)

perten eine Umkehr des Prinzips bisheriger Verteidigungsplanung vor: Nicht mehr die Frage „Wie viel ist genug?“ ist zu stellen, sondern „Wie viel wollen wir in Verteidigung und Sicherheit investieren und welchen Gebrauch wollen wir davon machen können?“

Und genau diese Frage sollte im Rahmen einer Europäischen Defense Review beantwortet werden.

Die Entwicklung eines Weißbuches, wie in einem diesjährigen wissenschaftlichen Forum der LVAk gefordert, würde ebenfalls ein Instrument zur Vermeidung des oben skizzierten Szenarios darstellen.

Im Vergleich zum europäischen Konzeptes des Pooling und Sharing ist Smart Defense eine Strategie der NATO bei der es im wesentlichen auch darum geht durch Bündelung von Ressourcen Kosteneffizienz bei gleichzeitig gleichbleibenden Belastungen für Mitgliedsstaaten zu erreichen. Aktuelle Sparszenarien haben deshalb auch den NATO Gipfel in Chicago beherrscht bei dem unter anderem auch der Erhalt der Schlagfähigkeit der Allianz im Schatten des Projekts besprochen wurde.

Kernaussage von Smart Defense ist, dass nicht jeder alles können muss. Vielmehr müssen die einzelnen Staaten die richtigen Prioritäten setzen, sich spezialisieren und darauf konzentrieren, was sie am besten können.

In fünf ressortübergreifenden Arbeitsgruppen, unter Einbindung der fachlich zuständigen Dienststellen wurden unterschiedliche Fragestellungen auf strategischer Ebene bearbeitet.

In der ersten Arbeitsgruppe wurden die Umsetzung von EU Initiativen im Bereich „Pooling & Sharing“ sowie deren Chancen für das österreichische Bundesheer untersucht.

Die Arbeitsgruppe zwei griff im Schwergewicht den Sichtweise der NATO – mit Fokus auf „Smart Defense“ - und der UN diesen Initiativen gegen auf.

Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den praktischen Auswirkungen von Smart Defense und Pooling & Sharing auf Streitkräfteplanung, Führung, Logistik und Ausbildung im öBH, während die vierte Arbeitsgruppe die Folgen für das internationale Krisenmanagement beleuchtete.

Zuletzt versuchte Arbeitsgruppe 5 zu ergründen, was Smart Defense und Pooling & Sharing für die Interkulturalität bedeuten können.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden unter Einbeziehung der Diskussionen, die sich während des Symposions ergaben, für diese Publikation ausgearbeitet und werden hier zusammenfassend für das österreichische Bundesheer und die Öffentlichkeit dargestellt.

Der Dank der Herausgeber gilt an dieser Stelle den Koordinatoren der fünf Arbeitsgruppen und vor allem Frau Judith Ivancsits, MA, die maßgeblich zur Erstellung dieser Publikation beigetragen hat.

Pooling & Sharing im Rahmen der Europäischen Union

Franco Algieri, Arnold Kammel und Dietmar Pfarr

Einleitung

Pooling & Sharing ist derzeit in aller Munde. Was darunter zu verstehen ist, ob es das Allheilmittel für die zukünftige Europäische Sicherheitspolitik darstellt, oder doch nur alter Wein in neuen Schläuchen ist, diese Fragen aber auch die Möglichkeiten und Begrenzungen des Pooling & Sharing will dieser Aufsatz in aller Kürze beantworten. Nach einer begrifflichen Ausdifferenzierung wird in einem ersten Abschnitt der Frage nachgegangen, welche Motivlagen für eine sicherheitspolitische Kooperation europäischer Staaten förderlich sind. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen von Pooling & Sharing insbesondere im Hinblick auf dessen Vereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität. Ein weiteres Kapitel stellt einige Initiativen des Pooling & Sharing dar um anschließend die Grenzen von Pooling & Sharing darlegen und Ableitungen für Europa und Österreich zu treffen.

Der Terminus „Pooling & Sharing“, oder in Deutsch „Bündelung und gemeinsame Nutzung“ ist eigentlich ein Begriff der aus zwei Wörtern besteht, die je unterschiedliches aussagen. Maulny und Liberti verstehen unter Pooling von Fähigkeiten „die gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten auf gemeinschaftlicher Basis im Rahmen einer integrierten Organisation“.¹ Sharing von Fähigkeiten ist für die beiden die „Schaffung von gemeinsamen Fähigkeiten durch die Zurverfügungstellung von nationa-

¹ Maulny, Jean-Pierre / Liberti Fabio: Pooling of EU Member States Assets in the Implementation of ESDP. Policy Department External Policies. European Parliament 2008. Internet URL http://isis-europe.eu/sites/default/files/publications-downloads/2008_artrel_142_08-02epstudy-pooling.pdf letzter Zugriff 27. August 2012, Seite 8.

len Fähigkeiten ohne dem Aufbau einer eigenen Organisationsstruktur“.² Auch Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik versteht unter Pooling die Zurverfügungstellung von nationalen Fähigkeiten unter Errichtung einer multinationalen Struktur, die diese Beiträge zusammenfasst und ihren Einsatz koordiniert³. Sharing ist bei Mölling dann gegeben, wenn ein oder mehrere Länder den anderen Partnern eine Fähigkeit oder Ausrüstung zur Verfügung stellen oder eine Aufgabe für andere übernehmen.⁴

Österreich schließt sich diesen Definitionen an und versteht unter den beiden Begriffen folgendes:⁵

Pooling ist die dauerhafte Bereitstellung nationaler Fähigkeiten zur Verwendung durch eine multinationale Struktur bei der die Entscheidungshoheit beim jeweiligen Mitgliedstaat verbleibt z.B. das Movement Coordination Center Europe in Eindhoven (NL)

Sharing ist die temporäre Zurverfügungstellung nationaler Fähigkeiten in einem multinationalen Kontext, ohne dass hierfür ein Verwendungsmechanismus geschaffen wird. Auch hier behalten die Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit und bestimmen unter welchen Bedingungen die Verwendung der Fähigkeiten stattfindet (z.B. EU-Battlegroup).

Neben diesem Begriffspaar gibt es noch zweite weitere Termini, „Pooling through acquisition – Pooling durch Beschaffung“ und „Role Sharing“. Unter ersterem, das die intensivste Form des Pooling darstellt,

² Ibid.

³ Mölling, Christian: Pooling und Sharing in EU und Nato. Europas Verteidigung braucht politisches Engagement, keine technokratischen Lösungen. SWP Aktuell 25. Mai 2012. Internet URL http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A25_mlg.pdf letzter Zugriff 27. August 2012. Seite 1.

⁴ Ibid.

⁵ Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter im BMLVS durch die Verfasser am 8. August 2012.

wird die gemeinsame Beschaffung und Verwaltung von Fähigkeiten in einer multinationalen Struktur verstanden.⁶ Beim „Role Sharing“ werden bestimmte Fähigkeiten durch einen anderen Mitgliedstaat oder eine multinationale Struktur sichergestellt. Der jeweilige Mitgliedstaat selbst stellt eine andere Fähigkeit oder einen finanziellen Beitrag zur Verfügung.⁷

Pooling & Sharing stellt somit eine besondere Art der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit dar, bei der, wie später noch zu zeigen sein wird, ein wesentliches Element die Koordination auf europäischer Ebene liegt. Darüber hinaus hat es und gibt es auch weiterhin bi- und multilaterale Zusammenarbeit von Staaten im sicherheitspolitischen Bereich, die nicht unter Pooling & Sharing fallen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wandel

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation und dem Aufkommen neuer sicherheitspolitischer Themen hat der Begriff „Sicherheit“ als „erweiterter Sicherheitsbegriff“ oder auch umfassender Sicherheitsbegriff“ eine neue Wertigkeit bekommen.⁸ Hiermit einhergehend verfestigte sich die Erkenntnis, dass ein Staat alleine nicht in der Lage ist, ausreichende Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, mit denen der Vielfalt sicherheitspolitischer Herausforderungen begegnet werden kann. Konsequenterweise erhöhte sich der Bedarf an kooperativen Foren und Maßnahmen zur Stärkung staatlicher, regionaler und globaler Sicherheit. In diesem Kontext ist zwischen unterschiedlichen Motivlagen zu unterscheiden, die für die sicherheitspolitische Kooperation europäischer Staaten förderlich sind:

⁶ Ibid.

⁷ Ibid.

⁸ Siehe beispielsweise Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2001): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg 2001. Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Ergänzungsband 1, Hamburg 2004. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2009): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Ergänzungsband 2, Hamburg.

a) Sicherung der wirtschafts- und handelspolitischen Position

Die Sicherung und der Ausbau der wirtschafts- und handelspolitischen Position der EU sind zentrale Motive europäischer Außenpolitik. Die EU kann unter Berücksichtigung ihres handelspolitischen Potenzials als Weltmacht bezeichnet werden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts betrug der Anteil der EU-Ausfuhren ein Fünftel der gesamten Ausfuhren weltweit und lag über den jeweiligen Anteilen der USA, Japans und der VR China. Der Anteil der Einfuhren in die EU belief sich auf etwas weniger als ein Fünftel der gesamten Einfuhren weltweit, die Union lag auf dem zweiten Rang hinter den USA. Aus dieser Sachlage heraus wird nachvollziehbar, dass für die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Sicherung und für den Ausbau dieser Rolle als Wirtschafts- und Handelsmacht stabile und berechenbare Rahmenbedingungen im europäischen und globalen Kontext notwendig sind.

b) Sicherheit in den Nachbarregionen

Die Erweiterung der EU hat neue Außengrenzen zu Ländern und Regionen geschaffen, von denen manche durch Instabilität gekennzeichnet sind.⁹ Dadurch hat die Sicherheit der Nachbarstaaten und -regionen sowie deren politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung einen wesentlichen Stellenwert für die sicherheitspolitischen Konzeption der EU und ist zu einem wesentlichen Motiv der Europäischen Nachbarschaftspolitik geworden.

c) Territoriale Sicherheit in neuem Verständnis

Territoriale Sicherheit ist für europäische Staaten nicht mehr so wie in der Phase der Ost-West-Konfrontation zu verstehen. Das Begriffsverständnis hat sich gewandelt und so sind heute unterschiedlichste Risikofaktoren, wie beispielsweise Terrorismus, organisierte Kriminalität, die Verbreitung von Massenvernichtungs-

⁹ Missiroli, Antonio: EU enlargement and CFSP/ESDP. In: Journal of European Integration 25/1 2003, Seiten 1–16.

waffen oder Migration, in die Auseinandersetzung mit territorialer Sicherheit einzubeziehen.

d) Beherrschung vielfältiger alter und neuer Sicherheitsaspekte

Neben den genannten Sicherheitsaspekten haben weitere Themen für die EU an sicherheitspolitischer Relevanz gewonnen. Diese umfassen Fragen der regionalen Sicherheit in weiter entfernten Regionen, von Afrika über den Nahen Osten bis nach Asien, ebenso beispielsweise die Folgen der Umweltzerstörung, des Klimawandels oder die Energiesicherheit. Aspekte militärischer und nichtmilitärischer Sicherheit greifen zunehmend ineinander und müssen in ihrem Zusammenwirken erfasst werden.

Die Gewährleistung umfassender Sicherheit ist im 21. Jahrhundert zum beherrschenden Thema des europäischen Integrationsprozesses geworden. Für die EU stellt sich deshalb die Aufgabe, den Aspekt der Sicherheit über alle Politikbereiche hinweg zu berücksichtigen und die Ursachen für Instabilität frühzeitig zu erfassen. Der Begriff Sicherheit ist mehrdimensional und die Politikbereiche der EU müssen übergreifend erfasst werden. Dies verlangt, entsprechende Frühwarnfähigkeiten, Präventionsinstrumente und Reaktionsmechanismen zu schaffen, um derartigen Entwicklungen entgegenwirken zu können. Hierfür bedurfte und bedarf es aber nicht nur einer Verfeinerung der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten der Union, sondern auch der unmissverständlichen Bestimmung ihrer Interessen und ihrer strategischen Ausrichtung. Zwar konnten die EU-Mitgliedstaaten seit Ende der 1990er Jahre auf die Entwicklung der ESVP verweisen und die Europäische Kommission verbesserte stetig ihr Handlungspotenzial und die Instrumente zur Ausgestaltung der Außenbeziehungen, doch mangelte es an einer strategischen Debatte eben so wie an einer gemeinsamen Perzeption der sicherheitspolitischen Herausforderungen.¹⁰ Im Rückblick auf das erste Jahrzehnt der ESVP war unter anderem positiv angemerkt worden, dass dieser noch junge Politikbereich der EU sich sehr dynamisch entwi-

¹⁰ Solana, Javier: Thoughts on the reception of the European Security Strategy. In: Oxford Journal on Good Governance 1/1 2004, Seiten 17–19.

ckelt habe. (siehe umfassend.¹¹) Auch aus den regelmäßigen Präsidentschaftsberichten zur ESVP lässt sich ein facettenreiches Bild über die Aktivitäten der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewinnen. Unter Berücksichtigung des Entwicklungspfad der europäischen Integration war die „ESVP als europäische Politik im Werden“¹² bezeichnet worden. Die Hoffnung bestand, dass sich durch den Fortgang der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses die ESVP aus dem „Schatten der Ungewissheit“¹³ herausbewegen könne.

Aus der Summe der militärischen Fähigkeiten und Möglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten ergibt sich eine breite Basis für die Verteidigungspolitik der EU. Hierbei bestehen jedoch große Diskrepanzen zwischen den mitgliedstaatlichen Potenzialen.¹⁴ Es mangelt nicht an Vorschlägen und Aufforderungen zur Zusammenführung der unterschiedlichen nationalen Fähigkeiten und Ressourcen und es liegt letztendlich im Entscheidungsbereich der Mitgliedstaaten der EU, welche und wie weitreichend sie Schritte hin zu einer verteidigungspolitischen Integration gehen wollen.¹⁵ Doch der positiven Darstellung der ESVP steht eine kritische Bestandsaufnahme gegenüber. Nick Witney hat eine Reihe essenzieller Mängel der ESVP aufgelistet.¹⁶ Der wohl zentralste Punkt hierbei ist, dass die EU-Mitgliedstaaten und die Akteure auf EU-Ebene in einem „strategischen Vakuum“¹⁷ handeln, d. h., EU Operationen folgen keinem

¹¹ Siehe Grevi, Giovanni/Helly Damien/Keohane, Daniel (eds.): *European Security and Defence Policy. The first ten years (1999–2009)*, EU Institute for Security Studies, Paris 2009.

¹² Marchetti, Andreas. *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Politikformulierung im Beziehungsdreieck Deutschland-Frankreich-Großbritannien*, Baden-Baden 2009, Seite 305.

¹³ Ondarza, Nicolai von: *Die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Schatten der Ungewissheit. Bestandsaufnahme und Optionen nach dem irischen Nein zum Lissaboner Vertrag*, SWP-Studie S 27, Berlin 2008.

¹⁴ Siehe beispielsweise International Institute for Strategic Studies: *European military capabilities. Building armed forces for modern operations*, London 2008.

¹⁵ Siehe beispielsweise Bertelsmann Foundation (2004): *A European defence strategy*, Gütersloh 2004. Keohane, Daniel/Valasek, Tomas: *Willing and able? EU defence in 2020*, Center for European Reform, London 2008.

¹⁶ Witney, Nick: *Re-energising Europe's security and defence policy*, European Council on Foreign Relations, London 2008, Seiten 39-50.

¹⁷ *Ibid.* Seite 42f.

gemeinsamen strategischen Konzipieren und Handeln. Steckte bereits die ESVP in der Krise und lässt sich dies auf die GSVP übertragen? Wie wird sie sich als Testfall für die sicherheits- und verteidigungspolitische Vertiefung der EU, die zwischen strategischer Autonomie und pragmatischer Arbeitsteilung gegenüber den USA hin- und herpendelt bewähren.¹⁸ Darüber hinaus bleibt offen, unter welchen Bedingungen die EU militärisches Engagement zeigen wird. Der frühere Leiter des EU-Militärausschusses, Henri Bentégeat, sieht ein umfassendes Aufgabenfeld: „*In the coming decade, the focus of missions under the ESDP will [...] remain the management of crisis outside the Union, from their 'hot phase' to their stabilisation*“.¹⁹

In der Vergangenheit hat sich herausgestellt, dass die Mitgliedstaaten der EU die sicherheits- und verteidigungspolitische Integration nicht mit gleich hohem Interesse und mit vergleichbarem Engagement unterstützen. Gruppenbildung kann deshalb zum Kennzeichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU werden. Durch die im Vertrag von Lissabon verankerte Gruppenbildungsoption wird nunmehr der Tatsache Rechnung getragen, dass sich die EU insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelt.

Rechtliche Rahmenbedingungen – Zwischen politischer Souveränität, militärischer Effektivität und ökonomischer Effizienz

In der Diskussion über Pooling & Sharing wird oftmals das Argument vorgebracht, dass P&S-Maßnahmen zulasten der staatlichen Souveränität gehen würden, da Interdependenzen mit anderen Staaten geschaffen würden und gleichsam der Konsens mit diesen Staaten über den Einsatz der durch P&S zur Verfügung gestellten Mittel hergestellt werden müsste. Darüber hinaus stellt gerade die (militärische) Landesverteidigung

¹⁸ Siehe Gnesotto, Nicole: The need for a more strategic EU. In: Vasconcelos, Alvaro de (ed.). What ambitions for European defence in 2020? Institute for Security Studies, Paris 2009, Seiten 25–33.

¹⁹ Bentégeat, Henri: What aspirations for European defence? In: Vasconcelos (ed.) 2009, op. cit., Seiten 91–99, hier Seite 93.

eine der ursächlichsten Staatsaufgaben zum Schutze der Sicherheit der Staatsbürger dar. Daher kommt in der Diskussion über P&S gerade auch der Souveränitäts-Dimension und damit auch der rechtlichen Rahmenbedingungen eine besondere Rolle zu. Mit Blick auf die EU ist festzuhalten, dass gerade Souveränitätsvorbehalte eine fundamentale Weiterentwicklung der GASP/GSVP bislang blockiert haben. In diesem Sinn stellt Jones fest, dass *“nationalism and a desire to protect state sovereignty and autonomy will prevent EU states from attaining the same degree of military cooperation that they have achieved in the economic realm.”*²⁰

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist jedoch eine Dynamik eingetreten, die Souveränitätsbedenken zugunsten von Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten zurücktreten lassen. Wie ist jedoch dieses Verhältnis von politischer Souveränität, militärischer Effektivität und ökonomischer Effizienz zu bewerten? Wie gestaltet sich nun aber die Situation mit Blick auf insbesondere die neutralen bzw. bündnisfreien EU-Mitgliedstaaten? Ist ein Konzept von P&S mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Neutralität vereinbar?

Mit Blick auf Österreich ist festzuhalten, dass die Neutralität in Österreich immer als Institut des Völkerrechts, also juristisch interpretiert wird, im Gegensatz etwa zu Finnland und Schweden. Das hatte, wie Luif zutreffend ausführt, einen großen Vorteil: Entscheidend für die „richtige Auslegung“ waren und sind österreichische Völkerrechtler.²¹ Mit Blick auf die Vereinbarkeit des EU-Beitritts (inklusive GASP und sich entwickelnder ESVP) mit der österreichischen Neutralität wurde daher festgehalten, dass Österreich mit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 den gesamten rechtlichen und politischen Besitzstand der EU übernommen hat, der damals bereits die Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, beinhaltete. Durch den damaligen Art. 23f B-VG (nunmehr Art. 23j

²⁰ Seth Jones, *The Rise of European Security Cooperation* (Cambridge: Cambridge University Press, 2007.) Seite 219.

²¹ Paul Luif, Zehn Thesen zur österreichischen Neutralität. Gravierende Fehldeutungen der EU-Entwicklung. In: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 28.8.2000, Nr. 199, Seite 5.

B-VG) wurde die volle Teilnahme Österreichs an der GASP/GSVP ermöglicht und der Neutralität partiell materiell derogiert.²² Mit dem Vertrag von Lissabon wurde in Art. 42 Abs. 3 EUV festgehalten, dass zum Einen die Mitgliedstaaten der Union für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Rat festgelegten Ziele zur Verfügung stellen. Darüber hinaus normiert der 2. Satz, dass jene Mitgliedstaaten, die zusammen multinationale Streitkräfte aufstellen, diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen (können). Diese Bestimmungen gelten somit auch für Österreich und die österreichische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bisher wurde in Österreich stets das Prinzip „solidarisch nach innen – neutral nach außen“ praktiziert. Dieses Prinzip findet auch seine Deckung im Vertrag von Lissabon und den dadurch eingeführten Neuerungen. Durch das Erfordernis der Einstimmigkeit kann jeder Mitgliedstaat selbst bestimmen, ob und wieweit er sich an GSVP-Projekten und insbesondere an EU-Einsätzen beteiligen will. Es gibt keinen Mitwirkungszwang, wohl aber ein Gebot zur Solidarität. Dies bedeutet, dass P&S-Maßnahmen im Rahmen der GASP/GSVP aufgrund der solidarischen Haltung Österreichs auch weiterhin zulässig sind, auch wenn diese einem strikten Neutralitätsverständnis widersprechen würden. Wichtig ist, dass Österreich hierbei nicht gezwungen werden kann, an P&S-Maßnahmen mitzuwirken, diese scheinen aber aus Effizienz- und Effektivitätsgründen als geboten. Österreich wird sich daher auch mit Blick auf P&S wie bereits bisher solidarisch verhalten. Somit ergibt sich, dass aus juristischer Sicht nichts gegen eine Teilnahme Österreichs an P&S im Rahmen der GSVP spricht. Vielmehr bleibt es Österreich selbst vorbehalten, sich in die Entscheidungsfindungsprozesse einzubringen und sich aktiv einzubringen.

Generell bleibt mit Blick auf die Souveränitätsdiskussion festzuhalten, dass bereits jetzt die nationalstaatliche Souveränität gerade auch vor dem geänderten Bedrohungsszenario in einer interdependenten und globalisierten Welt nur mehr eine eingeschränkte ist. Kein Staat ist mehr in der

²² Christoph Grabenwarter/ Michael Holoubek: Verfassungsrecht. Allgemeines Verwaltungsrecht (Facultas WUV 2009), RZ 98.

Lage, alleine den neuen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten und diese unilateral zu bestreiten. Dies gilt insbesondere für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und hier insbesondere für die kleinen und mittleren EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, für die gerade P&S eine Möglichkeit darstellt, trotz eingeschränkter budgetärer Ressourcen ein aktives Mitglied im Rahmen der GSVP zu sein. Hierbei ist zutreffend auf den früheren Vertreter Belgiens im EU Militärkomitee, Jo Coelmont, zu verweisen, der festhielt: „*In the end, sovereignty is about the power to influence the decision-making of others and to achieve own objectives. And in this respect, military capabilities, none of our countries still enjoys full sovereignty. The art is to restore it at the next higher level.*“²³ Somit gilt es gerade auch für die kleineren und mittleren EU-Mitgliedstaaten, diese Entscheidungsfindungsprozesse aktiv zu beeinflussen und dazu beizutragen, dass die EU auch in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein glaubhafter internationaler Akteur wird.

Pooling & Sharing Initiativen in der Europäischen Union

Auf europäischer Ebene ist die 2004 eingerichtete und nunmehr mit dem Lissabonner Vertrag primärrechtlich verankerte Europäische Verteidigungsagentur (EDA) für den Bereich Pooling & Sharing zuständig. Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe c des Beschlusses 2011/411/GASP des Rates vom 12. Juli 2011 über die Rechtsstellung, den Sitz und die Funktionsweise der Europäischen Verteidigungsagentur und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 2004/551/GASP²⁴ hält dazu fest: Aufgabe der dem Rat unterstellten Agentur ist es multilaterale Projekte zur Erfüllung der Ziele im Bereich der militärischen Fähigkeiten vorzuschlagen und für die Koordinierung der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Pro-

²³ Intervention by Brigadier General Jo Coelmont, Public hearing at the European Parliament on “The impact of the financial crisis on defence budgets in the EU: Opportunities for Pooling and sharing”, on 14 June 2011.

²⁴ Internet URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:183:0016:0026:DE:PDF> letzter Zugriff 27. August 2012.

gramme sowie die Verwaltung spezifischer Kooperationsprogramme zu sorgen, indem sie insbesondere

- i) neue multilaterale Kooperationsprojekte fördert und entsprechende Vorschläge unterbreitet;
- ii) Kooperationsmaßnahmen im operativen Bereich ermittelt und entsprechende Vorschläge unterbreitet;
- iii) auf die Koordinierung bestehender, von den Mitgliedstaaten durchgeführter Programme hinwirkt;
- iv) auf Ersuchen von Mitgliedstaaten Verantwortung für die Verwaltung spezifischer Programme übernimmt;
- v) auf Ersuchen von Mitgliedstaaten Programme, die von der OCCAR²⁵ oder gegebenenfalls im Rahmen anderer Vereinbarungen zu verwalten sind, ausarbeitet;

In dem „Food for Thought“ Papier vom November 2010 von Deutschland und Schweden wurde als Ziel formuliert, nationale operationale Fähigkeiten zu erhalten bzw. zu verbessern. Ein europäischer Ansatz zur Schließung der Lücken nach dem Capability Development Plan wird mit diesem Papier somit bestenfalls indirekt entwickelt. Seitens der Einbringer wurden drei Kategorien als Anhalt aufgestellt:

Kategorie 1 umfasst Fähigkeiten und Unterstützungsstrukturen, die für einzelne Mitgliedstaaten als wesentlich angesehen werden und daher strikt unter nationaler Kontrolle bleiben. Dadurch wird eine mögliche Kooperation wesentlich eingeschränkt. Unter diese Kategorie fallen Kampf- und Kampfunterstützungstruppen, Nachrichtenwesen, Kampfflugzeuge und Kampfschiffe.

²⁵ Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement (Organisation für die gemeinsame Rüstungszusammenarbeit) wurde am 12. November 1996 durch eine Vereinbarung der Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und des Vereinigten Königreichs zum effizienten und effektiven Management von gemeinsamen existierenden und zukünftigen Rüstungsvorhaben gegründet. Sie besitzt seit 2001 eigene Rechtspersönlichkeit. Belgien und Spanien traten 2003 bzw. 2005 der Organisation bei.

Kategorie 2 umfasst Fähigkeiten und Unterstützungsstrukturen bei denen eine engere Kooperation möglich ist, ohne dass dadurch engere Abhängigkeiten entstehen. Darunter fallen nichtverlegbare Unterstützungsgruppen und operationale Trainingskräfte. Die Kategorie wird unter „pooling“ zusammengefasst.

Kategorie 3 umfasst Fähigkeiten und Unterstützungsstrukturen, bei denen gegenseitige Abhängigkeiten in einem internationalen „role- and task-sharing“ Rahmen akzeptiert werden kann. Unter diese Kategorie fallen Ausbildung, Training und Übungen inklusive Militärakademien, Test- und Evaluierungseinrichtungen oder Pilotentraining.

Nachdem am 9. Dezember 2010 von den Verteidigungsministern²⁶ diese sogenannte Ghent-Initiative²⁷ begrüßt wurde, wurde die EDA und der EU-Militärausschuss beauftragt, konkrete Vorschläge für Pooling & Sharing Möglichkeiten zu erarbeiten. Am 30. November 2011 legte der Lenkungsausschuss der Verteidigungsagentur insgesamt 11 Schwerpunkte für zukünftige Tätigkeiten fest aus denen Pooling & Sharing Initiativen abgeleitet werden könnten. Auch das aktuelle Arbeitsprogramm der EDA²⁸ sieht bei den meisten Projekten vor, Möglichkeiten für Pooling & Sharing zu prüfen. Insbesondere ist dabei als Langzeitstrategie die Einbindung von Pooling & Sharing in den Fähigkeiten-Entwicklungs-Plan zu nennen, was bedeutet, dass es derzeit keine koordinierte Vorgangsweise bezogen auf Pooling & Sharing und dem Schließen der festgestellten Lücken in der Fähigkeitenentwicklung gibt.

²⁶ Das Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin fand am 9. Dezember erstmalig in der Zusammensetzung der Verteidigungsminister statt. Internet URL http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/foraff/119130.pdf letzter Zugriff 27. August 2012.

²⁷ Internet URL http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/sede/dv/sede260511deseinitiative_/sede260511deseinitiative_en.pdf letzter Zugriff 27. August 2012.

²⁸ EDA Work Programme 2012 Internet URL http://eda.europa.eu/Libraries/Documents/EDA_Work_Programme_2012.sflb.ashx letzter Zugriff 27. August 2012.

Exemplarische Pooling & Sharing Initiativen mit Beteiligung Österreichs

Insgesamt gibt es derzeit über 100 Projekte, wobei etwa 20 Prozent bilaterale Kooperationen darstellen und bei rund 60 Prozent fünf oder weniger Partner beteiligt sind.²⁹ Der Rest der Projekte sind Initiativen bei den mehr als fünf Partnern.

Österreich beteiligt sich an dem Counter Improvised Explosive Devices C-IED Projekt, eines der zehn Prioritäten des Capability Development Plans CDP. Bei dieser Initiative geht es um einen holistischen Ansatz zur Auffindung, Sicherstellung und Entfernung der Entscheidungsträger, Planer, Unterstützer, Finanzierung, Bombenbauer und der unterstützenden logistischen Kette. Auf militärischer Seite wurde im Juni 2012 die Übung „EUROPEAN GUARD“ an der Heereslogistikschiule in Baden abgehalten, bei der sogenannte „manuelle Neutralisierungstechniken“ zum Entfernen von improvisierten Sprengkörpern geübt wurde. Diese Übung wurde von der EDA organisiert und von Österreich mit luxemburgischer Unterstützung durchgeführt.

Des Weiteren beteiligt sich Österreich mit acht Partnern an der Anschaffung eines mobilen forensischen Labors zur Untersuchung von improvisierten Sprengkörpern. Mit diesem Labor sollen vor Ort im Einsatzgebiet wichtige Erkenntnisse über den verwendeten Sprengstoff, die Bauweise, der verwendeten Komponenten, den Hersteller oder der Einsatztaktik gewonnen werden. Der erste Einsatz des mobilen Labors erfolgte im Herbst 2011 in Afghanistan.

Eine weitere Initiative, an der sich Österreich beteiligt, ist das Projekt ATARES (Air Transport Air Refuelling and Exchange of other Services). Bei diesem Projekt bringen die beteiligten Staaten einen Pool an verschiedenen Flugzeugen ein. Die Teilnehmerländer melden dabei Lufttransportkapazitäten in einen Pool ein. Österreich stellt ein C-130 „Hercules“-Transportmaschine für 50 Flugsstunden im Jahr 2012 und 200 Flugsstunden im Jahr 2013 bereit.

²⁹ Mölling, Christian, Seite 2.

Helikopter sind eine wesentliche Voraussetzung für moderne Krisenmanagement-Operation. Um sie effizient einsetzen zu können, müssen die jeweiligen Mannschaften für herausfordernde Einsätze (Stichwort Wüsteneinsätze, Einsätze im Gebirge) speziell geschult werden. Die Verteidigungsagentur koordiniert hierfür internationale Übungen wie zum Beispiel die Übung „Hot Blade“ in Portugal im Juli 2012, bei der unter österreichischer Beteiligung Hubschrauberpiloten Einsätze in heißen und staubigen klimatischen Bedingungen trainierten.

Bei der Initiative „Effektive Beschaffungsmethode“ (Effective Procurement Methods – EPM) tritt die EDA als zentraler Einkäufer für allgemeines Gebrauchsgüter auf. Der jeweils notwendige Bedarf wird international ausgeschrieben. Der erste Vertrag der unter dieser Initiative unterzeichnet wurde bezog sich auf das bereits genannte C-IED Projekt und wurde aufgrund einer gemeinsamen Beschaffungsinitiative (Joint Procurement Initiative JPI) von Luxemburg und Österreich abgeschlossen. Ein weiteres Beispiel für einen EPM Vertrag ist der Vertrag zwischen der EDA und zwei Vertragspartner für die Ankauf von Grundversorgungsgütern für die Battle-Group II/2012 bei der sich Österreich als logistische Lead-Nation verantwortlich zeichnet.

Im Mai 2011 wurde von Italien die Schaffung einer Multinationalen modularen Medizinischen Einheit vorgeschlagen. Am 22. März 2012 erfolgte die Unterzeichnung einer entsprechenden Absichtserklärung von 13 Staaten unter ihnen Österreich. Diese medizinischen Einheiten, von verschiedenen Partnerländern zur Verfügung gestellt, umfassen Wiederbelebungseinheiten, Röntgeneinheiten, einen Notfallraum, intensivmedizinische Einheiten und Operationseinheiten. Die modularen Einheiten sollen ab 2014 verfügbar sein und sowohl für militärische Operationen als auch Katastrophenmissionen eingesetzt werden können.

Stärken und Schwächen des Pooling & Sharing

Pooling & Sharing ermöglicht den einzelnen Staaten insbesondere bei den immer knapper werdenden Verteidigungsbudgets kosteneffizienter zu arbeiten. Sei dies bei der gemeinsamen Beschaffung von neuen Aus-

rüstungsgütern oder neuen Waffen oder sei es bei der gemeinsamen Forschung. Auch Österreich erwartet sich von einer Beteiligung an Pooling & Sharing Initiativen vorrangig eine Effizienzsteigerung durch Kostenersparnis.³⁰

Ein weiterer Vorteil ist, wie das Beispiel Hot Blade zeigt, die Möglichkeit sich im Rahmen von Übungen Expertisen anzueignen, die national nicht möglich wäre. Diese gewonnenen Fähigkeiten können dann auch international zur Verfügung gestellt werden. Auch hier erwartet sich Österreich durch die Beteiligung an entsprechenden Initiativen eine Effektivitätssteigerung durch das Schließen von Fähigkeitslücken.³¹

Pooling & Sharing Initiativen haben auch einen hohen Grad an zivil-militärischen Nutzen bzw. Synergieeffekten, da sie wenn es z.B. um Ausbildung oder zentrale Beschaffung geht, diese nicht nur Fähigkeiten für militärische Operationen generieren sondern auch für zivile Missionen verwendet werden können.

Demgegenüber ist, wenn man die Initiativen betrachtet, ein Trend feststellbar, dass die meisten neuerer Zusammenarbeitsprojekte von den Mitgliedstaaten als Pooling & Sharing Initiativen eingemeldet werden.³² Ein koordinierter Ansatz ist dabei nicht feststellbar.³³ Hier kommt der Umstand zu tragen, dass die Rolle der Verteidigungsagentur auf den Vorschlag und in weiterer Folge die Koordination von Initiativen begrenzt. In diesem Zusammenhang stellte der deutsche Verteidigungsmi-

³⁰ Gespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter im BMLVS durch die Verfasser am 8. August 2012.

³¹ Email-Verkehr mit dem zuständigen Sachbearbeiter im BMLVS durch die Verfasser am 14. September 2012.

³² Vgl. die EDA Homepage mit den neuesten Meldungen. Internet URL <http://www.eda.europa.eu/News> letzter Zugriff 27. August 2012.

³³ In diesem Zusammenhang kritisierte auch der frühere Geschäftsführer der EDA, Nick Witney den nationalstaatlichen Ansatz anstatt koordiniert innerhalb der EU-Mitgliedstaaten vorzuziehen. Witney, Nick: How to stop the demilitarisation of Europe. European Council on Foreign Relations Policy Brief 40, November 2011. Internet URL http://www.ecfr.eu/page/-/ECFR40_DEMILITARISATION_BRIEF_AW.pdf letzter Zugriff 27. August 2012.

nister in seiner Antwort auf eine sogenannte „Kleine Anfrage“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unmissverständlich klar, dass „Initiativen im Rahmen von Pooling & Sharing (P&S) der EDA nur dann vorgelegt werden, wenn eine Unterstützung durch die EDA angestrebt wird.“³⁴ Es liegt somit an den Mitgliedstaaten in welchem Umfang die EDA beteiligt wird, bzw. generell welche Zusammenarbeit als Pooling & Sharing Initiative eingemeldet wird. Dieser derzeit unstrukturierte Ansatz wurde von den Mitgliedstaaten jedoch bereits erkannt, und das nächste Pooling & Sharing Seminar der Verteidigungsagentur im September 2012 wird sich mit dieser Thematik beschäftigen.

Wie bereits bei der Ghent-Initiative dargestellt wurde, ist das Ziel von Pooling & Sharing die Verbesserung nationaler Fähigkeiten, die in weiterer Folge der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden können, wobei die letztendliche Entscheidung dies zu tun bei den einzelnen Mitgliedstaaten verbleibt.³⁵ Somit wird auch für Pooling & Sharing konsequent der intergovernmentale Ansatz der Sicherheitspolitik angewendet. In diesem Zusammenhang spricht auch die Hauptgeschäftsführerin der EDA; Jean-France Arnould, davon, dass Pooling & Sharing nicht der Beginn einer europäischen Armee ist.³⁶ Ein gesamtheitlicher europäischer Ansatz ist nicht auszumachen. Eine weitere Vertiefung der GASP und GSVP durch Pooling & Sharing scheint derzeit nur bedingt in Betracht gezogen zu werden. Ohne einer gemeinsamen Vision bzgl. einer gemeinsamen³⁷ oder gar vergemeinschafteten europäischen Verteidi-

³⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kajta Keul, Volker Beck (Köln), Agnes Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/9096. Internet URL http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1709317.pdf letzter Zugriff 27. August 2012.

³⁵ In diesem Zusammenhang darf auf die Begriffsdefinitionen bewiesen werden, die ausdrücklich die nationale Entscheidungshoheit betonen.

³⁶ So die Hauptgeschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur, Claude-France Arnould, am 31. Jänner 2012. Internet URL <http://www.defensenews.com/apps/pbcs.dll/article?AID=2012301310008> letzter Zugriff 27. August 2012.

³⁷ Eine gemeinsame Verteidigung wäre nach Artikel 42 (2) EUV nach Lissabon jedoch das Ziel der EU.

gung und einen entsprechenden politischen Willen zur Europäisierung der Sicherheitspolitik wird auch auf EU-Ebene Pooling & Sharing nicht den gewünschten Erfolg bringen. Ziel von Pooling & Sharing sollte vielmehr sein, die europäischen militärischen Fähigkeiten zu stärken, die Interoperabilität zu verbessern und durch Massenproduktionvorteile Kosten einzusparen.³⁸

Pooling & Sharing Initiativen beschränken sich derzeit auf militärische Initiativen. Da die europäische Union jedoch die einzige Organisation darstellt, die sowohl militärische, zivile, wirtschaftliche aber auch andere Mittel für das Krisenmanagement zu Verfügung stellen kann, wäre es unbedingt notwendig, zumindest im Bereich des zivilen Krisenmanagements über entsprechende Initiativen nachzudenken.

Betrachtet man die Ghent-Initiative und die dargestellten möglichen Bereichen einer intensiveren Kooperation – Harmonisierung des militärischen Bedarfes, Forschung und Entwicklung, Beschaffung, Training und Übungen, Kommandostrukturen und Verfahren, Betriebskosten – so kritisiert Christian Mölling zu recht, dass drei Themen, nämlich Rollenspezialisierung, Rüstungsindustrie und zusätzliche Investitionen, konsequent in der politischen Diskussion ausgeklammert werden.³⁹ Gerade diese Bereiche sind besonders sensibel. Rollenspezialisierung würde in seiner Konsequenz bedeuten, darüber nachzudenken welche Waffengattungen durch den jeweiligen Staat aufgegeben werden. Umgekehrt muss klar definiert werden, welche Waffengattungen weiter betrieben werden und im Falle des Falles auch zuverlässig und gesichert den Partnern zur Verfügung gestellt werden. Diesbezüglich ergeben sich mehrere Problemfelder, die hier nur kurz angerissen werden können. Mit welchen gesellschaftlichen Problemen ist solch eine Aufgabe verbunden. Als Stichwort wäre hier der Verlust von Arbeitsplätzen durch die Aufgabe von Rüstungsindustriebereichen zu nennen. Was bedeutet die gesicherte Zurverfügungstellung für die nationalstaatliche Souveränität? Was be-

³⁸ Vgl. Advisory Council on International Affairs AIV: European Defence Cooperation – Sovereignty and the Capacity to Act. Internet URL http://www.aiv-advies.nl/ContentSuite/upload/aiv/doc/webversie_AIV78_ENG.pdf letzter Zugriff 3. September 2012, Seite 42.

³⁹ Mölling, Christian. Seite 2.

deutet ein solcher Souveränitätsverlust insbesondere für die neutralen und paktungebundenen Mitgliedstaaten der EU, die nicht NATO-Mitgliedstaaten sind.⁴⁰ Auch könnte in diesem Zusammenhang die Frage auftreten ob ein Mitgliedstaat, wenn er bestimmte Fähigkeiten nicht mehr zur Verfügung stellen kann, bei einer Abstimmung über eine Mission noch ein Stimmrecht haben soll?⁴¹ Derzeit kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union von dem Einstimmigkeitsprinzip in der GASP und der GSVP abrücken werden. Lösungsmöglichkeit in diesem Zusammenhang wäre die Schaffung einer vergemeinschafteten europäischen Armee die durch EU-Soldaten gebildet und direkt durch die EU-Gremien eingesetzt und kontrolliert wird.⁴² Ein weiteres Problem, das es zu beantworten gilt, ist welcher „level of ambition“ ist von den jeweiligen Mitgliedstaaten zu erwarten. Die größeren Staaten werden danach trachten, ihre nationalstaatliche sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten⁴³ und nur mit gleichgesinnten Partnerländern kooperieren.⁴⁴ Andererseits werden kleiner Staaten versuchen durch vermehrte Kooperationen sicherheitspolitische Verbesserungen zu erreichen. Dabei spielen auch Fragen der strategischen Kultur, des nationalstaatlichen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses, der regionalen Nähe und der sicherheitspolitischen Interessen des jeweiligen Landes eine Rolle.

Letztendlich bedeutet eine vertiefte sicherheitspolitische Kooperation nicht nur eventuelle Kostenersparnis sondern auch die Übernahme von Verpflichtungen. Inwieweit derzeit nationalstaatliche Parlamente einem

⁴⁰ Siehe hierzu auch das entsprechende Kapitel in diesem Aufsatz mit Bezug zu Österreich.

⁴¹ Vgl. dazu Henius, Jakob: Spezialisierung – the Gordian knot of NATO's Smart Defence? In NATO Defense College Forum Paper 21 verfügbar über Internet URL <http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=140744> letzter Zugriff 27. August 2012. Seite 26-47, hier Seite 35.

⁴² Inwieweit diese Möglichkeit realisierbar ist kann nicht beantwortet werden, da auch hinzu Einigkeit über eine europäische Verteidigung notwendig wäre. Hinzu kommt, dass zumindest in Deutschland die Schaffung solch einer europäischen Armee ohne Änderung des Grundgesetzes nicht möglich ist.

⁴³ Beispiel Deutschland und die Stellungnahme des Verteidigungsministers.

⁴⁴ Beispiel Frankreich und Großbritannien.

möglicherweise riskanten Einsatz zustimmen (müssen), nur weil ein Partnerland die notwendigen Fähigkeiten aufgegeben hat, ist nicht vorhersehbar. Verschärft wird dieser Umstand dann, wenn keine nationalen sicherheitspolitischen Interessen bezogen auf den betreffenden Einsatz vorliegen.

Ausblick und Handlungsempfehlungen

Wie dargestellt wird Pooling & Sharing als Mittel verwendet, damit die Mitgliedstaaten der EU ihre nationalen sicherheitspolitische Interessen kosteneffizienter und effektiver realisieren können. Was fehlt ist der gesamteuropäische gemeinschaftliche Ansatz, an dem nicht nur Pooling & Sharing sondern die gesamte GASP und GSVP leidet. Solange sich die Mitgliedstaaten nicht darauf einigen können, in welche Richtung sich die GASP und die GSVP, außer den bisherigen Absichtserklärungen, entwickeln soll, wird auch Pooling & Sharing nicht den gewünschten Effekt bringen.

Zu klären wäre, welche globale Rolle die Europäische Union übernehmen will. Damit verbunden, stellen sich die Fragen, welchen Risiken Europa entgegentreten will, in welchem Ausmaß Europa dabei von den USA unabhängig agieren will und wie der Weg dorthin unter Setzung von Meilensteinen erreicht werden soll. Es geht um das Selbstverständnis der EU insgesamt und als sicherheitspolitischer Akteur. Die Union muss sich in dem Zusammenhang klar werden, dass sich das außen- und sicherheitspolitische Schwergewicht der Vereinigten Staaten nach Asien verlagert hat und es daher unter Umständen auch ohne der Hilfe Amerikas seine sicherheitspolitischen Interessen durchzusetzen haben wird. Zu berücksichtigen gilt dabei, dass die zur Verfügung stehenden Mittel in den Verteidigungshaushalten, realistischerweise in der nächsten Zeit nicht steigen werden. Auch Österreich als Mitgliedstaat der EU ist daher gefordert, sich sicherheitspolitisch zu deklarieren.

Auf europäischer Ebene lassen sich daher, um Pooling & Sharing als Initialzündung für eine gesamteuropäische Debatte um die Zukunft der GASP und GSVP zu nutzen, folgende Handlungsempfehlungen definieren:

- Der vertragliche Rahmen, den der Vertrag von Lissabon bietet, Stichwort Ständig Strukturierte Zusammenarbeit, sollte auch im sicherheitspolitischen Bereich ausgeschöpft werden.
- Um den sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden, wäre eine European Defense Review zu erstellen, die die Fragen der einzugehenden Risiken, des Ausmaßes der Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und die entsprechende Zielerreichung beantwortet.
- Als Basis für die genannte European Defense Review wäre es notwendig eine neue Long Term Vision zumindest bis in das Jahr 2030 auszuarbeiten. Damit verbunden sollte ein Überarbeitungszyklus für die LTV festgelegt werden, der mit der Überarbeitungsphasen des Capability Development Plans übereinstimmt.
- Die Erstellung eines Weißbuches zur Verteidigung in dem die Ziele, wie sich die GASP und die GSVP weiterentwickeln und wie dies erreicht werden soll, dargestellt werden, wurde bereits vielfach gefordert und ist ebenso notwendig.
- Das Jahr 2013 sollte in diesem Zusammenhang als Chance genutzt werden. Nicht nur dass die Überarbeitung des Capability Development Plans für dieses Jahr vorgesehen ist, ist auch die Evaluierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes in diesem Jahr geplant. Letztendlich werden sich die Staats- und Regierungschefs bei ihrem geplanten Treffen im Dezember 2013 mit Themen der GASP und der GSVP beschäftigen, wofür im Vorlauf die oben genannten Dokumente erarbeitet werden könnten, um sie bei diesem Gipfeltreffen zu verabschieden.

- Bezogen auf Pooling & Sharing ist eine Systematisierung der einzelnen Initiativen unbedingt notwendig. Dabei geht einerseits es um die Kategorisierung von kurz-, mittel- und langfristig umsetzbaren Initiativen zur Verbesserung der Fähigkeiten und andererseits um die Sicherstellung eines strukturierten Ansatzes, der gewährleistet, dass bei Pooling & Sharing Initiativen nicht wieder Doppelgleisigkeiten entstehen. Dabei sollte ein Top Down und ein Bottom Up Ansatz gewählt werden
- Verbunden mit der Systematisierung der Initiativen wäre eine verbesserte Einbindung der Pooling & Sharing Initiativen in den zu überarbeitenden Capability Development Plan vorzusehen. Dabei sollte der EDA neben der Koordinierungskompetenz auch ein Initiativrecht zugestanden werden.
- Letztendlich sollte Pooling & Sharing auch auf zivile Initiativen ausgeweitet werden.

Bezogen auf Österreich könnte Pooling & Sharing dazu genutzt werden, seine sicherheitspolitischen Interessen inklusive der europäischen Ausrichtung klarer zu definieren. Dabei geht vor allen um folgende Bereiche:

- Österreich sollte eindeutig klarlegen, dass mit Artikel 23j B-VG dem Neutralitätsrecht derogiert worden ist und dass eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im Rahmen von GASP-Maßnahmen (neutralitäts)rechtlich unbedenklich ist.
- Die derzeit im Parlament befindliche neue Sicherheitsdoktrin sollte entsprechend angepasst werden, damit für das ÖBH eine sicherheitspolitische Grundlage für weitere Planungen im GASP und GASP Bereich vorhanden ist.
- Österreich sollte den Top Down Ansatz aktiv mitgestalten, da es als Kleinstaat von Pooling & Sharing mehr gewinnen als verlieren kann.
- Damit verbunden sollte Österreich seinen „level of ambition“ definieren. In diesem Zusammenhang könnte Österreich auch sogenannte Nischenfähigkeiten auf EU-Ebene einbringen.

- Die Zusammenarbeitserfahrung Österreichs mit seinen Battlegroup Partnern wäre hinsichtlich einer regionalen Kooperation zu evaluieren. Daraus abgeleitet, könnten mögliche Kooperationspartnerländer unter den Gesichtspunkten der Strategischen Kultur, der regionalen Nähe, eines ähnlichen „level of ambition“, ähnliche sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse, ähnliche sicherheitspolitische Interesse etc. definiert werden.

Das role-sharing sollte seitens Österreichs aktiv beurteilt und die damit verbundenen Fragen „Welche Strukturen und Fähigkeiten können durch welche Partner wahrgenommen werden?“ und „Welche Fähigkeiten kann Österreich für Partner übernehmen?“ beantwortet werden.

Die NATO Initiative Smart Defense und deren Auswirkungen auf die Mitglieds- und Partnerstaaten. Wie steht der C-34 Prozess der UN im Verhältnis zu Smart Defense?

Gunther Hauser

Als Transformation wird die ständige Anpassung der Aufträge, Fähigkeiten, Strukturen und Prozesse an sich verändernde Umweltbedingungen verstanden. Transformation setzt voraus, dass auch bei internationalen Operationen und Missionen wirkungsorientierter, ressortübergreifender und effizienter zivil-militärisch kooperiert wird. Streitkräfte gemeinsam kämpfen transformierte Streitkräfte nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung (*Effects Based Operations* – EBO). Der Gegner wird dabei in seinem materiellen und nicht-materiellen Umfeld als System betrachtet. Möglichst viele Hintergrunddaten über Politik, Militär, Wirtschaft, Sozialstruktur und Infrastruktur werden benutzt, um die eigenen Streitkräfte für den militärischen Auftrag vorzubereiten. Die Operationen werden durch einen streitkräftegemeinsamen multinationalen komplexen Systemverbund geführt. Die Voraussetzung für eine derartige Vorgehensweise ist die informationstechnische Vernetzung aller Akteure. Diese Vernetzung erlaubt eine neue Qualität der Führung. Im Idealfall steht im vernetzten System allen Beteiligten ein aktuelles und vollständiges Lagebild zur Verfügung. Führungs- und Aufklärungssysteme sowie Vernetzungstechnologien bilden einen Schwerpunkt bei der Streitkräfteausrüstung.¹ Transformierte Streitkräfte sollen ohne Zeitverzug auf überraschende militärische Herausforderungen reagieren können.

¹ Die wehrtechnische Industrie im Zeichen von Streitkräftetransformation und Internationalisierung, März 2005, <http://www.rheinmetall-ag.com/print/php?fid=1517&lang=3>, ausgedruckt am 28.06.2008.

Die NATO hat sich auf der Grundlage der Beschlüsse von Istanbul aus 2004 zum Ziel gesetzt, 40 Prozent der Soldaten verlegbar und 8 Prozent längerfristig einsetzbar zu machen.² 2007 hatten nur Großbritannien und Irland knapp mehr als 8 Prozent ihrer Streitkräfte verlegt. Der EU-Durchschnitt lag 2007 bei 3,7 Prozent und 18 Mitgliedstaaten waren in der Lage, weniger als 4 Prozent ihrer Streitkräfte zu verlegen.³ Zwischen 1995 und 2007 erhöhte sich die Anzahl jener Soldaten, die an internationalen Operationen teilnahmen, von 39.000 auf über 71.000.⁴ 2003 waren mit dem Irak-Krieg insgesamt 79.000 europäische Soldaten im Auslandseinsatz.⁵ 2007 waren an die 63.000 Soldaten aus EU-Staaten in internationalen Krisenbewältigungseinsätzen involviert, über 4 Prozent der aktiven Streitkräfte in der Union waren somit außerhalb der EU stationiert.⁶ Bei der Streitkräftekoordination innerhalb der EU, die von jener innerhalb der NATO völlig abhängt (21 von derzeit 27 EU-Staaten gehören der NATO an, ca. 96 Prozent der EU-Bevölkerung lebt in NATO-Staaten) – geht es jedoch nun um das Erreichen qualitativer als quantitativer Kriterien.

Insgesamt waren 2007 in der EU-27 ca. zwei Millionen Soldaten eingemeldet, nur 10-15 Prozent der Soldaten waren damals als verlegfähig einzuschätzen. Die Gründe lagen und liegen nach wie vor insbesondere in den internen EU-Duplizierungen, die übergroße Anzahl von nicht-verlegbaren Grundwehrdienern⁷, Defizite in den militärischen Fähigkei-

² Sven Biscop, Permanent Structured Cooperation and the Future of ESDP: Transformation and Integration, Presented at the 3rd Seminar in the EUISS-coordinated series on the European Security Strategy „Strengthening ESDP: The EU’s Approach to International Security”, Helsinki, 18-19 September 2008, Introduction.

³ Ebenda, S. 4.

⁴ IISS, European Military Capabilities. Building Armed Forces for Modern Operations, The International Institute for Strategic Studies (IISS), London 2008, S. 13.

⁵ Ebenda.

⁶ Bastian Giegerich, European Military Crisis Management. Connecting ambition and reality, Adelphi Paper No. 397, The International Institute for Strategic Studies (IISS), Routledge Publishing, London 2008, S. 8.

⁷ Hier hatte es 2010 große Veränderungen gegeben: Deutschland und Schweden hatten die Wehrpflicht sistiert bzw. abgeschafft.

ten (wie strategischer Transport, C3)⁸ sowie die langsam vor sich gehende Transformation von Territorialverteidigung bis hin zu Auslandseinsätzen:⁹ „*There is massive overcapacity of the wrong types of forces and equipment.*“¹⁰ Die Staaten Europas verfügen noch über zuviel Ausrüstung aus der Zeit des Kalten Krieg, zudem geben EU-Staaten im Durchschnitt ein Drittel jener Summe, die die USA pro Soldat aufwenden, für jeweils einen europäischen Soldaten aus. Daraus folgt nach Tomas Valasek: „*this means that fewer EU servicemen and women get the expensive equipment and training necessary for overseas operations.*“¹¹

Aufgrund militärischer Ausrüstungsdefizite in den EU-Mitgliedstaaten – vor allem in den Bereichen strategischer Lufttransport und Satellitenaufklärung – kann eine EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch auf unabsehbare Zeit nur über Kräfte und Mittel wirksam werden, über die ausschließlich die NATO verfügt.

Die EU-Mitgliedstaaten haben gemeinsame Fähigkeitsziele vereinbart in den Bereichen Führung, Aufklärung und strategischer Transport. Diejenigen Mitgliedstaaten, die auch NATO-Mitglieder sind, benötigen ihre Militärkapazitäten auch für NATO-Operationen.

Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki (10.-11. Dezember 1999) hatten die Kriterien für eine wirksame Krisenbewältigung festgelegt: Verlegefähigkeit, Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, Flexibili-

⁸ C3: Command, Control and Communications.

⁹ Sven Biscop, Permanent Structured Cooperation and the Future of ESDP: Transformation and Integration, Presented at the 3rd Seminar in the EUISS-coordinated series on the European Security Strategy „Strengthening ESDP: The EU’s Approach to International Security“, Helsinki, 18-19 September 2008, Introduction.

¹⁰ Serge van Camp, Can Permanent Structured Co-operation contribute to more efficient military capabilities in Europe? , in: Sven Biscop (ed.), E Pluribus Unum? Military Integration in the European Union, Egmont Papers No. 7, Royal Institute for International Relations (IRRI – KIIB), Academia Press, Brussels, June 2005, S. 21-27, S. 21.

¹¹ Tomas Valasek, Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration, Centre for European Reform (CER), London, April 2011, S. 2.

tät, Mobilität, Überlebensfähigkeit sowie Streitkräfteführung. Dies unterstrich auch die *Defence Capabilities Initiative* (DCI) zuvor im NATO-Kommuniqué von Washington im April 1999, die insgesamt 58 separate militärische Fähigkeitsbereiche betraf. Bei der DCI ging es darum, die umfassenden qualitativen Lücken zu schließen, die die NATO bei der Mehrzahl der europäischen Verbündeten festgestellt hat. Mit 28. Juli 2000 erfolgte die Schaffung der EU-NATO ad-hoc Arbeitsgruppe über kollektive Fähigkeiten mit dem Ziel, ehest möglich Fähigkeitslücken zu schließen. Diese Arbeitsgruppe wurde geschaffen, um zu überprüfen, wie die NATO auf operative Weise die EU bei Krisenbewältigungseinsätzen unterstützen kann. Trotz der 2002 seitens der NATO beschlossenen Prager Fähigkeitsziele und dem 2010 beim Lissabonner NATO-Gipfel beschlossenen Lisbon Critical Capabilities Package wurden die Fähigkeitslücken der europäischen NATO-Verbündeten gegenüber den USA noch größer.

Diese Mängel der europäischen Streitkräfte wurden zunehmend von den USA kritisiert. Es ging um fehlende „intelligente Waffensysteme“ der Kampfbomber, unzureichende Transportkapazitäten sowie um fehlende Satellitenaufklärung. Im Jahr 2000 hatte der damalige französische Verteidigungsminister Alain Richard deshalb vorgeschlagen, dass die EU-Mitgliedstaaten künftig für Waffensysteme und übrige Militärgeräte rund 0,7 Prozent des jeweiligen BIP ausgeben sollten. Der damalige Ratsvorsitz, Portugals Verteidigungsminister Julio Castro Caldas, hatte eine Erhöhung der nationalen Verteidigungsbudgets gefordert. Nach seinen Angaben hatten die Europäer zu dieser Zeit im Durchschnitt gerade die Hälfte der Zielvorgaben erreicht.¹² Der damalige US-Verteidigungsminister William Cohen hatte den europäischen NATO-Partnern vorgeworfen, sich zu sehr auf die USA zu verlassen und zu wenig Mittel für die Streitkräfte bereitzustellen. Während damals in den USA eine Erhöhung des Militärhaushaltes vorbereitet wurde, wurde schon zu dieser Zeit in Europa immer weniger für die Verteidigung ausgegeben.¹³

¹² Verteidigungsministertreffen in Sintra, APA609 5 AA 0517, 28.2.2000.

¹³ Austria Presse Agentur, APA730 5 AA 0181 vom 8.3.2000, 20:52 Uhr.

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) – mit dem Vertrag von Nizza noch explizit ausgeschlossen (Artikel 27b EUV) – hat zum Ziel, militärische Bedürfnisse zu harmonisieren, zu poolen,¹⁴ und „wo geeignet“ sollte eine Spezialisierung erfolgen, um Interoperabilität, Flexibilität und die Verlegefähigkeit zu erhöhen.¹⁵ An dieser Form der Zusammenarbeit kann sich nach Artikel 42 (6) des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Lissabon jeder Mitgliedstaat beteiligen, der sich verpflichtet

- seine Verteidigungsfähigkeiten durch Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an den Tätigkeiten der Europäischen Forschungsagentur intensiver zu entwickeln und
- spätestens 2010 über die Fähigkeiten zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten (wie *Battle Groups*) bereitzustellen.¹⁶

Trotz zahlreicher Verhandlungen sind sich die EU-Mitgliedstaaten noch nicht über jene Details einig, die die Ständige Strukturierte Zusammen-

¹⁴ Als künftiges Beispiel für „Pooling“ kann hier das Europäische Lufttransportkommando mit Sitz in Eindhoven dienen. Zunächst beschlossen sieben Mitgliedstaaten der EU die Einrichtung einer „*European Air Transport Coordination Cell*“ (EACC) mit September 2001 mit dem Ziel, koordiniert Menschen und Material rasch und in großen Mengen in Krisengebiete transportieren zu können. Die EACC war in der Folge seit 2002 einsatzfähig. Um diese Koordinationszelle zu verbessern, erfolgte mit 1. Juli 2004 die Schaffung des „*European Airlift Centre*“ (EAC) mit mehr Planungsbefugnissen und zudem mehr Aufgabenfeldern wie Ausbildung und Logistik. Die EACC ging in das EAC auf. Aus: Nina-Louisa Remuß, Europäisches Lufttransportkommando, <http://www.bmvg.de>, ausgedruckt am 19.02.2009.

¹⁵ Ein anderes Verfahren der flexiblen Zusammenarbeit, die so genannte „verstärkte Zusammenarbeit“, wurde mit dem Vertrag von Nizza auf die GASP ausgedehnt (Art. 27a-e EUV) – ohne dass diese Bestimmungen unter „Nizza“ genutzt worden sind.

¹⁶ Protokoll über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nach Artikel 42, EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon, Fassung vom 9. Mai 2008.

arbeit (SSZ) zum Durchbruch verhelfen soll. Stattdessen haben die EU und die NATO neue Mechanismen betreffend militärische Kapazitäten geschaffen, wie erneutes „Pooling & Sharing“¹⁷ und „Smart Defence“ (intelligente Verteidigung), die die gleiche Idee projizieren, nämlich engere Zusammenarbeit voranzutreiben;¹⁸ am 9. Dezember 2010 hatte die EU dazu den Genter Rahmen (Ghent Framework for Pooling & Sharing) für militärische Kapazitäten ins Leben gerufen¹⁹, der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kündigte in der Folge bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2011 die Zauberformel „Mehr Sicherheit für weniger Geld = Smart Defence“ an: „*The genesis of the two processes is closely linked. ... Smart Defence was very much a NATO reaction to the dynamic thus initially generated in the CSDP.*“²⁰ Hauptaugenmerke liegen vor allem in der gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten sowie folglich in der Bildung eines gemeinsamen Pools von Fähigkeiten und Ausrüstungspools in Zeiten großer Budgetkürzungen²¹

¹⁷ Neben Ansätzen der „Lastenaufteilung“ („Burden Sharing“) zwischen Europäern und Amerikanern in den 1990er Jahren ist Pooling & Sharing im Kern ebenso ein bereits älteres Konzept: es ist in der Europäischen Sicherheitsstrategie aus 2003 festgeschrieben, die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) hat die Aufgabe, innerhalb der EU gemeinsame Projekte vorzuschlagen, zu initiieren und umzusetzen.

¹⁸ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012; S. 3.

¹⁹ Der Genter Rahmen fußt auf einem deutsch-schwedischen Initiativpapier vom November 2010 zum Thema „*European Imperative – Intensifying Military Cooperation in Europe*“, aus: Sven Biscop und Jo Coelmont, Europe, Strategy and Armed Forces. The Making of a Distinctive Power, Cass Military Studies, Routledge Publishing, London und New York 2012, S. 81.

²⁰ CSDP: Common Security and Defence Policy of the European Union (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union); aus: Sven Biscop, As the EU Said at the NATO Summit, Security Policy Brief No. 33, February 2012, Egmont Royal Institute for International Relations, S. 1.

²¹ 2012 ist das Verteidigungsbudget im Vergleich zu 2008 in Griechenland um 47,3%, in Spanien um 40,9%, in Irland um 31,4%, in Italien um 21,4%, im Vereinigten Königreich um 19,4%, in den Niederlanden um 18,4%, in Polen um 9%, in Frankreich um 6,8% sowie in Deutschland um 3,7% gefallen. Aus: Budgets Stagnate, Fall, Across Region, in: Defense News, June 4, 2012, S. 11. Litauen kürzte die Verteidigungsausgaben um fast 50% zwischen 2008 und 2010. Bis 2015 plant Deutschland im Vergleich zu 2011 um ein Viertel reduzieren, eine

aufgrund der Schuldenkrise.²² In der NATO wird über Smart Defence erklärt: „*Smart defence is a concept that encourages Allies to cooperate in developing, acquiring and maintaining military capabilities to meet current security problems in accordance with the new NATO strategic concept. Therefore, NATO smart defence means pooling and sharing capabilities, setting priorities and coordinating efforts better.*“²³

Smart Defence würde auch bedeuten: Mehr Kooperation, weniger nationale Eigenständigkeit.²⁴ Rasmussen beschrieb Smart Defence wie folgt: „*I know that in an age of austerity, we cannot spend more. But neither should we spend less. So the answer is to spend better. And to get better value for money. To help nations to preserve capabilities and to deliver new ones. This means we must prioritise, we must specialise, and we must seek multinational solutions. Taken together, this is what I call Smart Defence.*“²⁵

Insbesondere an die europäischen NATO-Verbündeten hatte Rasmussen seinen Smart Defence-Vorschlag gerichtet, den Europa drohe militärisch ohne eine koordinierte sicherheitspolitische Kooperation nicht mehr relevant zu bleiben. Diese Warnung wiederholte auch der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates bei seiner Abschiedsrede im Juni 2011. Die NATO würde einer „*trüben und düsteren Zukunft*“ entgegenstehen, wenn die europäischen Verbündeten nicht mehr unternehmen würden in Bezug auf ernstzunehmende Bereitstellung militärischer Mit-

Reduktion der Verteidigungsausgaben um 7,5% bis 2015 soll im Vereinigten Königreich, um 20% dagegen in Österreich erfolgen (von 0,8% auf 0,6% des BIP). Aus: Tomas Valasek, *Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration*, Centre for European Reform, London, April 2011, S. 3f.

²² Smart Defence: „... *an effort to better pool and coordinate defense spending and capabilities amid shrinking budgets*“, aus: Kate Brannen, *Afghanistan, Smart Defense Lead NATO Summit Agenda*, in: *Defense News*, March 26, 2012, S. 5.

²³ Smart Defence, <http://www.nato.int/docu/review/Topics/EN/Smart-Defence.htm>, abgerufen am 01.10.2012.

²⁴ Paul-Anton Krüger, *Magische Formel*, in: *loyal*, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 6-13, S. 7.

²⁵ So der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am 30. September 2011, zitiert in: Ralph D. Thiele, *Smart Defense in the 21st Century*, *The Korean Journal of Security Affairs*, Volume 17, Number 1, June 2012, Research Institute for National Security Affairs, Korean National Defense University, S. 83-99, S. 83.

tel. Durch die „Demilitarisierung“ Europas würden immer mehr Länder nicht mehr imstande sein, so Gates, militärisch relevante Fähigkeiten der NATO (oder EU) zur Verfügung zu stellen.²⁶ In den Jahren 2009 und 2010 sanken die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Verbündeten um insgesamt 45 Mrd. US-Dollar, dieser Betrag entspricht ungefähr dem deutschen Jahresbudget für Verteidigung. Der Anteil der USA an den gesamten Verteidigungsausgaben der NATO erreichte 2010 einen Anteil von 75 Prozent, während dieser zehn Jahre zuvor nur etwa 50 Prozent betragen hatte.²⁷ Derzeit (2012) beträgt der europäische Anteil am NATO-Budget nur mehr 21 Prozent.²⁸ Bei „Unified Protector“ (März bis Oktober 2011) wurde wie bei den NATO-Operationen zuvor (ehemaliges Jugoslawien 1999 sowie in Afghanistan seit 2003) die Abhängigkeit der Europäer von den USA in den unterschiedlichen Bereichen der modernen Kriegführung und Logistik wieder mehr als deutlich sichtbar: *„Furthermore, the crisis in Libya underlined the unforeseeable nature of conflicts, and also showed the need for modern systems and facilities and for less reliance on the United States for costly advanced capabilities.“*²⁹

Ziel der Smart Defence-Initiative ist es, die Kluft zwischen steigenden Anforderungen in Hinblick auf gegenwärtige und künftige Bedrohungen wie Terrorismus, Cyber-Angriffe, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Piraterie einerseits und den zum Teil massiv sinkenden Haushalten im Verteidigungsbereich andererseits nicht noch größer werden zu lassen. Smart Defence soll vor allem verhindern, dass die europäischen NATO-Verbündeten durch unkoordinierte Einsparungen weitere militärische Kernfähigkeiten verlieren. Trotz sinkender Budgets sollen

²⁶ Camille Grand, Smart Defense, in: Lisa Aronsson / Molly O'Donnell, Smart Defense and the Future of NATO: Can the Alliance Meet the Challenges of the Twenty-First Century?, March 28-30, 2012, Chicago, Illinois, Conference Report and Expert Papers, Presented by The Chicago Council on Global Affairs, S. 2.

²⁷ Paul-Anton Krüger, Magische Formel, in: loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 6-13, S. 7.

²⁸ Jacopo Leone MacDonald, The Basics of Smart Defence, in: Jakob Henius / Jacopo Leone MacDonald, Smart Defence: A Critical Appraisal, NDC Forum Paper No 21, NATO Defence College, Rome, March 2012, S. 4-25, S. 8.

²⁹ Smart Defence, <http://www.nato.int/docu/review/Topics/EN/Smart-Defence.htm>, abgerufen am 01.10.2012.

durch gemeinsame Investitionen manche der Lücken aus eigener Kraft geschlossen werden. Der Vorschlag von Rasmussen, gemäß einer in der NATO abgestimmten Priorisierung Fähigkeiten zusammenzulegen und zu teilen (Pooling and Sharing) findet sich in der Erklärung des NATO-Gipfels vom Mai 2012 in Chicago wieder. Aus deutscher Sicht wurden gegenüber Smart Defence jedoch Bedenken eingeräumt, wie sie bei der Münchner Sicherheitskonferenz vom Februar 2012 insbesondere von Verteidigungsminister Thomas de Maizière geäußert wurden. Er befürwortet zwar Smart Defence, aber *„manche meinen, sie bekommen eine Fähigkeit umsonst, die sie nicht haben. Und andere meinen, sie bekommen Geld von anderen für eine Fähigkeit, die sie haben. Beides ist eine Illusion.“*³⁰ Der NATO-Generalsekretär hätte die Umsetzung von Smart Defence zwar nicht derart verstanden, nach Wahrnehmung der deutschen Bundesregierung hätten ein paar Verbündete jedoch dies gemäß obigem Zitat aufgefasst.

Zu jenen Fähigkeitsdefiziten, die im November 2010 während des NATO-Gipfels in Lissabon identifiziert wurden und die für die erfolgreiche Durchführung von Operationen mehr als notwendig sind, gehören die Verteidigung gegen Cyberattacken, der Ausbau des NATO-Luftführungssystems (NATO Air Command and Control System) und auch die Erhöhung der Fähigkeiten für Daten im Bereich ISR (Intelligence, Surveillance, Reconnaissance).³¹ Im Lichte dieses Prozesses hatte die NATO im Mai 2012 anlässlich des Gipfels von Chicago das Ziel der NATO-Streitkräfte für das Jahr 2020 wie folgt definiert: *„modern, tightly connected forces equipped, trained, exercised and commanded so that they can operate together and with partners in any environment.“*³² Demnach ist Smart Defence „das Herz dieses neuen Ansatzes“. Die Entwicklung und die Verlegung von militärischen Fähigkeiten liegt zwar in erster Linie in nationaler Verantwortung. Aber in Zeiten, in denen Technologie teurer wird, und Verteidigungsbudgets sich unter Einsparungsdrucks befinden, gilt es, Schlüsselfähigkeiten zu definieren *„which*

³⁰ Ebenda.

³¹ Summit Declaration on Defence Capabilities: Toward NATO Forces 2020, NATO Chicago Summit, 2012, Punkt 4.

³² Ebenda, Punkt 5.

*many Allies can only obtain if they work together to develop and acquire them.*³³ Aus diesem Grund sollen spezifische multinationale Projekte umgesetzt werden, die ebenso einen besseren Schutz der NATO-Streitkräfte, eine bessere Überwachung und eine bessere Ausbildung der NATO-Streitkräfte garantieren können. Aus diesem Grund hat sich die NATO auch zum Ziel gesetzt, besser mit der EU zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Smart Defence-Initiative mit jener der EU (Pooling and Sharing) komplementär abläuft und sich gegenseitig stärkt.: *„We welcome the efforts of the EU, in particular in the areas of air-to-air refuelling, medical support, maritime surveillance and training.*“³⁴ In diesem Zusammenhang steht auch die Connected Forces Initiative, bei der Ausbildung und Training des Personals im Vordergrund steht.³⁵

Europa, so der US-Botschafter bei der NATO, Ivo Daalder, soll sich bei Smart Defence künftiger mehr in Fähigkeiten als in die Anzahl von Personal investieren: *„Europe is still personnel-heavy when it comes to militaries and it needs to spend more on [research and development] and investment.*“³⁶ Im Mai 2012 wurde auf dem Gipfel von Chicago Smart Defence zur offiziellen Politik erhoben. Folglich wurde von den NATO-Staats- und Regierungschefs ein Paket von mehr als 20 multinationalen Gemeinschaftsprojekten beschlossen, das sich in etwa 120 Einzelprojekte unterteilt. Das Ziel des Pakets liegt darin, *„to provide the capabilities we need at a price we can afford“*, so der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen.³⁷ Dazu gehört

- die Schaffung einer NATO-weiten standardisierten Schnittstelle für Munition, insbesondere für Präzisionsmunition, die es künftig ermöglichen soll, dass Kampfflugzeuge aller Mitgliedstaaten auch Bomben und Flugkörper aus den Beständen der Verbündeten tragen können. Im Libyen-Einsatz war es teilweise zu Engpässen bei

³³ Ebenda, Punkt 9.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Kate Brannen, After NATO Summit, details Scarce On Strategic Defense Spending, in: Defense News, May 28, 2012, S. 14.

³⁷ Ebenda.

der Präzisionsmunition gekommen, weil Standardisierung nicht gegeben war.³⁸

- Multinationale Zusammenarbeit bei der Beschaffung und Bereitstellung derartiger Waffen durch gemeinsame Arsenale ist ein weiteres Gemeinschaftsprojekt.
- Als eine der Lehren des ISAF-Einsatzes in Afghanistan ist die NATO bestrebt, unter der Führung von Italien ferngesteuerte Roboter zur Entschärfung von Bomben und Sprengfallen beschaffen und gemeinsam zu nutzen.
- Weiters ist die Errichtung eines gemeinsamen Ausbildungszentrums für Hubschrauberpiloten und Bodencrews vorgesehen sowie eine gemeinsame Logistik zur Versorgung von Truppen in Einsatzgebieten mit Treibstoff oder standardisierten modularen Lazaretten. Ebenso bei Wartung und Unterhalt von Fahrzeugen sollen durch multinationale Kooperationen Kosten gespart werden.
- Das Raketenabwehrsystem, das beim Lissabonner Gipfel der NATO-Staats- und Regierungschef im November 2010 beschlossen wurde. Die USA stellt zwar das Gros an Kapazitäten dafür zur Verfügung, aus Europa werden dazu Patriot-Luftabwehrsysteme und Schiffe mit Radar bereitgestellt.³⁹
- Eines der größten Projekte ist die Entwicklung gemeinsamer Aufklärungs- und Überwachungsfähigkeiten (JISR – Joint Intelligence, Surveillance and Reconnaissance) Dazu zählen auch der Betrieb und die Vernetzung bestehender Fähigkeiten wie die 17 NATO-AWACS-Flugzeuge, jedoch ebenso die Beschaffung neuer Systeme. Ein großes Hauptprojekt widmet sich dem Aufbau und dem Betrieb einer weltweit einsetzbaren luftgestützten Gefechtsfeldaufklärung und –überwachung (Alliance Ground Surveillance – AGS). Ziel des AGS: die Errichtung eines allwetterfähigen, auf den Einsatz moderner Drohnen basierenden Systems zum Schutz eingesetzter Kräfte. Das AGS soll in der Lage sein, weiträumige Aktivitäten am Boden aufzuklären und zu überwachen.⁴⁰ Ähnlich

³⁸ NATO, Multinational Projects, Fact Sheet, 16/05/12 12:31 Uhr.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Paul-Anton Krüger, Magische Formel, in: loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 9.

wie das AWACS soll AGS von mehreren NATO-Mitgliedstaaten gemeinsam als Kernfähigkeit beschafft und auch unterhalten werden. Wenn die volle Einsatzfähigkeit voraussichtlich 2017 erreicht ist, werden fünf Drohnen von Typ Global Hawk ständig bereitstehen. Die Drohnen sollen von verlegbaren Bodenstationen aus gesteuert und in der Lage sein, zwei Gebiete (orbits) an unterschiedlichen Stellen der Welt gleichzeitig aufzuklären und zu überwachen. So unterzeichneten im Mai 2012 in Chicago Bulgarien, Deutschland, Estland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und die USA den AGS-Vertrag. Deutschland trägt dabei ein Drittel der Kosten von geschätzt etwa 1,5 Milliarden Euro und beteiligt sich auch am Betrieb der Drohnen, die in Sigonella (Sizilien) stationiert werden sollen. Das gemeinsame Gefechtsfeldüberwachungssystem AGS geht auf Vorschlag des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO aus 1992 zurück, der 1995 in eine Entscheidung der Verteidigungsminister mündete, das System zu beschaffen. Bis zur Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) für das inzwischen mehrfach geschrumpfte Programm vergingen nochmals 14 Jahre. Dänemark und Kanada sind inzwischen aus dem Projekt ausgeschieden. Die NATO kann nun dazu beitragen, dass Beschaffung und Betrieb nicht noch einmal jahrzehntelang auf sich warten lassen.⁴¹

- Das multinationale „Pooling“ von Seeraumüberwachungsflugzeugen, die auf Abruf auch für andere Bündnispartner zur Verfügung stehen sollen.⁴²
- Ein Projekt zielt auf den Ausbau von Luftraumüberwachung (Air Policing), wie jene über den baltischen Staaten (die sich ja bekanntlich keine eigene Luftwaffe leisten können). Deutschlands Luftwaffe hatte dafür in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 wieder F-4 Phantom-Flugzeuge und etwa 100 Soldaten nach Litauen verlegt. Die NATO-Staaten hatten sich bereits im Zuge der Bündniserweiterung im April 2004 verpflichtet, einen einheitlichen Standard zur Luftraumüberwachung und zur Wahrung der

⁴¹ Ebenda, S. 10.

⁴² NATO, Multinational Projects, Fact Sheet, 16/05/12 12:31 Uhr.

lufthoheitlichen Souveränitätsrechte aller Bündnisstaaten zu gewährleisten. Im Fall von Estland, Lettland, Litauen geschieht dies durch das NATO Air Policing Baltikum, an dem sich Deutschland nun schon zum fünften Mal beteiligt hat. Dieses Modell soll im Zuge der Smart Defence-Initiative möglicherweise auf weitere Lufträume ausgedehnt werden.⁴³

Gerade am Beispiel Air Policing und auch AGS wird deutlich, dass viele der auf dem Chicago-Gipfel präsentierten Projekte nur ein neues Etikett aufgeklebt bekommen haben. Viele weitere Projekte sollen noch umgesetzt werden. Diese Projekte sollen gewährleisten, dass die nationale Handlungsfähigkeit der Bündnismitglieder gewahrt bleibt.

Als gemeinsamen Pool von Fähigkeiten besonderer Art hatten im April 2012 Belgien, Luxemburg und die Niederlande ein Übereinkommen für engere militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Dieses Übereinkommen soll längerfristig den Weg zu einer gemeinsamen „Benelux-Armee“ der drei Staaten öffnen, betonte der niederländische Verteidigungsminister Hans Hillen am 17. April 2012 in Brüssel. Mit diesem Schritt sind die Benelux-Staaten bestrebt, Geld zu sparen und in der Folge Ressourcen sinnvoll gemeinsam einzusetzen. Die gemeinsamen Streitkräfte könnten ebenso ein Vorbild für andere Staaten sein, erklärte Hillen. Belgien und die Niederlande kooperieren militärisch seit längerer Zeit eng. So existiert seit 1996 ein gemeinsames Marinekommando der beiden Staaten, auch erfolgen seit längerem Absprachen bei gemeinsamen Rüstungsanschaffungen. Beide Staaten besitzen nunmehr dieselben Schiffstypen und Helikoptermodelle. Im Gespräch sind nun auch die Schaffung einer gemeinsamen Luftraumüberwachung und gemeinsame Truppenausbildung.⁴⁴

Die generelle Koordination für Smart Defence hat das Allied Command Transformation (ACT). Hier werden alle Projekte geführt und der ent-

⁴³ Paul-Anton Krüger, Magische Formel, in: loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 10.

⁴⁴ Benelux-Staaten: Vertrag für gemeinsame Armee, <http://orf.at/stories/2116023/> (abgerufen am 23.04.2012).

sprechenden Ebene zugeordnet. Ebene 1 betrifft Projekte, die bereits in Umsetzung sind, Ebene 2 betrifft Projekte mit fortgeschrittener Planung sowie Ebene 3 betrifft derartige mögliche Projekte, die nur als Absicht bestehen. Die Koordination in den Projekten selbst obliegt den jeweiligen Lead Nations.

Vertiefte Kooperationen in Europa – Drei Fallbeispiele

Nach ersten Initiativen von Kooperationen und Etablierungen von Strukturen der militärischen Zusammenarbeit in Mitteleuropa, die vor allem ab 1996 entstanden waren, haben die internationale Finanzkrise – diese begann in den USA im Herbst 2007 – und die damit zusammenhängenden Sparprogramme sowohl in den USA⁴⁵ als auch in Europa auf nationalstaatlichen Ebenen Umdenkprozesse mit sich gebracht. Im Bereich der militärischen Kooperationen auf europäischer Ebene – hier vor allem mit regionalen Partnern aus ähnlichen „Streitkräftekulturen“ – wird seither vermehrt überlegt, wie sich Einsparungsprozesse mit effizienterer Nutzung von Streitkräftepotenzialen innerhalb der EU und NATO erreichen lassen. Die engere militärische Zusammenarbeit auf regionaler sowie auf überregionaler Ebene hat zum Ziel, militärische Mittel sowohl auf nationalstaatlicher Ebene sowie auch multinational effizienter zu nutzen – bei gleichzeitigen verteidigungspolitischen Einsparungen. Sicherheitspolitiker und Sicherheitsexperten betonen schon seit mehr als einem Jahrzehnt die Notwendigkeit, sich auf militärischer Ebene multinational effizienter zu vernetzen, um eine höhere Nutzung für die gesamteuropäische Streitkräftekoordination – wie auch im EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon vorgesehen – zu erzielen. In Europa existieren noch erhebliche Mängel in den Bereichen gemeinsame Streitkräfteentwicklung, gemeinsame Ausbildung sowie gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung. Dies hat mittlerweile zu Verknappungen in manchen Bereichen und gleichzeitig zu Überkapazitäten in anderen

⁴⁵ Gemäß dem amerikanischen Budget Control Act, der im August 2011 seitens des US-Kongresses verabschiedet wurde, stehen bis zum Jahr 2022 Kürzungen der Verteidigungsausgaben von vorerst 487 Milliarden US-Dollar an. Aus: Marcus Weisgerber und Zachary Fryer-Biggs, Pentagon Punts on Major Program Cuts, in: Defense News, January 30, 2012, S. 1 und 10, S. 10.

Bereichen geführt.⁴⁶ Folgende regionale militärische Kooperationen erhielten mit der Finanzkrise in Europa ab Ende 2007 neuen Auftrieb bzw. wurden neu geschaffen:

- NORDEFECO: die nordischen Länder in Europa weisen eine lange Geschichte der umfassenden – mit einschließend auch militärischen – Zusammenarbeit auf. NORDEFECO führt auf die Bildung des Nordischen Rates im Jahr 1952 zurück.⁴⁷ 1994 hatten die NATO-Mitglieder Dänemark und Norwegen sowie die damals neutralen Staaten Finnland und Schweden die Nordische Rüstungskooperation (NORDAC) gegründet.⁴⁸ Während der nächsten Jahre wurden die NORDAC-Initiative und die beiden anderen Säulen NORDCAPS (*Nordic Coordinated Arrangement for Military Peace Support*) und NORDSUP (*Nordic Supportive Defense Structures*) in eine umfassendere Kooperation zusammengeführt. So haben nach dem Beginn der Finanzkrise Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden ihre militärischen Kooperationen intensiviert. Am 3. November 2009 waren die nordischen Länder Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden während ihres Verteidigungsministertreffens in Helsinki übereingekommen, eine gemeinsame umfassende militärische Kooperationsstruktur zu schaffen.⁴⁹ Diese Nordische Verteidigungskooperation (*Nordic Defence Co-operation* – NORDEFECO) umfasst beinahe das gesamte Spektrum der Militärspektoren der beteiligten Länder mit dem Ziel, Kosteneffizienz und verbesserte operationelle Fähigkeiten zu erreichen. Der ehemalige norwegische Außenminister Thorvald Stoltenberg hatte dazu im Februar 2009 seinen Bericht über die Nordische Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik präsentiert und darin 13 Bereiche der Zusammenarbeit vorge-

⁴⁶ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012, S. 1.

⁴⁷ Peter Kiss, Eastern European Defense Review: Defense cooperation within the Visegrad Group. Unexplored opportunities? , CSIS (Center for Strategic & International Studies), Washington D.C., February 25, 2011, S. 3.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Gerard O'Dwyer, Nordic Council Urges Focus on Common Defense, in: Defense News, December 7, 2009, S. 8.

schlagen – vom *Peace building* über Luft- und Seeüberwachung bis hin zu militärischen Kooperationen.⁵⁰ Im >April 2011 wurde seitens der nordischen Regierungen die Nordische Solidaritätserklärung angenommen, insbesondere im Bereich Cyber-Verteidigung. Finnlands Verteidigungsminister Stefan Wallin hatte Anfang 2012 nochmals urgiert, auch die regionale militärische Kooperation im nordischen Raum gerade in Zeiten sinkender Verteidigungsbudgets zu beschleunigen.⁵¹ Die geplanten massiven Kürzungen der Verteidigungsausgaben einiger europäischer Länder (inklusive Finnland) wurden von Schwedens Verteidigungsminister Sten Tolgfors als „*alarmierend*“ bezeichnet.⁵² Lettland beabsichtigt, das Verteidigungsbudget um fünfzig Prozent zu kürzen.⁵³ Auch Dänemark beabsichtigt, Kosten im Verteidigungsbereich einzusparen und deshalb „*Aufgaben und große Ausrüstung*“ mit Staaten der NATO „*und anderen nordischen Staaten*“ zu teilen, so Dänemarks Verteidigungsminister Nick Haekkerup:⁵⁴ „*In times of financial austerity, the Nordic defense cooperation will set an example on how to use scarce resources in a smarter way and in a way that better connects our forces in the long term.*“⁵⁵

- Die Britisch-Französische Allianz: am 2. November 2010 hatten Frankreich und Großbritannien so genannte *Letters of Intent* über Kooperationen in strategisch relevanten Bereichen unterzeichnet. Der erste Vertrag versteht sich als „*overarching defence co-*

⁵⁰ Peter Kiss, Eastern European Defense Review: Defense cooperation within the Visegrad Group. Unexplored opportunities? , CSIS (Center for Strategic & International Studies), Washington D.C., February 25, 2011, S. 4.

⁵¹ Gerard O’Dwyer, Nordic Cooperation Is Cure to Falling Defense Budgets, in: Defense News, January 30, 2012, S. 13.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Gerard O’Dwyer, Denmark Eyes Savings From Joint Purchases, in: Defense News, February 13, 2012, S. 21.

⁵⁵ Gerard O’Dwyer, Nordic Industry Eyes New Business Spinoffs from Smart Defense, in: Defense News, June 18, 2012, S. 22.

operation treaty“,⁵⁶ der Initiativen in folgenden Bereichen beinhaltet „to maximise our capabilities and to obtain greater value for money“.⁵⁷ Kooperationen bei der gemeinsamen Nutzung von Flugzeugträgern, gemeinsame Ausbildung von Teilen des Militärs auf bestimmten Geräten (wie auf dem Transportflugzeug *Airbus A400M*, gemeinsame Wartung von technologisch anspruchsvollem Gerät, die Errichtung eines multinationalen Expeditionsverbandes (*Combined Joint Expeditionary Force*), sowie die verstärkte Zusammenarbeit auf militärisch-industrieller Ebene. Der zweite Vertrag zielt auf eine verstärkte Kooperation im Nuklearbereich und sieht Möglichkeiten für die beiden Atommächte vor, ihre Informationen in der Nuklearforschung und in der Erprobung von Nuklearmaterialien gemeinsam zu nutzen.⁵⁸

- Die mitteleuropäische bzw. zentraleuropäische Zusammenarbeit (*Central European Co-operation*): Nach der Auftaktveranstaltung über die künftige sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in Mitteleuropa am 3. Mai 2010 in der Landesverteidigungsakademie in Wien⁵⁹ und dem Treffen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Direktoren Österreichs und Ungarns auf Einladung des verteidigungspolitischen Direktors der Republik Ungarn, Peter Sikosi, mit hochrangigen Vertretern aus Kroatien, der Slowakei, Slowenien und der Tschechischen Republik in Budapest (25. bis 26. Oktober 2010)⁶⁰ hatten zu Beginn des Jahres 2011 die Direktoren für Verteidigungspolitik aus Kroatien, Österreich, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und

⁵⁶ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012, S. 2.

⁵⁷ Sven Biscop und Jo Coelmont, Europe, Strategy and Armed Forces. The Making of a Distinctive Power, Cass Military Studies, Routledge Publishing, London und New York 2012, S. 83.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Die Konferenz trug den Namen „Security Co-operation in Central Europe“.

⁶⁰ Österreichs Bundesheer – Konferenz für mehr regionale Kooperation in Zentraleuropa, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=5362>, 26.10.2010 (abgerufen am 05.07.2011).

Ungarn beschlossen, mögliche Kooperationen auf Streitkräfteebene durchzudenken, vor allem „*where their countries could pool and share military capabilities*“.⁶¹ Des Weiteren kamen die Direktoren für Verteidigungspolitik überein, ihre Positionen über unterschiedliche verteidigungspolitische und auch Planungsaspekte zu koordinieren. Während des Jahres 2011 waren diesbezüglich einige Treffen erfolgt, Verhandlungen auf Expertenebene wurden über bestimmte Themen eingeleitet.⁶² Alle Staaten – inklusive das neutrale Österreich – befänden sich in einem militärischen Transformationsprozess, „*daher könne kein europäisches Land mehr aus eigener Kraft die volle Palette an militärischen Fähigkeiten für einen internationalen Friedenseinsatz bereithalten*“, hatte auch der Direktor für Sicherheitspolitik im österreichischen Verteidigungsministerium, Generalmajor Johann Pucher, bei den Abstimmungsgesprächen in Budapest Ende Oktober 2010 betont.⁶³ Dabei gehe es „*nicht ausschließlich um die Möglichkeit der Kosteneinsparung, sondern auch, um neue Motivationen für die Transformation der Streitkräfte zu suchen und den politischen Wert einer funktionierenden regionalen Kooperation zu steigern. Besonders für die kleinen Staaten wie Österreich sei es enorm wichtig, gemeinsame Lösungen für die Sicherheit seiner Bürger zu entwickeln und sich für regionale Anliegen einzusetzen. Dabei sei es notwendig, den Fokus auf jene Bereiche militärischer Zusammenarbeit zu legen, die eine Win-Win-Situation – also einen Vorteil für alle Beteiligten – mit sich bringt, zeigte sich Pucher überzeugt*“.⁶⁴

Grenzüberschreitende militärische Zusammenarbeit stellt in Europa nichts Neues dar, während der letzten zwei Jahrzehnte wurden zahlreiche multinationale Rahmen der Kooperationen geschaffen, wie z.B. die

⁶¹ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012, S. 2.

⁶² Ebenda, S. 2.

⁶³ Österreichs Bundesheer – Konferenz für mehr regionale Kooperation in Zentraleuropa, <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=5362>, 26.10.2010 (abgerufen am 05.07.2011).

⁶⁴ Ebenda.

British-Dutch Amphibious Group, die Deutsch-Französische Brigade, das Ungarisch-Rumänische Friedenserhaltende Bataillon sowie die Belgisch-Niederländische Marinekooperation, das Baltische Verteidigungskolleg, die Strategische Lufttransportfähigkeit und das Europäische Lufttransportkommando.⁶⁵ Diese zuletzt genannten europäischen Kooperationsprogramme waren und sind stets einseitig ausgerichtet, jene Programme, die nach 2008 im Zuge der Finanzkrise entstanden sind, wie NORDEFKO oder die britisch-französische Zusammenarbeit, bieten zugleich sowohl multi-dimensionale als auch permanent strukturierte Kooperationen an.⁶⁶

Regionale militärische Kooperationen finden in Europa hauptsächlich auf bilateraler und auch auf regionaler Ebene statt anstatt auf der Ebene der EU oder der NATO. Bence Németh von der Abteilung für Verteidigungsplanung des Verteidigungsministeriums der Republik Ungarn kommt diesbezüglich zu folgender Conclusio:

„Of course, this does not mean that they do not co-operate within these institutions; what it does mean is that there are significant areas where increasingly more states consider either the European Union or the Atlantic Alliance inappropriate for multinational military co-operation.“⁶⁷

Vor allem viele nordische Länder betrachten beide Organisationen – insbesondere die EU – auf Ebene der Streitkräfte „zu kompliziert, groß und langsam.“⁶⁸ Zudem sind die britische und auch die französische Regierung mit den Fortschritten in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unzufrieden, in diesem Kontext vor allem bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten, und ziehen als „natürliche Partner“ aus diesem Grund die im November 2010 eingeleitete Stär-

⁶⁵ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012, S. 2.

⁶⁶ Ebenda, S. 2.

⁶⁷ Ebenda, S. 3.

⁶⁸ Ebenda.

kung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit einer Kooperation in multinationalen Institutionen vor.⁶⁹

Die kleineren mitteleuropäischen Länder haben ebenso realisiert, dass sie vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Viele der gegenwärtigen institutionalisierten Initiativen sind derzeit für diese Länder nicht geeignet: „*thus they need a closer co-operation to find out whether they could solve their common problems together.*“⁷⁰ Während Frankreich und Großbritannien vor der Herausforderung stehen, gemeinsam Flugzeugträger zu entwickeln, um die geeignete Schlagkraft nach außen projizieren zu können, ist es für viele mitteleuropäische Staaten auf nationaler Ebene eine enorme Herausforderung, moderne Kampfflugzeuge für luftpolizeiliche Aufgaben zur Verfügung zu stellen.⁷¹ Gerade auf diesem Gebiet könnten mitteleuropäische Staaten verstärkt kooperieren.

Sicherheitspolitische Kooperationen auf Ebene der Visegrad 4 (V4)

Ungarn als NATO-Mitglied war ab Mitte der 1990er Jahre im Bereich koordiniertes militärisches Krisenmanagement mit anderen mitteleuropäischen Staaten treibende Kraft. Ungarn besitzt strategische Interessen – vor allem Frieden und Stabilität – in noch instabilen Regionen südlich und östlich seiner Grenzen. Während Ungarn gemeinsam mit Kroatien, Italien, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und der Ukraine und auch die Tschechische Republik ab 2000/01 mit der Slowakei und mit Polen Krisenmanagement- und Katastrophenschutzeinheiten gebildet hatten, konnte sich die auf österreichische Initiative beruhende CENCOOP zu keiner effektiven Organisation der Kooperation mitteleuropäischen Staaten entwickeln. Österreich und die Schweiz waren hier als Nicht-NATO-Staaten den NATO-Ländern Rumänien, Slowakei, Slowenien und Ungarn sowie dem damaligen NATO-Aspirantenland Kroatien gegenübergestanden. Zudem stimmen die mitteleuropäischen NATO-Mitglieder ihre Streitkräftestrukturen und gemeinsame Kooperationen für internati-

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012, S. 3.

⁷¹ Ebenda, S. 4.

onale Krisenbewältigungs- und Katastrophenschutzzeinsätze innerhalb der NATO ab:

„Obviously, very strong tool for a deeper V4 cooperation in defence and security is the common membership in both EU and NATO. Today defence and security policy is created more on international, rather than national level.”⁷²

So ist in Artikel 5 des NATO-Gründungsvertrages das Prinzip der kollektiven Verteidigung verankert. Demnach wird ein bewaffneter Angriff auf einen oder mehrere Partner als Angriff auf die gesamte Allianz angesehen. Dieser Artikel enthält jedoch keine automatische militärische Beistandspflicht, *„da es jedem Mitgliedstaat überlassen bleibt, unverzüglich und im Zusammenwirken mit den anderen Partnern lediglich die Maßnahmen zu treffen, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt, die er für erforderlich hält.“⁷³* Folglich *„ist die Möglichkeit unterschiedlicher Unterstützung in einem Konfliktfall durch die NATO-Partner gegeben.“⁷⁴*

Alle vier Visegrad-Länder (V4) hatten zunächst ihren *„klaren Willen“* bekundet, an internationalen Krisenmanagementoperationen teilzunehmen, *„mainly under the umbrella of NATO, but also EU and UN.“⁷⁵* Unter den V4 gibt und gab es positive Beispiele von militärischen Kooperationen in Form von gemeinsamen Beteiligungen bei internationalen Operationen, wie Tschechien und Slowakei bei der KFOR (Kosovo), Slowakei und Ungarn bei der UNFICYP (Zypern) oder Polen und Slowakei im Irak. Bei gemeinsamen Operationen müssen die V4 sich jedoch weiterhin auf die Unterstützung entweder seitens der NATO oder seitens der

⁷² Jaroslav Nad, István Gyarmati, Tomasz Szatkowski, Libor Frank, V4 Cooperation and Coordination in Defence and Security, in: Obrana a strategie (Defence & Strategy), Volume 10, 2/2010, herausgegeben von der Verteidigungsuniversität Brünn (Univerzita obrany Brno), S. 143-152, S. 144.

⁷³ Johannes Varwick, Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei? Verlag C.H. Beck, München 2008, S. 25.

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Jaroslav Nad, István Gyarmati, Tomasz Szatkowski, Libor Frank, V4 Cooperation and Coordination in Defence and Security, in: Obrana a strategie (Defence & Strategy), Volume 10, 2/2010, herausgegeben von der Verteidigungsuniversität Brünn (Univerzita obrany Brno), S. 143-152, S. 145.

USA verlassen.⁷⁶ Insgesamt schien in den letzten Jahren zunächst die V4 „ihren Dampf“ verloren haben „in dealing with the foreign, defence and security problems as an autonomous Central European political initiative.“⁷⁷ Der Grund war insbesondere bei noch nicht bewältigten Herausforderungen zwischen Visegrad-Ländern gelegen, wie z.B. Disputen betreffend ethnische Volksgruppen zwischen der Slowakei und Ungarn:⁷⁸ militärische Initiativen wie das ursprünglich gemeinsam geplante Modernisierungsprogramm für Mi-24-Helikopter waren gescheitert, es hatte auch keine eigene Expertengruppe bei der Erstellung des Neuen Strategischen Konzepts der NATO vom November 2010 existiert. Im September 2010 war jedoch unter den V4 die Unterzeichnung eines Memorandums über die Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Piloten bei den Luftstreitkräften zustande gekommen.⁷⁹ Die V4 waren bisher Mitglieder von drei unterschiedlichen *Battle Groups*. Unter den V4 hatte zunächst ausschließlich die tschechisch-slowakische *Battle Group* eine permanente regionale Komponente gezeigt.⁸⁰ Eine umfassendere multilaterale militärische Kooperation schien zunächst am politischen Willen der an der V4 teilnehmenden Staaten und somit an notwendigen finanziellen Maßnahmen zu scheitern.⁸¹ Innerhalb der V4 hatten im Bereich Sicherheit und Verteidigung bis vor Kurzem weder formelle noch informelle Kooperationsmechanismen existiert: „*There are several annual meetings on ministerial or expert level of defence and foreign ministries*

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Ebenda, S. 146.

⁷⁸ Als die Visegrad-Gruppe 1991 ins Leben gerufen wurde, war unter den beteiligten Staaten noch gegenseitiges Misstrauen in Hinblick auf noch nicht bewältigte Herausforderungen, die zum Teil in der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1918 und in den darauf folgenden Regelungen der Pariser Vororteverträge ihren Ursprung haben, vorhanden. „... *mutual suspicion and past disputes still loomed in the background.*“ Aus: Peter Kiss, Eastern European Defense Review: Defense cooperation within the Visegrad Group. Unexplored opportunities?, CSIS (Center for Strategic & International Studies), Washington D.C., February 25, 2011, S. 3.

⁷⁹ A militarised Visegrad group?, EurActiv, Published: 13 May 2011 | Updated: 31 August 2011, <http://www.euractiv.com/print/global-europe/militarised-visegrad-group-analysis> (abgerufen am 02.03.2012).

⁸⁰ Ebenda, S. 5.

⁸¹ Ebenda.

representatives, but the substance, the outcomes of these meetings are poor.“⁸² Die V4 war zunächst ein „Diskussionsklub“ mit einer „relativen schwachen Position“ auf internationaler Ebene geblieben.⁸³ Die Visegrad-Länder waren sich auf jedem Fall in folgendem Punkt einig:

„Based on all V4 countries' strategic documents for defence and security, NATO is the basis for the European security, and the Visegrád group believes that its security interests will be basically channelled through the Alliance in the long-term as well.“⁸⁴

In anderen Worten: *“For all four countries, a coherent Europe-wide security alliance anchored by a strong US presence is preferable to any regional grouping.“⁸⁵*

Während einer Konferenz am 23. Mai 2011 in Levoča/Slowakei waren die V4 jedoch übereingekommen, sich verteidigungspolitisch verstärkt zu koordinieren und bis Anfang 2016 unter polnischer Führung⁸⁶ eine gemeinsame Battle Group mit 1.500 Hochbereitschaftssoldaten zuzüglich unterstützenden Einheiten in den Bereichen Pioniere, Luftraumverteidigung, Sanitätswesen und Militärpolizei für internationale EU-Einsätze zu bilden.⁸⁷ Insgesamt soll die Battle Group der V4 bis zu 3.000

⁸² Jaroslav Nad, István Gyarmati, Tomasz Szatkowski, Libor Frank, V4 Cooperation and Coordination in Defence and Security, in: Obrana a strategie (Defence & Strategy), Volume 10, 2/2010, herausgegeben von der Verteidigungsuniversität Brünn (Univerzita obrany Brno), S. 143-152, S. 146.

⁸³ Ebenda, S. 149.

⁸⁴ Ebenda, S. 150.

⁸⁵ A militarised Visegrad group?, EurActiv, Published: 13 May 2011 | Updated: 31 August 2011, <http://www.euractiv.com/print/global-europe/militarised-visegrad-group-analysis> (abgerufen am 02.03.2012).

⁸⁶ So der Verteidigungsminister Polens, Bogdan Klich, zitiert in: A militarised Visegrad group?, EurActiv, Published: 13 May 2011 | Updated: 31 August 2011, <http://www.euractiv.com/print/global-europe/militarised-visegrad-group-analysis> (abgerufen am 02.03.2012).

⁸⁷ Jack Buehrer, Region: Visegrad 4 to combine defense resources. Regional battle group ready by 2016 as ministers sign pact, The Prague Post, June 1, 2011, The Prague Post, <http://www.praguepost.com/print.php?url=8864-region-visegrad-4-to-combine-defense-resources> (abgerufen am 02.03.2012).

Personen umfassen.⁸⁸ Polen besitzt von den Ländern der V4 die engsten militärischen Beziehungen – vor allem in den Bereichen Ausbildung und multinationale Koordination – zur USA.⁸⁹ Zudem hatten sich die V4 geeinigt, ab dem Jahr 2013 reguläre Militärübungen „*under the auspices of the NATO Response Force*“, abzuhalten.⁹⁰ Die erste derartige Übung soll in Polen stattfinden. Vor allem die kleineren Länder in Mitteleuropa betrachten diese Battle Group weniger als Mittel, um in Kampfoperationen teilnehmen zu können, sondern – gerade in Zeiten der Finanz- und Schuldenkrise – als Weg, ihre militärischen Fähigkeiten besser abzustimmen und zu poolen.⁹¹ „*This isn't a sign of militarization. It's a show of solidarity within the EU concept, as well as a way to utilize common logistics between the four countries,*“ hatte Michal Kořan, vom Institute of International Relations in Prag erklärt. Die Visegrad-4-Länder hatten in ihrem Gemeinsamen Kommuniqué der V4-Verteidigungsminister vom 4. Mai 2012 betont, dass „*Afghanistan has also been an important driver in the transformation of our armed forces. We will continue to work together on using the lessons learned in Afghanistan in our future cooperation.*“⁹²

Es hängt ausschließlich vom politischen Willen und vom Interesse aller beteiligten Staaten ab, Kooperationen entstehen lassen. Wie tief diese Kooperationen erfolgen, bestimmen die politischen Rahmenbedingungen. In diesem Zusammenhang gehen Verpflichtungen aus Mitgliedschaften bei kollektiven Sicherheitsorganisationen vor. Zwischen mitteleuropäischen Staaten werden Interessensabstimmungen und intensive

⁸⁸ Punkt 6, Joint Communiqué of the Ministers of Defence of the Visegrad Group, Litoměřice, 4th May 2012.

⁸⁹ Aus: A militarised Visegrad group?, EurActiv, Published: 13 May 2011 | Updated: 31 August 2011, <http://www.euractiv.com/print/global-europe/militarised-visegrad-group-analysis> (abgerufen am 02.03.2012).

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Jack Buehrer, Region: Visegrad 4 to combine defense resources. Regional battle group ready by 2016 as ministers sign pact, The Prague Post, June 1, 2011, The Prague Post, <http://www.praguepost.com/print.php?url=8864-region-visegrad-4-to-combine-defense-resources> (abgerufen am 02.03.2012).

⁹² Punkt 9, Joint Communiqué of the Ministers of Defence of the Visegrad Group, Litoměřice, 4th May 2012. Die V4 hatten gemeinsam im Mai 2012 über 3.600 Soldaten in Afghanistan (NATO-Operation ISAF) stationiert.

militärische Kooperationen prinzipiell innerhalb der NATO wahrgenommen. Die internationale Finanz- und Schuldenkrise setzt nun verstärkt Länder in Europa unter Druck, ihre militärischen Fähigkeiten ernsthaft und effizient zu koordinieren. Kein Land bringt derzeit jene notwendigen Finanzmittel auf, um nationale Streitkräfte in effizienter Weise auf die gegenwärtigen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen vorzubereiten. In Zahlen ausgedrückt schreibt die NATO für ihre Mitglieder den Prozentsatz der Verteidigungsausgaben pro Mitgliedstaat auf zwei Prozent des Bruttonationalproduktes vor. Diese „Vorschreibung“ besitzt jedoch ausschließlich empfehlenden Charakter, da insbesondere auch die neuen NATO-Mitglieder in Mitteleuropa dieses budgetäre Ziel nicht erreichen: im Finanzjahr 2009 hatten Polen 1,7 Prozent, die Tschechische Republik 1,6 Prozent, die Slowakei 1,5 Prozent und Ungarn 1,1 Prozent des Bruttonationalproduktes für Verteidigung ausgegeben.⁹³ Die jährlichen Ausgaben pro Soldat hatten sich in der Tschechischen Republik 2009 auf 94.069 Euro beziffert, während Polen, die Slowakei und Ungarn durchschnittlich rund 55.000 Euro ausgegeben hatten. Im Vergleich dazu hatten sich die jährlichen Ausgaben 2009 pro Soldat in Frankreich bei 111.092 Euro, in Deutschland bei 134.512 Euro sowie in Großbritannien bei 216.288 Euro belaufen.⁹⁴

In den Visegrad4-Staaten Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn wurden seit 1992 die Anzahlen der in den Streitkräften dienenden Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere erheblich reduziert und die Wehrpflicht abgeschafft „*in order to create smaller, more effective armies.*“⁹⁵ In den letzten zwanzig Jahren hatte im Verteidigungsministerium sowie bei der Truppe Polen den Aktivstand von 400.000 auf 100.000, Ungarn von 100.000 auf 24.000 und die Tschechoslowakei von 200.000 auf 40.000 (davon 24.000 in der Tschechischen Republik sowie 16.000 in der Slowakei) reduziert. Dieser 75-prozentige Abbau des Aktivstandes hatte zu einem langsamen, jedoch aber ebenso zu einem steti-

⁹³ Peter Kiss, Eastern European Defense Review: Defense cooperation within the Visegrad Group. Unexplored opportunities? , CSIS (Center for Strategic & International Studies), Washington D.C., February 25, 2011, S. 1.

⁹⁴ Ebenda, S. 1f.

⁹⁵ Ebenda, S. 2.

gen Anstieg der jährlichen Ausgaben für Soldaten geführt.⁹⁶ Die Modernisierung von Ausrüstung ist ein Schlüsselfaktor in den jeweiligen Transformationen: die Ausgaben für Verteidigungsausrüstung pro Soldat hatten sich 2009 in der Tschechischen Republik bei 21.000 Euro, in Polen bei 7.900 Euro, in der Slowakei bei 7.500 Euro sowie in Ungarn bei 7.100 Euro belaufen. In Deutschland und in Spanien hatte 2009 der Wert bei durchschnittlich 20.000 Euro betragen.⁹⁷ Der Verteidigungsexperte Peter Kiss vom Washingtoner Zentrum für Strategische und Internationale Studien (Center for Strategic & International Studies – CSIS) kommt, was die Visegrád-Länder betrifft – zu folgender Conclusio:

„[T]he Visegrad countries underspent on defense for the past 20 years, leading to a sluggish modernization of their armed forces. Adhering to NATO's criteria could lead to a significant development, especially for Hungary and Slovakia. Because reaching this level of spending is unlikely to happen in the future, a possible alternative is to spend more smartly and cooperate regionally on every single issue that could lead to more capabilities for less money.“⁹⁸

Schlussfolgerungen

Während des Kalten Krieges war die USA die sicherheitspolitisch alles prägende Macht in Europa. Dieses Faktum hat sich spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 (9/11) gegen die USA geändert. Seither hatte sich das sicherheitspolitische Interesse der USA zunächst von Europa mehr nach Zentralasien (vor allem nach Afghanistan und Pakistan) verlagert. Der wirtschafts- und auch militärpolitische Aufstieg Chinas sowie die Beanspruchung Chinas sowohl des Ost- als auch des Südchinesischen Meeres veranlasst die USA, mehr militärische Ressourcen aus Europa in den ost- und südostasiatischen Raum zu verlegen.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Ebenda.

Die USA sieht ihre Truppenpräsenz von 80.000 Soldaten in Europa somit als „Luxus“.⁹⁹

Aus der Sicht Washingtons entstand aus der Schwäche europäischer Streitkräfte, die wiederum beim Libyen-Konflikt 2011 deutlich sichtbar wurden, eine „Bedrohung für die transatlantischen Beziehungen“.¹⁰⁰ Die USA rufen die europäischen Verbündeten bereits seit den 1950er Jahren auf, ihre Fähigkeiten verstärkt zu koordinieren und auch einzusetzen. Die Zeiten, als die USA die überwiegende Hauptlast für Krisenbewältigung in und um Europa einsetzt, sollen vor allem im Zuge knapper werdender Kassen im Verteidigungsbereich der Vergangenheit angehören. Aus diesem Grund wurde seitens der NATO – sozusagen als letzte Chance für die europäischen Verbündeten, ihre Kapazitäten gezielt effizienter und effektiver einzusetzen – 2011 die Initiative Smart Defence ins Leben gerufen. Es wird nun auf die europäischen Verbündeten der NATO ankommen, wie sehr in diesem Kontext sich nun die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen gestalten. Die USA benötigt vor allem in Zukunft auf regionalen Ebenen Verbündete, um regionalen Herausforderungen wirksam entgegenzutreten zu können. Ein wirksamer Pfeiler soll hierbei die NATO sein. Washington unterstützt die Schaffung und den Ausbau weltweiter Partnerschaften für regionale Operationen, diese daran teilnehmenden Staaten müssen auch nicht unbedingt NATO-Mitglied sein und können höhere Interoperabilität mit der NATO erreichen (innerhalb sogenannter „Smart Partnerships“).¹⁰¹

Da die NATO sich in erster Linie als ein kollektives Sicherheitsbündnis mit der Möglichkeit zu kollektiver Verteidigung definiert, wird Smart

⁹⁹ Tomas Valasek, *Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration*, Centre for European Reform (CER), London, April 2011, S. 2f.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 3.

¹⁰¹ So hatte sich das bündnisfreie Land Schweden zum Teil weitaus mehr als einige NATO-Staaten an der „Unified Protector“ 2011 in Libyen beteiligt. Schweden unterstützte diese Operation mit acht Saab Gripen-Flugzeuge und 122 Militärpersonen bzw. Soldaten. Aus: Erik Brattberg, *Smart Partnerships for Smart Defense*, Project Syndicate, 14 May 2012, <http://www.project-syndicate.org/print/smart-partnerships-for-smart-defense>, abgerufen am 02.10.2012.

Defence auch in diesem Zusammenhang abzuleiten sein. In erster Linie ist Smart Defence für die europäischen Verbündeten gedacht, deren Umsetzung vor allem in London, Paris und Berlin definiert wird.

Seitens der europäischen Verbündeten bestehen betreffend Smart Defence primär folgende Ängste: in einem Einsatz allein gelassen zu werden, weil ein Partner seine Truppen zurückzieht (Fears of Entrapment); nicht in den Einsatz gehen zu können, weil ein Partner mit dringend benötigten Fähigkeiten nicht teilnimmt (Fears of Abandonment). Als Teil der Gemeinschaft jenen Staaten das Trittbrettfahren zu ermöglichen, die keine eigenen Beiträge zur Sicherheit leisten (wollen).¹⁰² Zudem bestehen Ängste der Verbündeten, durch Smart Defence ihre militärische Souveränität über ihre Mittel und Fähigkeiten zu verlieren.¹⁰³ Demnach könnten Regierungen *„sich nicht auf durch Kooperation entstehende wechselseitige politische und militärische Abhängigkeiten einlassen, da ihre sicherheits- und industriepolitischen Interessen zu unterschiedlich seien. Das gegenseitige Vertrauen sei zu niedrig, u.a. da die Lehren aus der Vergangenheit auf eine Vielzahl von Hindernissen und gescheiterten Projekten hinwiesen.“*¹⁰⁴

Es erscheint leichter, Mittel und Fähigkeiten in den Bereichen Ausbildung und Wartung sowie im Bereich Lufttransport zu teilen als für umfassende Kampfoperationen.¹⁰⁵ So waren sich Deutschland und Frankreich nicht einig, ihre gemeinsame multinationale Brigade in Afghanistan einzusetzen. Nationale Caveats betrafen die Einsatzmodi. In der Folge beschlossen Frankreich und Großbritannien im Herbst 2010, gemein-

¹⁰² Christian Mölling, Pooling und Sharing in EU und NATO. Europas Verteidigung braucht politisches Engagement, keine technokratischen Lösungen, SWP Aktuell Nr. 25, Mai 2012, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 3.

¹⁰³ Tomas Valasek, Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration, Centre for European Reform (CER), London, April 2011, S. 20f.

¹⁰⁴ So Wolfgang Ischinger, Wolfgang Schneiderhan, Philipp Gallhöfer, Bastian Giegerich, Ryan Mol, Timo Noetzel, Smart Defence. Anspruch, Mehrwert und Auswirkungen für Europa, in: IP, Juli/August 2012, S. 98-103, S. 98.

¹⁰⁵ Camille Grand, Smart Defense, in: Lisa Aronsson / Molly O'Donnell, Smart Defense and the Future of NATO: Can the Alliance Meet the Challenges of the Twenty-First Century? March 28-30, 2012, Chicago, Illinois, Conference Report and Expert Papers, Presented by The Chicago Council on Global Affairs, S. 4.

same Expeditionstruppen für derartige Einsätze zu bilden. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese auch tatsächlich bei heiklen Operationen eingesetzt werden, ist ziemlich hoch. Der Grund: diese beiden Länder besitzen „*a similar risk-taking, expeditionary mentality.*“¹⁰⁶

Ebenso bildet der Ansatz der „Inseln der Zusammenarbeit“ (wie Visegrad-4, Nordische Kooperation) keine Garantie, dass auch tatsächlich effektive und kohärente Fähigkeiten eingesetzt werden, die die europäische Sicherheit stärken. Idealerweise bilden die daran beteiligten NATO-Staaten nicht nur regionale Cluster, sondern spezialisieren sich in diesen auf bestimmte Mittel und Fähigkeiten, die sowohl für die EU als auch für die NATO bereitgestellt werden können – im Sinne der Einmaligkeit der beteiligten nationalen Streitkräfte (Single set of forces).¹⁰⁷ In diesem Fall würden nicht nur die EU und die NATO, sondern auch die daran beteiligten kleineren Mitgliedstaaten bei vernünftiger Ausführung angemessen profitieren. Die Spezialisierung erweist sich als prinzipielle Herausforderung, da sich kleinere Länder eher in Nischenkapazitäten festlegen, während größere Länder umfassende militärische Kapazitäten zur Verfügung stellen und somit die Hauptlast tragen.

Die NATO hat ihre Mitgliedstaaten ermutigt, sogenannte „Centres of Excellence“ ins Leben zu rufen. So hat Estland ein NATO-Zentrum zur Bekämpfung von Cyber-Bedrohungen errichtet, die Tschechische Republik hat sich dagegen auf die Bekämpfung von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen (CBRN) Bedrohungen spezialisiert und in diesem Kontext in Liberec ein eigenes Bataillon für internationale Einsätze geschaffen.

Seitens der NATO-Staaten existieren Initiativen, an denen sich auch Partnerländer wie Finnland und Schweden beteiligen, wie z.B. die Strategic Airlift Initiative (SAC), die seit 2008 besteht und sich aus zehn NATO-Ländern und den beiden nordischen Partnerländern zusammensetzt. SAC ist Ungarn stationiert und basiert auf drei Boeing C-17 Glo-

¹⁰⁶ Tomas Valasek, *Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration*, Centre for European Reform (CER), London, April 2011, S. 21.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 39.

bemaster III-Transportflugzeugen, die für NATO-, EU- und UN-Einsätze bereitstehen können. Einsätze wurden bereits unterstützend im Fall der Naturkatastrophen in Haiti und Pakistan und auch für friedenserhaltende Einsätze in Afrika durchgeführt.¹⁰⁸

Auf industrieller Basis werden sich die Ziele von Smart Defence – Priorisierung von Mitteln und Fähigkeiten, die die NATO am meisten benötigt, Spezialisierung auf jene Mittel und Fähigkeiten, die die jeweiligen Mitgliedstaaten am besten bereitstellen können, und multilaterale Kooperationen – nur etablieren können, wenn gezielte Fokussierung gegeben ist, in welchen Bereiche tatsächlich effizient gemeinsam investiert werden soll. Zudem sollte über nationale Grenzen hinaus gedacht werden, um gemeinsame Ziele der Smart Defence realisieren zu können. Die politischen Prioritäten in der Verteidigungsindustrie müssten stets in Hinblick auf Bedrohungsperzeptionen überprüft und erneuert werden. So hätte in der NATO die Verwirklichung eines kohärenten Ansatzes in der Rüstungsindustrie sich daran zu orientieren, was konkret die NATO als Gesamtorganisation an Fähigkeiten bereitstellen könne bzw. wie konkret definierte Projekte organisiert und finanziert werden können – seitens des Bündnisses, seitens der Mitgliedstaaten. Derartige Entscheidungsprozesse müssten an die Reformprozesse innerhalb des Bündnisses gekoppelt werden. Eine gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern würde große Skaleneffekte versprechen, also gesenkte Stückkosten bei größeren Bestellungen, da auf diese Weise die relativ hohen Fixkosten z.B. für Forschung und Entwicklung „auf mehrere Schultern“ verteilt werden würden. Schweden gab bekannt, dass es 40 Millionen Euro durch die mit dem NATO-Land Norwegen 2009 gemeinsam durchgeführte Beschaffung des Artilleriesystems ARCHER gespart habe – das waren damals über 5 Prozent des Gesamtetats für Beschaffungen.¹⁰⁹ Neue Technologien bieten ebenso „viel Raum für Synergien. Mit ihrer Einführung verbindet sich die Chance, Kooperation langfristig und um-

¹⁰⁸ Jacopo Leone MacDonald, The Basics of Smart Defence, in: Jakob Henius / Jacopo Leone MacDonald, Smart Defence: A Critical Appraisal, NDC Forum Paper No 21, NATO Defence College, Rome, March 2012, S. 4-25, S. 13.

¹⁰⁹ So Wolfgang Ischinger, Wolfgang Schneiderhan, Philipp Gallhöfer, Bastian Giegerich, Ryan Mol, Timo Noetzel, Smart Defence. Anspruch, Mehrwert und Auswirkungen für Europa, in: IP, Juli/August 2012, S. 98-100.

fassend zu verankern. Derzeit betreiben fünf europäische Staaten getrennt satellitengestützte Kommunikationssysteme für ihre Streitkräfte.”¹¹⁰

Smart Defence kann und darf allein in dieser Hinsicht kein „alter Wein in neuen Schläuchen“ sein, diese Strategie hat nur Bestand, wenn diese vernünftig verwirklicht wird: Wer hinter Smart Defence nur „alten Wein in neuen Schläuchen“ vermutet, „*unterschätzt den deutlich gestiegenen Handlungsdruck, der auf unserer Verteidigung lastet.*“¹¹¹

Allianzintern besteht bei Smart Defence noch erheblicher Klärungsbedarf. Großbritannien und Frankreich sehen als führende Militärmächte in NATO-Europa die Rollenspezialisierung skeptisch. Sie sehen die Gefahr, dass sich andere Verbündete im Zuge dieser Smart Defence weiter bei Investitionen in Mitteln und Fähigkeiten zurückziehen und als „Trittbrettfahrer“ von der Smart Defence Nutzen ziehen wollen, ohne sich daran zu beteiligen. NATO-Generalsekretär Rasmussen warnt auch in diesem Kontext von einer „*Specialization by Default*“,¹¹² die durch unkoordinierte Kürzungen in den Verteidigungsbudgets entstehen. Die Niederlande haben z.B. ihre schweren Kampfpanzer Leopard 2A6 außer Dienst gestellt, Deutschland und Frankreich seinen dadurch „*unfreiwillig zu Rollenspezialisten geworden, weil sie nun als einzige signifikante Kampfpanzerarsenale besitzen.*“¹¹³ Das kann jedoch nicht das Ziel von Smart Defence sein, die „*Specialization by Design*“ zum Ziel hat, also durchdachtes und somit koordiniertes Vorgehen für den Einsatz von Mitteln und Fähigkeiten für gemeinsame Missionen, also „*koordinierte Spezialisierung durch Konsultation.*“¹¹⁴ So sollte auch eine gerechtere Lastenaufteilung unter den NATO-Mitgliedern erzielt werden. Eine wei-

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Ebenda, S. 98.

¹¹² Paul-Anton Krüger, Magische Formel, in: loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 6-13, S. 12.

¹¹³ Christian Mölling, Pooling und Sharing in EU und NATO. Europas Verteidigung braucht politisches Engagement, keine technokratischen Lösungen, SWP Aktuell Nr. 25, Mai 2012, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 3.

¹¹⁴ Bastian Giegerich, NATO's Smart Defence: Who's Buying?, in: Survival, vol. 54 No 3, June/July 2012, S. 69-77, S. 72.

tere Herausforderung für Smart Defence bleibt die unterschiedliche strategische Ausrichtung der Bündnispartner, die zumindest bei großen Beschaffungsvorhaben unterschiedliche industriepolitische Interessen der einzelnen Nationen zur Folge haben. Bei den enormen Sparzwängen bei einigen NATO-Staaten ist jedoch nicht auszuschließen, dass weitere Entscheidungen von Regierungen, auf bestimmte militärische Fähigkeiten zu verzichten, die NATO vor zusätzliche Probleme stellen könnte. Smart Defence zielt im Gegensatz dazu nicht darauf, primär Geld im Verteidigungsbereich einzusparen, sondern vor allem einen mittel- bis langfristigen Mehrwert in der Verteidigung Europas zu erreichen.

Die Vereinten Nationen

Vorbemerkung

Vorangesetzt werden muss im Zusammenhang mit dem Thema des 2012 Symposiums an der Landesverteidigungsakademie „*Smart Defense und Pooling&Sharing*“ als Herausforderungen für Streitkräfte im 21. Jahrhundert“ die Einschränkung, dass in weiterer Folge nur die „Friedenserhaltenden Einsätze der Vereinten Nationen (VN)“ näher betrachtet werden. Dabei sind neben den VN – geführten Friedenserhaltenden Einsätzen (PKO) auch die „*Humanitarian Assistance Missions (HumAss)*“ der VN zu erwähnen. *United Nations Office for the Co-ordination of Humanitarian Affairs (UN OCHA)*¹¹⁵ besteht als großteils selbständig agierende (Koordination: *Inter-Agency Standing Committee (IASC)*¹¹⁶) nachgeordnete Dienststelle des VNGS. Ein wichtiges operatives Instrument

¹¹⁵ UN-OCHA ist gem. GA/Res 46/182 für Mobilisierung und Koordinierung kollektiver Bemühungen der Int. Gemeinschaft hinsichtlich hum. Hilfe zuständig. Die 3 wesentlichen Aufgaben sind: Koordinierung der int. hum. Hilfe, Entwicklung von Konzepten und Eintreten für humanitäre Angelegenheiten. Das OCHA-Netzwerk besteht aus lokalen „*Field Offices*“ und regionalen „*Support Offices*“ in Afrika, Karibik und Lateinamerika, Nahen und Mittleren Osten und im pazifischen Raum.

¹¹⁶ Bei Notsituationen stellt IASC sicher, dass unter Einbindung aller humanitärer Partner (VN-Agenturen, diverser Fonds & Programme sowie dem Roten Kreuz und NGOs) rasche Entscheidungen getroffen werden.

OCHAs ist das *Stand-by-Team* an Katastrophenexperten – *United Nations Disaster Assessment and Co-ordination* (UNDAC). UN OCHA als die „humanitäre Krisenfeuerwehr der VN“ konnte bisher keinen umfassenden Beschluss fassen, dass beim Ersteinsatz von rasch verfügbaren Kräften im Rahmen der IHKH auf die „einschlägigen“ *Stand-by*-Kapazitäten der Streitkräfte zurückgegriffen werden kann/sollte. Aus Sicht von einigen Streitkräften wäre dies so gewünscht. Tatsächlich versucht UN OCHA so lange und so umfangreich als möglich auf militärische Kapazitäten zu verzichten, da die Masse der humanitären Gemeinde in den VN und in UN OCHA (so auch der meisten EU Mitgliedstaaten (EU MS)) gegen die „*Dual Use Option*“ von Streitkräften in HumAss auftritt. Besonders Deutschland und die Niederlande opponieren vehement gegen diese Entwicklung.

Die Begriffswelt und die Terminologie der VN sprechen weiterhin von „VN-geführten PKO“ und geben diesem Terminus zwei unterschiedliche Ebenenzuordnungen:

(1) *Peacekeeping* als übergeordneter Begriff für die vom VN Sicherheitsrat (VNSR) der VN mandatierten, von der Generalversammlung (VNGV) finanzierten und durch den Generalsekretär VNGS (und dessen Generalsekretariat) ausgeführten Missionen und

(2) *Peacekeeping* als die eigentliche militärische Komponente in dem zuvor genannten Umfeld. Der von L. Brahimi in seinem Bericht aus dem Jahr 2000 vorgeschlagene Terminus „*Peace Operations (PO)*“ als Überbegriff wurde von einer Mehrheit der VN Mitgliedsstaaten (VNMS)¹¹⁷ nicht begrüßt und konnte daher nicht eingeführt werden.

Unter Einhaltung dieser Begrenzung auf PKO geht der VNGS davon aus, dass die VNMS ihre eigenen Ableitungen treffen und dem PKO die dafür erforderlichen Kräfte gemäß Auftrag des VNSR zur Verfügung stellen.

¹¹⁷ „Non-Allied Movement“ – Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) – bzw. G77 Initiative innerhalb der VN

Institutionelle Struktur in den VN

In dieser Betrachtung sollen ausschließlich die „VN – geführten PKO“ untersucht werden. Solche PKOs werden durch den VNSR entsprechend mandatiert, durch die VNGV finanziert und durch den VNGS exekutiert. Die erforderlichen Umsetzungsvorgaben wie zum Beispiel Richtlinien sowie finanzielle Mittel werden durch die VNGV genehmigt. Es sind daher zumindest diese 3 gleichwertigen Hauptorgane der VN, wobei **alle** VNMS nur in der VNGV ein Mitgestaltungsrecht für die Umsetzung von PKOs haben.

Der Prozess der Entscheidungsfindung und Beschlussfassung im VNSR ist ausreichend untersucht und publiziert.

Als wesentliches Unterscheidungsmerkmal von PKOs zu ähnlichen Einsätzen anderer „Regionalen“ Organisationen (NATO, AU, CIS) oder Internationaler Organisationen (EU) muss hervorgehoben werden, dass der jeweilige VNMS seine Beteiligungskräfte an UN PKOs dem VNGS im Sinne von „OPCOM¹¹⁸“ jeweils für einen bestimmten Einsatzraum unterstellt. Der VNGS hat andererseits die Verpflichtung, grundsätzlich die entsprechende Leitung/Führung im Einsatzraum gemäß grundlegender Resolution sicherzustellen und für die laufende Folge-, bzw. Anschlußversorgung dieser Truppen aufzukommen. Letzteres kann durch Ressourcenanmietung von Regierungsstellen (Abgeltung durch Rückerstattungen), durch Anmietung am kommerziellen Markt (Bezahlung von Leasing-Raten) oder durch Beschaffung von VN eigenem Gerät erfolgen.

Die VNGV hat im Februar 1965 das „*Special Committee on Peacekeeping Operations* (SCPKO)“ geschaffen, welches sich mit einer umfassenden Betrachtung der PKO „*in all their aspects*“ befassen sollte. Mitglieder waren anfangs ausschließlich die (damaligen) Truppensteller (TCCs & PCC)¹¹⁹. Im Jahr 1989 wurde China das 34. Mitglied in diesem

¹¹⁸ OPCOM: *Operational Command*

¹¹⁹ *Troop Contributing Countries, Police Contributing Countries*

Komitee und seither wird es in der Kurzform als C.34¹²⁰ bezeichnet. Ab 1995 vergrößerte sich der Kreis der TCCs in PKOs signifikant und bei der Sitzung im Jahr 2012 hatte das C.34 nunmehr insgesamt 147 Mitglieder und 10 Beobachter. Einher mit dieser Vergrößerung der Mitgliedschaft ging eine Verschiebung des (ursprünglichen) Schwergewichtes der Diskussion und Aufstellung von operativen militärischen Umsetzungsempfehlungen/-maßnahmen nun zu politisch-strategischer Vorgebenempfehlung, die personelle Anwesenheit in den diesbezüglichen Sitzungen inkludiert. Der jeweilige Bericht des C.34 wird nach Diskussion in der VNGV verabschiedet und die angenommenen Empfehlungen erlangen dadurch Richtliniencharakter für den VNGS in seinen Umsetzungen.¹²¹

¹²⁰ C-34: *Special Committee on Peacekeeping Operations* (SCPKO) der VNGV

¹²¹ Der Auslöser der Etablierung des SCPKO im Jahr 1965 war die Erreichung einer substantiellen Kostenminimierung und nicht eine „qualitative“ Verbesserung der Umsetzung von PKOs. Zwischenzeitlich kann man das SCPKO als „Interessenvertretung“ aller TCCs und PCCs innerhalb der PKOs bezeichnen. Aufbauend auf den erteilten VNSR Aufgaben wird deren praktische Umsetzbarkeit behandelt. Mit entsprechender Vorbereitung könnten VNMS die Entwicklung von PKOs beeinflussen. Derzeit werden Überlegungen zu folgenden Themenbereichen angestellt/diskutiert und stellen Schritte in die Zukunft dar, wobei der Erfolg (der Ausgang) dieser Projekte fraglich ist:

- *Strengthening Operational Capacity* (z.B. Überwachungs- und Information (taktische Aufklärungs)technologien (fundiertes Lagebild); *Command & Control*-Projekt, Verfügbarkeit von militärischen Reserven innerhalb (taktische) und außerhalb (strategische/operative/regionale/“over the horizon“) von Einsatzräumen (*NATO Response Forces* (NRF), *EU Battle Groups* (EUBG), *African Union Standby-Forces* (ASF) und *Intermission Cooperation* (IMC))
- *Effektive peacekeeping*, Entwicklung von „PKO-Fähigkeitsmodellen“ wie UN *PKO Infantry Battalion Manual* (IBM), *UN Military Expert on Mission* (UNMEM) Ausbildungsgrundlagen und dementsprechende Umsetzungen (*Pre-Deployment Training*, *Pre-Deployment Visits* (PDV), *Training Assistance Teams* – TAT, *Train the Trainers*-Konzept) Verbesserung der Medical Capabilities, *Gap Lists* (Änderung vom UN *Standby Arrangement System* (UNSAS) Verbesserung der Koordination VNSR, VNGS und den TCCs/PCCs,
- Verbesserung Regionale Kooperationen im Speziellen mit der AU,
- *Developing stronger UN Field Support Arrangements*
- *Action Plan for International Policing*.

Der VNGS spricht in seiner „Gap List“ von im PKO nötige Fähigkeiten unter den beiden Begriffen „Force Enablers“ (z.B. Logistikeinheiten/-systemen, Lufttrans-

Reorganisation und Strukturanpassung der Peace Keeping Operationen

Im Jahr 2007 wurde das (alte) in ein (neues) *Department for Peacekeeping Operations* (DPKO) und in das *Department for Field Support* (DFS) aufgesplittet¹²², um den Anforderungen von mehr als 120.000 *Peacekeepern* im Feld durch organisatorischen Überbau gerecht werden zu können. Die Kommandostruktur für PKOs wurde aber damit nicht geändert und in Bezug auf die militärische Komponente bleibt bestehen, dass der *Force Commander* (FC) dem jeweiligen *Head of Mission* (HOM) im Einsatzraum unterstellt ist. Auf höherer Kommandoebene gibt es keine militärischen Strukturen. Der im DPKO angesiedelte Militärberater ist zugleich nur „Berater“ der VNGS, des Leiters DPKO, des HoM und des FC, hat aber keine Befehlsgewalt.

In durch das DPKO in Eigenregie erstellten Reformpapieren („*Capstone Doktrin*“ – „*New Horizon Paper*“) wurde diese *Command- and Control*-Struktur nie hinterfragt oder geändert. Diese bisher von den VNMS nicht genehmigten Papiere enthalten keine substantiellen Reformansätze, sondern versuchen durch pragmatische Anpassungen das PKO zu verbessern. Grundsätzlich könne das UN PKO als „*deliverer*“ und „*provider*“ verstanden werden. Dieses auf reine Umsetzungen ausgerichtete Schwergewicht lässt bewusst jegliche konzeptive Bearbeitungen mit Empfehlungen für die Streitkräfteplanung (im Sinne des LVAK Symposiums) außer Acht. Seitens des VNGS wird erwartet, dass die VNMS dem PKO die notwendigen Kräfte beistellen.

In den oa. pragmatischen Verbesserungsansätzen wird der Ausbildung von militärischen Kräften und der Verbesserung von Versorgungsunter-

portraum & Transporthubschraubern) und „Force Multipliers“ (Spezielle Sicherungskräften & Formed Police Units, taktische Kampfhubschrauber, Überwachungs- und Informations- (taktische Aufklärungs-) technologien).

¹²² Gerüchte besagen, dass die Reorganisation des VN Sekretariates eine Bedingung für die Zustimmung der USA zur Wahl des neuen VNGS im Herbst 2006 gewesen sei. Diese wurde auch in der VNGV noch vor einer Behandlung im SCPKO beschlossen. (z.B. DPKO (neu), DFS sowie von IOTs zur Verbesserung des internen Informationsflusses).

stützung ein Schwergewicht eingeräumt. Die Ausbildung von militärischen Kräften bleibt aber alleinige Verantwortung der VNMS.

Seitens DPKO werden Empfehlungen für eine Mindestkenntnis für PKO veröffentlicht. Eine tatsächliche Überprüfung der Truppen im Heimatland fand bisher nicht statt, dies sowohl aus politischen Rücksichten gegenüber den Truppenstellern als auch aus grundsätzlichen Überlegungen, dass die VN eine „Friedensorganisation“ seien und daher nicht die Streitkräfteentwicklung beurteilen oder begünstigen wollen. Derzeit wurden Diskussionen gestartet mit dem Ziel, die Möglichkeiten der Etablierung eines „*Inspecteur Generale*“¹²³ im DPKO mit den VNMS, besonders aber mit den wesentlichen (großen) TCCs auszuloten. Vor allem dessen möglichen Befugnisse werden erkennen lassen, wie weit VNMS sich in „ihre Streitkräfteentwicklungsangelegenheiten“ einmischen lassen wollen. Als Projekte wären hier zu nennen den Ausbau der Empfehlungen für die Ausbildung von Personal, welches an die VN für PKOs angeboten werden (Ausbildungsempfehlungen für Truppen als auch für Einzelpersonen (UNMEM)). Ein weiteres Projekt ist die Zusammenstellung der Aufgaben für ein Standard-VN-Infanteriebataillon (IBM) mit der Empfehlung, die zukünftigen Truppenbeistellungen an diesem Manual zu orientieren. Ein weiteres Pilotprojekt betrifft die „Standardisierung“ von medizinischen Modulen für PKOs, dessen Fortentwicklung aber auch durch die vielen nationalen Interessen stark gebremst erfolgt.

Nach nun zweijähriger Einführungsphase kristallisiert sich heraus, dass die *Global Field Support Strategy* (GFSS)¹²⁴ in erster Linie nicht dazu ausgerichtet ist, die Versorgung der militärischen Komponenten im Besonderen zu verbessern. Durch Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation werden für das zivile VN Personal im Logistikbereich Karrierechancen geschaffen, die möglicherweise indirekt zu Verbesserungen führen könnten. In erster Linie aber dem Aufbau eines „Logistikkaders der VN“ beiträgt und dem vorhandenen – bisher jeweils nur kurzfristig

¹²³ Eine Art Generaltruppeninspektorat

¹²⁴ *Global Field Support Strategy* – Feldlagerkonzept mit modularer Bauweise („200-Person-Camp“)

für die Dauer einer speziellen PKO aufgenommenem – Personal eine Dauerbeschäftigung verschaffen soll. Spezielle Logistikprojekte („Modularisierung“ bzw. „*Service Packages*“) sollen die in erster Linie die Lastenverteilung von der VN – Verantwortung vermehrt zu einer TCC Verantwortung verschieben. In diesem Sinn wird seitens der VN auch der Begriff „*Pooling*“ verwendet. Dabei wird aber verstanden, dass ein VNMS als Vertragsnehmer der VN in einer PKO eine „Dienstleistungssparte“ verantwortlich übernimmt. In welcher Weise dieser VNMS dieses „*Service Packages*“ zusammenstellt, bleibt alleinige Aufgabe des VNMS. Es können dabei Modelle von mil-mil Zusammenarbeit (bi-/multilateral), von ziv-mil¹²⁵ (national/international) als auch Kombinationen dieser Geschäftsmodelle angedacht werden. Unabhängig von diesen Kooperationsmodellen muss immer nur ein VNMS der Vertragsnehmer für den VNGS sein. Der VNGS hat derzeit nicht die Absicht, auf seiner Ebene dieses „*Pooling*“ und eventuell auch „*Sharing*“ selbst zu koordinieren oder zu initiieren.

Kooperationen mit NATO und EU

Das interne DPKO Papier „*New Horizon*“ propagiert Partnerschaften im Allgemeinen und im Bereich PKO im Besonderen mit „regionalen Organisationen gemäß den Satzungen der VN gemäß Kapitel VIII“. Daher hat die Zusammenarbeit der VN mit der AU – auch wegen dem Ausmaß

¹²⁵ Beispielhaft:

Force Enablers: Infrastrukturerfordernis: Fertigteilkomponenten werden durch die Industrie / Wirtschaft zur Verfügung gestellt, nationale mil Baupioniereinheiten errichten im Einsatzraum diese Infrastruktur, ziv-mil Kräfte erhalten diese Infrastruktur bis zur endgültigen Übergabe/Übernahme durch die VN oder das Gastland. Bedingung: PKO arbeiten nur mit „einer Regierung“ (VNMS) zusammen.

Force Multipliers: Hubschrauber: Gerätebeistellung durch die Industrie/Wirtschaft oder einen VNMS, nationale oder internationale Beistellung von Flugpersonal zum Betrieb, nationale oder internationale (mil/ziv) Beistellung von Bodenpersonal und Werkstätten zur Instandhaltung und Instandsetzung. Bedingung: PKO arbeiten nur mit „einer Regierung“ (VNMS) zusammen.

der laufenden PKOs auf diesem Kontinent – eine hervorgehobene Stellung¹²⁶.

Die **Zusammenarbeit der NATO** mit den VN scheint ihr Schwergewicht nach der erfolgreichen Zusammenarbeit in den 90-Jahren („Ex-Jugoslawien“) nun mehr auf zivile Betätigungsbereiche unter gemeinsamer Führung zu verschieben¹²⁷. Trotz Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens 2008 bewirkte dieses, dass der NATO Verbindungsoffizier, bisher integraler Bestandteil des DPKO, nun wie ein „bilateral-akkreditierter“ Militärdiplomat außerhalb der VN arbeiten muss. Der Informationszugang zu den militärischen „Entwicklungen und Interna“ wurde damit wesentlich erschwert oder sogar unterbunden.

Vor dem Hintergrund eines *Comprehensive Approach* (CA) ist gerade die Zusammenarbeit und Koordination aller VN-Organisationen mit der NATO essentiell. Die NATO unterstützte auch aktiv UN PKO in Afrika sowie Katastropheneinsätze der VN weltweit (Pakistan 2005, Eskortieren

¹²⁶ Randbemerkung zu dem AU-geführten Friedenseinsatz AMISOM (*African Union Mission in Somalia*): Es scheint sich dabei der Wunsch der AU heraus zu kristallisieren, dass andere Organisationen (als die AU) vor allem die finanzielle aber auch die materielle Last tragen, die AU die Kommandoführung (ohne Einmischung durch die zuvor genannten Hilfsorganisationen) durchführt. Auf Grundlage des sogenannten „Prodi-Berichtes“ hat die VNGV zugestimmt, dass der Großteil der logistischen Unterstützungsleistungen für AMISOM durch die VN beigestellt werden. Die EU hat erst Ende 2011 zugestimmt, den AU-TCCs für ihre Kräfte jenen pro-Kopf-Rückerstattungsbetrag zu bezahlen, den die VN in den PKOs refundiert. Diese Umsetzung könnte man auch als „*pooling & sharing*“ bezeichnen und hilft – vor allem den EU-Staaten und den USA – dass man keine Truppen in diesen Einsatzraum zu entsenden braucht.

¹²⁷ In vergangenen Operationen bzw. Missionen wurde diese Zusammenarbeit gegründet und beide Organisationen beabsichtigen, sich in folgenden Bereichen (Auflistung gemäß NATO Terminologie!) besser zu koordinieren:

- *Crisis assessment and management*
- *civil-military co-operation*
- *logistics*
- *combating human trafficking*
- *mine action*
- *civilian capabilities, women and peace and security*
- *arms control and non-proliferation*
- *fight against terrorism.*

für das *World Food Programme* in Afrika). Daneben sollen ein regelmäßiger Informationsaustausch der beiden Generalsekretäre bzw. auf den unteren Ebenen, die Kooperation aller relevanter Forschungs- und Bildungsstätten bzw. Unterorganisationen der VN und NATO, die Strategische Partnerschaft abrunden.

Fakt ist, dass auch die NATO zahlreiche Fähigkeitslücken aufweist und außer den USA die meisten Mitgliedsstaaten Schwierigkeiten bei der Aufbringung von Ressourcen für ISAF und andere Operationen haben.

Die **Zusammenarbeit mit den „Brüssler Einrichtungen“** wurde durch die VN durch die Einrichtung eines Verbindungsbüros in Brüssel (vgl. gegenseitiges Abkommen der EU mit den VN aus dem Jahr 2003) verbessert. Das 2011/12 von der EU ausgearbeitete CMPD¹²⁸ Papier für eine Kooperation beinhaltet EU Vorschläge, deren Mehrwert durch die VN PKO bisher nicht definiert werden konnte¹²⁹. Auch kann die EU gegenüber dem PKO nicht als Organisation auftreten und ist immer auf die Leadrolle eines EU- und VNMS angewiesen.

¹²⁸ *Crisis Management and Planning Directorate*

¹²⁹ EU Vorschläge aus dem CMPD Papier:

- *Definition von militärischen und zivilen Fähigkeiten, die die EU-MS potentiell der VN zur Verfügung stellen können,*
- *Erstellung eines (EU-) Konzepts zur koordinierten Steuerung der einzelnen Beiträge der EU-MS für eine UNPO auf EU-Ebene (Clearing House Model),*
- *Erstellung eines (EU-) Konzepts zur Gestellung eines Teiles einer VN-Operation durch die EU (Modular Approach),*
- *Erstellung eines (EU-) Konzepts bezüglich des Einsatzes einer eigenständigen zivilen bzw. militärischen Komponente der EU in einer VN-Mission,*
- *Definition eines gemeinsamen EU-VN Koordinationsmechanismus zur Unterstützung der AU und anderer regionaler Organisationen,*
- *Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem DPKO/DFS durch den Abschluss von Vereinbarungen, unter anderem im Bereich der Fähigkeitenentwicklung, Lessons Learned und Trainingsaktivitäten.*

Zusammenfassung

Ein Umdenken zur Gestaltung von PKO hat im VNSR bereits eingesetzt. Vor allem bedingt durch die negativen Erfahrungen aus der „Verwendung und Umsetzung“ der „Libyen-Resolutionen“ (Stichwort: „*Regime Change*“) und den (nicht möglichen) „Syrien-Resolutionen“ scheint es zu einer vermehrten Etablierung von „*Peacebuilding Operations* (SPO)“¹³⁰ zu kommen, welche „Friedenserhaltende Sicherheitskräfte“ eher im traditionellen Einsatzspektrum verwendet haben / verwenden sollen. „*Responsibility to protect* (R2P)“-fordernde Einsatzspektra und die sich daraus eventuell ergebenden „*effective operations*“¹³¹ scheinen nicht mehr opportun zu sein. PKO werden daher weiterhin hoch komplex, multidimensional und weltweit etabliert werden, Kernaufgabe ist die nachhaltige lang dauernde Friedensbildung. Der VNGS hat bereits im Jahr 2010 durch das publizierte Schlagwort der „*preventive diplomacy*“ und ab 2011 durch die laufende substantielle Ausgestaltung der „*Mediation Section*“ im Generalsekretariat dazu den Startschuss gegeben. Dies entspricht auch den Intentionen der VNGV. Einerseits scheinen sich dadurch die („relativ hohen“) Kosten minimieren zu lassen und andererseits wird der Einfluss in den SPOs zu Gunsten der VNGV (Mehrheit der NAM) und zu Lasten des VNSR (Veto der P5¹³²) verschoben.

Die derzeitigen Verlegungsstärken in PKOs werden daher – eventuell unter anderen Voraussetzungen und anderen Zusammensetzungen – auch in Zukunft beibehalten werden können¹³³. Dieser Umfang ist – aus Sicht des VNGS – weltweit weiterhin aufbringbar.

¹³⁰ Vgl. A/RES/66/253 bzw. SC/RES/2042(2012) als eigentliche *Peacebuilding Operation* bzw. SPOs = *Special Political Missions*

¹³¹ „*effective peacekeeping*“ als einzig anerkannter Begriff für den „politischen Prozess“ von „*robust peacekeeping*“, wobei letzter Begriff in VN-Dokumenten nicht mehr erwähnt wird!

¹³² P5: *Permanent Five* – 5 ständige Mitglieder im VNSR

¹³³ Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise trifft die meisten staatlichen Sicherheitssektoren (national) empfindlich. Vor dem Hintergrund von Struktur-, Spar- und Konjunkturpaketen bzw. –initiativen müssen alle Ressorts finanzielle Kürzungen hinnehmen, was auch vor den Verteidigungsministerien nicht halt macht. Um die verbleibenden Ressourcen besser nutzen zu können, wurden bereits vor Jahren „*Pooling & Sharing*“-Initiativen diverser Organisationen und Nationen

Ausblick

Die Überlegungen der VN bzw. der VNMS, aus Gründen von Kostenminimierung sowie Effizienzsteigerungen, gehen nicht hin zu Konzepten wie „*pooling & sharing*“ oder „*smart defense*“ respektive einer eigenen Version von Streitkräfteentwicklung. Vielmehr werden aus Sicht des VNGS diese globalen Entwicklungen und Trends eher von mit der Brille des Konsumenten und „Nutznießers“ gesehen und deren Ergebnisse bzw. Produkte in die eigenen PKO eingebaut. Die VN versuchen dabei nicht so wie früher Kooperationen mit zivilen Firmen sondern setzen verstärkt auf VNMS die die benötigten Fähigkeiten zur Verfügung stellen und gelten diese finanziell ab. Diese Staaten können Gastländer, *Lead Nations* (LN) im Rahmen bi- sowie multilateraler Abkommen sein bzw. *Framework Nations* (FN). Fakt ist, dass die VN künftig hauptsächlich auf Nationen setzen werden, die in ihrem Rahmen Partnerschaften bzw. Verträge mit anderen Ländern bzw. Firmen eingehen sollen um den UN PKO das zur Verfügung zu stellen was im Rahmen dieser Einsätze benötigt wird. Die Definition der benötigten Standards, wobei Standardisierung im Rahmen der VN sehr oft als Reiz-, bzw. Unwort verstanden wird, wird grundsätzlich vorgegeben und zur Verfügung gestellt. Um diese Fähigkeiten zu umzusetzen motiviert das DPKO alle TCCs Firmen- sowie jegliche andere Kooperationen einzugehen um so ihren Fähigkeitsbedarf zu decken, sei es für UN PKO als auch zur Konfliktprävention. Bedingt durch Uneinigheiten bzw. Unstimmigkeiten der VNMS im Rahmen notwendiger Standardisierungen hinsichtlich einer mögli-

angedacht. Für die VN haben sich die Anforderungsprofile diverser Konfliktszenarien ständig komplexer gestaltet. Andererseits lässt sich – vorerst inoffiziell und im Hintergrund – bereits ein „gewisser“ Druck von „ISAF-TCNs“ gegenüber dem DPKO und dem VNGS erkennen, sich wieder im VN PKO zu engagieren zu wollen/zumüssen. Es ist bisher nicht zu erkennen, dass die den VN PKOs zur Verfügung stehenden Geld- und qualitativen Humanressourcen sich minimieren. Die Staatengemeinschaft – an sich organisiert in den VN – will eher durch Strategische Partnerschaften auf die Umsetzung und Ausführung der VN PKOs mehr Einfluss gewinnen. Durch VN interne Umgestaltungen bzw. Reformen lassen sich Gelder in andere Budgettöpfe umschichten, um so ein gewisses Maß an Flexibilität hinsichtlich eines qualitativ hochwertigen Konfliktmanagement – unter wesentlicher Einflussnahme der Ressourcengeber – erzielen.

chen eigenen Streitkräfteentwicklung umgehen die VN diese Hürde indem sie sich als Nutznießer von bereits bestehenden regionalen Prozessen sieht. Fakt ist, dass die VN aktuell keinen vergleichbaren Prozess wie die der EU, NATO, AU bzw. sonstiger regionaler Organisationen anstrebt bzw. kurz- und mittelfristig anstreben wird.

Welche Auswirkungen haben Smart Defense sowie Pooling & Sharing auf die Streitkräfteplanung, Führung, Logistik und Ausbildung im öBH?

Josef Danhofer

Einleitung

Entwicklung des Pooling & Sharing

Im Rahmen des informellen EU Verteidigungsministertreffens in Gent (23. u. 24. September 2010) präsentierte der DEU Verteidigungsminister zu Guttenberg im Schwergewichtsthema „Fähigkeitsentwicklung“ zur Thematik Pooling & Sharing eine Initiative zu verstärkter europäischer Kooperation in der Entwicklung militärischer Fähigkeiten (DEU/SWE Gedankenpapier). Als einen ersten Umsetzungsschritt schlug er die Durchführung nationaler Analyseprozesse vor.

Inhalt des DEU-SWE Gedankenpapiers:

Es wird auf die steigende Komplexität in Bezug auf militärische Fähigkeiten eingegangen, welche in Zusammenhang mit sinkenden Verteidigungsbudgets dazu führen könnte, dass einzelne Mitgliedstaaten nicht mehr das volle Spektrum von Fähigkeiten aufrechterhalten könnten. DEU wollte mit der Unterstützung von SWE das Momentum nutzen und eine neue Initiative zur Verstärkung der europäischen Kooperationsbereitschaft starten.

Wie von Verteidigungsminister zu Guttenberg in Gent vorgeschlagen, wird eine Analyse der benötigten Fähigkeiten an Hand von drei Kategorien vorgeschlagen.

Kategorie 1: Fähigkeiten und Strukturen, welche unabdingbar für den einzelnen Mitgliedstaat sind und daher national vorzuhalten wären. Kooperationen sind in diesem Bereich nur schwer möglich.

Kategorie 2: Fähigkeiten und Strukturen, welche sich für Kooperationen eignen, ohne große Abhängigkeiten zu schaffen. Dieser Bereich wird als „pooling“ bezeichnet.

Kategorie 3: Fähigkeiten und Strukturen, bei denen wechselseitige Abhängigkeiten und Verlässlichkeiten akzeptiert werden können. Dieser Bereich wird als „role and task sharing“ bezeichnet.

Die Zuordnung der Kapazitäten und Fähigkeiten in die jeweilige Kategorie ist Sache der Mitgliedsstaaten auf Grundlage der jeweiligen nationalen Sicherheitstrategien und verteidigungspolitischen Ableitungen.

Die Smart Defense Initiative der NATO hätte auch die Möglichkeit geboten, eine Handlungsanleitung zu entwickeln innerhalb derer die MS ihre Rolle im Spektrum von *Verteidigung*, *Krisenmanagement* und *Sicherheitskooperation* definieren und ihre Fähigkeiten und Kapazitäten darauf prioritär ausrichten und gemeinsam mit anderen, gleichgesinnten Mitgliedsstaaten erfüllen könnten. Dadurch würde ein unkoordinierter Fähigkeitenverlust, wie er derzeit beobachtbar ist, verhindert bzw. deutlich abgeschwächt werden. Dies wäre ein gemeinsamer Top Down Prozess für eine abgestimmte Streitkräfteplanung der MS, die aber derzeit innerhalb dieser keine allgemeine Zustimmung findet. Erst in einer solchen Vorgangsweise wären aber die tatsächlichen und angestrebten Effizienzpotentiale von Signifikanz erreichbar.

In Ergänzung zur GENT-Rede wurden Kriterien für Kooperationen vorgeschlagen:

- *Effektivität*: Führt eine Kooperation zu zumindest gleicher oder höherer operationellen Effektivität als zuvor?
- *Effizienz*: Führt eine Kooperation zu konstanten oder günstigeren Lösungen hinsichtlich ökonomischer Effizienz?
- *Politische Auswirkung*: Welche politischen Auswirkungen ergeben sich aus einer bi- oder multilateralen Kooperation?

Hierzu wurde seitens BMLVS ein internes Stellungnahmeverfahren initiiert, u.a. mit dem Zweck Kooperationsbereiche im Hinblick auf Pooling and Sharing zu beurteilen sowie die „Initial Findings“ zu entwickeln, so dass diese zeitgerecht an den CEUMC übermittelt werden konnten. Parallel dazu wurden Bearbeitungen im Rahmen der zentraleuropäischen Kooperation unter Leitung DionSihPol initiiert und es erfolgte eine Einleitung der Ausarbeitungen.

Durch die Abteilung Transformation des BMLVS wurden die auf nationaler Basis identifizierten „Initial Findings“ an das EUMC (EU Military Committee) weitergeleitet. Insgesamt wurden bis zum Einreichungstermin (05. April 2011) durch 25 Mitgliedstaaten „Initial Findings“ mit insgesamt ca. 300 Vorschlägen beim EUMC eingebracht und anschließend zusammengefasst.

Auf Basis der „Initial Findings“ wurden nunmehr die MS durch den CEUMC (Chairman of the EUMC) eingeladen, bis Ende September 2011 weitere Beiträge einzubringen.

Die weitere Vorgehensweise im Hinblick auf die Aufbereitung bzw. Vertiefung von möglichen Kooperationsbereichen wurde wie folgt festgelegt.

- Phase 1 (kurzfristig, abgeschlossen):
Es erfolgte eine Teilanalyse mit dem Ziel, die zeitgerechte nationale Positionierung im Rahmen der EU (EU Militärstab - EUMS, Eu-

ropäische Verteidigungsagentur - EVA) sowie der Kooperation zentraleuropäischer Staaten (als laufendes Erfordernis) sicherzustellen. Mit September 2011 wurden die aus nationaler Sicht möglichen Kooperationsbereiche dargestellt, die in der Folge mit potenziellen Partnern noch weiter zu detaillieren sein werden; diese betreffen v.a. Ausbildung und Übungen.

- Phase 2 (mittel- bis langfristig): Durchführung einer detaillierten Analyse im Rahmen eines Fähigkeitenplanungsprozesses. Hierzu wurden die Bearbeitungen einerseits zur Teilstrategie Verteidigungspolitik und andererseits für die Fähigkeitenplanung ÖBH eingeleitet.

Für alle angeführten Kooperationsbereiche ist festzuhalten, dass in unterschiedlichen Formen Einschränkungen bestehen, welche im Anlassfall mit einem potenziellen Kooperationspartner zu diskutieren sein werden. Diese Einschränkungen betreffen u.a. die Kapazität über den Eigenbedarf hinaus auszubilden, Kapazitäten hinsichtlich von Flugstunden, verfügbarer Übungsraum, gemeinsame Nutzung von Gerät, usw.

Allfällige Kooperationen, welche sich im Rahmen dieser Initiative ergeben, werden in einem schrittweisen Ansatz weiter zu entwickeln sein. Alle betroffenen Mitgliedstaaten müssen die nationalen rechtlichen Parameter ausloten und Prozedere entwickeln, die eine zunehmende Zusammenarbeit – auch unter Aufgabe von Fähigkeiten – ermöglichen. Die Ergebnisse der Phase 1 sind somit als ein Zwischenschritt hin zu einer immer konkreteren Form von Pooling & Sharing zu verstehen.

Pooling & Sharing und dessen Auswirkungen auf die Fähigkeitentwicklung (Streitkräfteplanung) im ÖBH

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel dargestellt, ist die Fähigkeitentwicklung von Streitkräften im Rahmen der Streitkräfteplanung abhängig von den jeweiligen strategischen Zielvorgaben und Ambitionen. Die Smart Defence Initiative versucht eben deshalb, durch Festlegung von Aufgabenbereichen und Führungsrollen der verschiedenen MS, de-

ren Streitkräfteplanung so zu koordinieren, dass insgesamt die Bündnisaufgaben effektorientiert, synergetisch und kosteneffizient wahrgenommen werden können.

Die aus den strategischen und verteidigungspolitischen Vorgaben abgeleiteten Aufgaben für Streitkräfte und das festgelegte nationale Ambitionsniveau stellen die Grundlage für die Ableitung der dafür geforderten Fähigkeiten dar. Erst nach Ableitung aller erforderlichen Fähigkeiten¹, die einen Soll-Zustand beschreiben, können Möglichkeiten für Pooling & Sharing in ihrer Gesamtheit analysiert und konkretisiert werden. Wenn das ÖBH ein noch festzulegendes nationales Ambitionsniveau erfüllen will, dass die Möglichkeit der Entwicklung und Bereitstellung der dafür erforderlichen Fähigkeiten übersteigt, dann wird es ohne Pooling & Sharing nicht in der Lage sein dies zu tun. Wenn die militärstrategische Führung des ÖBH Pooling & Sharing nicht betreiben kann oder will, dann müssen eben diese Aufgaben für das ÖBH dementsprechend reduziert werden und das nationale Ambitionsniveau nach unten korrigiert werden. Wie das ÖBH innerhalb der EU Pooling & Sharing betreiben soll, wird in weiterer Folge von der politischen Entscheidung abhängen, welches verteidigungspolitische Integrations- und Kooperationsniveau eingegangen werden soll.

Im Rahmen der Streitkräfteplanung und Fähigkeitenentwicklung sind folgende Möglichkeiten des Pooling & Sharing zu berücksichtigen:

Pooling of capabilities (Pooling von Fähigkeiten):

In diesem Bereich bieten sich durch eine multinationale Struktur zur Verwendung höhere wirtschaftliche Anreize als bei der gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten, da z.B. Kosten für Personal oder Instandhaltung niedriger ausfallen als für die Summe der getrennten nationalen Fähigkeiten veranschlagt werden müsste.

Pooling von Fähigkeiten ist die dauerhafte Bereitstellung nationaler Fähigkeiten zur Verwendung durch eine multinationale Struktur, die Entscheidungshoheit verbleibt bei den Mitgliedstaaten.

¹ Die Entwicklung von Fähigkeiten ist in die Fähigkeitsbereiche Engage, Protect, Deploy, Sustain, Command, Inform sowie R&T aufgeschlüsselt.

Sharing of capabilities (Gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten):

Es handelt sich hierbei um eine Methode, die einen vergleichsweise geringen Grad an Integration und auch ein damit verbundenes geringes Einsparpotenzial aufweist, auf der anderen Seite aber autonomieschonend ist. Ein Beispiel für Sharing of capabilities ist eine European Union Battle Group (EUBG).

Nationale Fähigkeiten werden temporär in einem multinationalen Kontext zur Verfügung gestellt ohne dass hierfür ein Verwendungsmechanismus geschaffen wird.

Mitgliedstaaten behalten die Entscheidungshoheit und bestimmen außerdem die Konditionen unter denen eine Verwendung stattfindet.

Role Sharing (Rollen- und Aufgabenteilung):

Der Grad der Integration und die Auswirkungen auf die nationale Autonomie sind hier als mittel bis hoch zu bewerten, je nach dem, ob die Teilung in komplementäre Fähigkeiten unter Aufgabe bestimmter Bereiche erfolgt, was sowohl eine Abhängigkeit als auch eine Handlungsverpflichtung entstehen lässt, oder ob sie hauptsächlich in der Stärkung bereits vorhandener Exzellenzbereiche besteht, die nicht in der Aufgabe anderer Fähigkeiten mündet. Allerdings sind auch die daraus entstehenden Einsparpotenziale und der Gewinn an Fähigkeiten durch die wesentlich effizientere Mittelausgabe, z.B. durch die Vermeidung von Redundanzen und die Möglichkeit der nationalen Konzentration auf ein engeres Spektrum von Fähigkeiten, hoch, vor allem wenn ein komplementärer Ansatz gewählt wird.

Einzelne Staaten verlassen sich hinsichtlich bestimmter Fähigkeiten auf einen anderen Staat oder eine multinationale Struktur und stellen selbst eine andere Fähigkeit oder einen finanziellen Beitrag zur Verfügung.

Für die konkrete Umsetzung gibt es zwei unterschiedliche Möglichkeiten, die Konzentration auf Nischenfähigkeiten und die Konzentration auf teure und seltene Fähigkeiten. Voraussetzung für beide Möglichkeiten ist die Sicherheit der Bereitstellung der Fähigkeiten ohne nationale Rückzugsoption.

- a) Niche Capabilities (Rollenspezialisierung durch Nischenfähigkeiten)
Bestimmte Fähigkeiten, repräsentiert durch Organisationselemente wie Brückenleger, Sanitätsflugzeuge oder Atomare Biologische Chemische (ABC)-Einheiten, werden selten eingesetzt. Durch diesen seltenen Einsatz ist es finanziell günstiger, wenn ein Mitgliedsstaat die einzige verfügbare Kapazität in diesem Bereich für alle anderen Mitgliedsstaaten zur Verfügung stellt. Ein Beispiel für diese Konzentration auf Nischenfähigkeiten ist die Bereitstellung der ABC-Abwehrfähigkeiten durch die Tschechische Republik im Rahmen der NATO.
- b) Sharing capability for high cost assets or very complex systems (Rollen und Aufgabenteilung von teuren oder komplexen Fähigkeiten)
Bestimmte Fähigkeiten sind sehr teuer, sehr komplex und sehr selten. Die Fähigkeitsmängel in diesen Bereichen sind durch Einzelstaaten nicht behebbar, jedoch sind die Fähigkeiten bei Zusammenlegung aller Kapazitäten der Mitgliedsstaaten innerhalb der EU abdeckbar. In diesem Fall ist es notwendig, die Fähigkeit und die Beitragsleistung genau zu definieren. Die satellitengestützte Aufklärung beim EU Satellitenzentrum in Spanien ist ein Beispiel für die Rollen und Aufgabenteilung von seltenen und teuren Fähigkeiten.

Die aktuellen politischen Entwicklungen in der NATO, der EU und in Österreich beeinflussen die Pooling & Sharing-Optionen des ÖBH in unterschiedlicher Weise. Zwei der politischen Rahmenbedingungen beeinflussen das ÖBH besonders:

Wenn das ÖBH Pooling & Sharing betreiben soll, dann wird dies nur innerhalb der EU möglich sein. Eine aktive Beteiligung am Pooling & Sharing der NATO (*Smart Defence*) erscheint aus politischen und NATO-internen Gründen als nicht machbar.

Ist die Vorgabe an das ÖBH, innerhalb der EU Pooling & Sharing zu betreiben, dann erschiene es als zweckmäßig, einen bilateralen („strate-

gischen“) oder wenige multilaterale Partner zu suchen (regionale Kooperationen). Als Beispiele können hier derzeitige Auslandseinsätze bzw. die Beteiligung an der EUBG genannt werden. Kurzfristig verspricht nur diese Möglichkeit Erfolg, weil die Einstellung gegenüber Pooling & Sharing in den EU-Mitgliedsstaaten zu unterschiedlich ist. Wenn man darüber hinaus nicht rasch einen bi- oder mehrere multilaterale Partner für Pooling & Sharing sucht, könnte die Entwicklung in anderen Staaten auf Grund des finanziellen Drucks so rasch fortschreiten, dass für das ÖBH kaum mehr eigene Optionen bleiben.

Chancen im Rahmen der Streitkräfteplanung durch Pooling & Sharing

Ein auf europäischer oder bi- bzw. multilateraler Ebene koordiniertes Pooling & Sharing von Fähigkeiten bietet die Möglichkeit, abgestimmt auf eigene Interessenslagen, die Fähigkeitenentwicklung für alle abgeleiteten verteidigungspolitischen Aufgaben betreiben zu können. Dort, wo eigene Ressourcen und Kompetenzen als nicht ausreichend erscheinen, können möglicherweise Kompensationen durch Pooling & Sharing Raum greifen und so die Handlungsfähigkeit des ÖBH im vollen Spektrum erhalten bzw. sogar vergrößern. Zusätzlich besteht hier auch die Möglichkeit, durch abgestimmte Streitkräfteplanung Synergien zu finden und Kosteneffizienz zu erreichen. Allerdings ist hier zu bemerken, dass auch das ÖBH Fähigkeitenbereiche für Andere wird mit abdecken müssen, was, je nach Grad der Integration, auch eine Beschränkung des eigenen Handlungsspielraumes zur Folge haben kann.

Eine weitere Chance im Rahmen eines koordinierten Pooling & Sharing ist auch für die EU als Ganzes und somit auch für Österreich zu sehen, bestehende europäische Fähigkeitslücken zu schließen bzw. zu vermindern, um so einen Schritt hin zu den in der ESS festgelegten Ambitionen voranzuschreiten.

Risiken im Rahmen der Streitkräfteplanung durch Pooling & Sharing

Durch die zurzeit nicht vorliegenden bzw. nicht politisch akkordierten strategischen Grundlagenpapiere wie bspw. die Österreichische Sicherheitsstrategie und die daraus abzuleitende Teilstrategie Verteidigungspolitik steht der Prozess der Fähigkeitenentwicklung auf unsicheren Fundamenten. Die derzeit vorliegenden Bearbeitungen stützen sich, notgedrungen, weitestgehend auf strategische Planungsannahmen, die im Falle einer gravierenden Abweichung die Änderung grundlegender Aufgaben und Ambitionen nach sich ziehen würden. Dies würde in weiterer Konsequenz auch eine signifikante Anpassung erforderlicher Fähigkeiten bedeuten bzw. Änderungen der Kategorisierung² im Rahmen des Pooling & Sharing erforderlich machen.

Daraus abgeleitet ergibt sich das Risiko, durch allfällige frühzeitige Abhängigkeiten und Wechselseitigkeiten im Rahmen von Pooling & Sharing, nationalen Handlungsspielraum zu verlieren bzw. falsche Fähigkeiten weiter zu entwickeln bzw. aufzugeben. Durch die Konzentration auf Ausbildungsangelegenheiten im Rahmen der Phase 1 erscheint dieses Risiko als bewältigbar und vertretbar.

Im Umkehrschluss allerdings lässt eine Konzentration auf den Bereich gemeinsamer Ausbildung die vielerorts hohen Erwartungen auf Kostendämpfung und Budgetentlastung im Bereich des BMLVS als ungerechtfertigt erscheinen.

Weitere Risiken im Falle eines hochintegrierten Pooling & Sharing Systems auf europäischer Ebene stellen die unsicheren sicherheitspolitischen Umfeldprognosen dar. Bei einem allfälligen Zerfall eines hoch entwickelten Pooling & Sharing Systems und der eventuell vorangegangenen Aufgabe von wichtigen nationalen Fähigkeiten wird es darauf ankommen, bereits vorausschauend zu beurteilen, welche Grundfähigkeiten auf keinen Fall aufgegeben werden dürfen und wo zumindest eine zeitlich adäquate Rekonstruktionsfähigkeit zu erhalten ist. Ohne diese

² "Pooling & Sharing" im Bereich der Kategorien 1, 2 oder 3.

Festlegung wäre der Verlust des verteidigungspolitischen Handlungsspielraumes die Folge.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, das Pooling & Sharing im Bereich der Streitkräfteplanung und Fähigkeitenentwicklung in einem hohen Integrationsgrad erst nach Vorliegen grundlegender und verbindlicher strategischer Grundlagen und sicherheitspolitischer Ausrichtung als sinnvoll erscheint. Eine frühzeitige Aufgabe von Fähigkeiten birgt zu hohe strategische Risiken und nimmt politischen Handlungsspielraum. Nach Vorliegen einer strategischen Positionierung im europäischen Kontext bieten sich hier allerdings viele Chancen, eigene Interessen und Fähigkeiten abzudecken. Bis dahin erscheint es allerdings sinnvoller, in geringe Abhängigkeiten zu treten und eigene Fähigkeiten in breiterem Spektrum vorzuhalten. Dies bedeutet allerdings auch, dass dadurch kurzfristig keine signifikanten Einsparungspotenziale und Synergien erwartbar erscheinen.

Pooling & Sharing und dessen Auswirkungen auf die Führung im ÖBH

Im Bereich Führung ist es für einen Nationalstaat unerlässlich die Fähigkeit zur Erstellung eines Lagebildes – sowohl vorausschauende Antizipation, Risikoabschätzung als auch Einsatzlagebilder – zu behalten. Die Informationen werden natürlich in Hinkunft immer mehr auch von anderen Akteuren und Sensoren kommen, was aber auch garantiert, dass komplexe Situationen durch deren Mitwirkung für Österreich überhaupt erst wieder beurteilbar werden. Für die Entscheidungsfindung selbst – also ob, wann und wie der Einsatz eigener Streitkräfte erfolgt – ist die eigenständige Führungsleistung aber unabdingbar, wenn man nicht in die Abhängigkeit anderer Interessenslagen kommen will. Auf politischer und militärstrategischer Ebene bedeutet dies daher die Vorhaltung entsprechender nationaler Fähigkeiten und Kapazitäten im Sinne der Kategorie 1 und lässt maximal für einzelne Fähigkeiten (z.B. Führungseinrichtungen) ein Pooling im Kooperationsniveau der Kategorie 2 zu.

Instrumente der Führung wie Aufklärungsmittel und Führungseinrichtungen sind davon gesondert zu betrachten. Einerseits wird ein mitteleuropäischer Kleinstaat wie Österreich sehr wohl auf Informationen als auch auf Führungsleistungen von strategischen Aufklärungssensoren, z.B. Satelliten, AWACS etc, abhängig sein und nicht aus eigenem betreiben können. Andererseits ist die Überlegungen solche oder ähnliche Mittel – etwa einen Führungsunterstützungsverband hoher Technologisierung (ISTAR), Finanzierung und Betrieb einer Anzahl an Luftaufklärungsfahrzeugen etc. – über den eigenen Bedarf hinaus zu sicherzustellen und im Sinne von Rolesharing anderen zur Verfügung zu stellen, durchaus sinnvoll, wie etwa Beispiele der Benelux zeigen.

Auf der operativen Ebene ist Österreich derzeit nicht in der Lage, ein entsprechendes Kommando für eine multinationale Einsatzführung vorzuhalten. Da ÖSTERREICH auf dieser Ebene für eine Lead Nation nicht in Frage kommt, ist daher nur die Beteiligung an einem solchen Kommando, wie dies beim OHQ in ULM der Fall ist, eine echte Option. Auf taktischer Ebene ist in der Profilvariante F 2 ein Kommando vorgesehen, welches aus den präsenten Brigadekommanden zu bilden und national wie international auf das geforderte Soll zu ergänzen ist.

Die Führungsfähigkeit für Einsätze im Inland (Wehrgesetz lit. b, c) ist weiterhin eigenständig aufrecht zu erhalten (Fähigkeit der Kat 1).

Für den Fall lit.a WG „Militärische Landesverteidigung“ wäre zu untersuchen, ob dies national noch gewährleistet werden muss, weil Österreich im Rahmen der EU nur optional auf die Beistandsgarantie reflektiert. Der Vorteil einer „gemeinsamen Verteidigung“ läge in der geringeren Notwendigkeit zur Vorhaltung eigener Fähigkeiten und Kapazitäten. Der Nachteil liegt bei allen intensivierten Kooperationsaktivitäten in der Einschränkung der souveränen Entscheidung.

Je höher der Grad der Vergemeinschaftung ist, desto mehr kann auf Pooling & Sharing zurückgegriffen werden. In internationalen Einsätzen wird es für einen Kleinstaat wie Österreich weiterhin unerlässlich sein, fehlende Fähigkeiten und Synergien durch verstärkte multinationale Zusammenarbeit sicherzustellen.

Pooling & Sharing und dessen Auswirkungen auf die Logistik – Teilbereich Rüstung im ÖBH

Pooling & Sharing ist im Rahmen von Rüstungskoooperationen seit Jahrzehnten gelebte Praxis und daher nicht neu.

Bevor man sich der Thematik Pooling & Sharing im Rüstungsbereich zuwendet, sollte aber zuerst ein gemeinsames Verständnis zum Begriff „Rüstungskoooperation“ hergestellt werden. Im Prinzip ist Rüstungskoooperation die Zusammenarbeit von Partnern zum Zwecke der Ausrüstung und Ausstattung von Streitkräften.

Nachfolgend werden vier Rüstungskoooperationstypen dargestellt, die die Basis für jede Zusammenarbeit darstellen:

- National (Ministerien, Institute, Agenturen, Industrie, etc.)
- Bilateral (Ministerien, Agenturen, Instituten, Streitkräften, Schulen, etc.)
- Multilateral (Nutzergruppen, Netzwerke, Centers of excellence, etc.)
- In/mit internationalen Organisationen

Die Sektion III (Bereitstellung) hat in den letzten Jahren die aktuellen Kooperationen analysiert und folgende Rüstungskoooperationsbereiche definiert (Anm.: militärische Zusammenarbeit auf allen Ebenen, ist davon ausgenommen):

- Rüstungspolitik
- Rüstungsplanung
- Forschung & Technology /-Entwicklung
- Test & Versuch
- Beschaffung
- Betrieb, Materialerhaltung, Logistik
- Ausbildung
- Industrie & Markt
- Verwertung

Das ÖBH kooperiert seit Jahren in den oben dargestellten Bereichen mit zahlreichen Nationen und ist in vielen multinationalen Nutzergruppen aktiv³. Ebenso partizipiert das ÖBH in den relevanten Arbeitsgruppen die für NATO PfP Nationen offen sind.

Von zunehmender Bedeutung sind die Kooperationen im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA). Hier ist AUT an zahlreichen Forschungs- und Kooperationsprojekten wie z.B. an den Arbeitsgruppen zur Entwicklung einer gemeinsamen Defence Test & Evaluation Base, der Specification of European Camouflage (S.P.E.C.) und der Forschung zum Truppenschutz, beteiligt.

Die Interoperabilität der Streitkräfte in Europa ist eine Grundvoraussetzung für ein effizientes Zusammenwirken in einem Einsatz. Diese Interoperabilität umfasst neben akkordierten Doktrinen, einer gemeinsamen Ausbildung und auch standardisiertes Gerät.

Um diese geforderte Interoperabilität zu erreichen, ist eine frühzeitige Harmonisierung der Fähigkeitsanforderungen (Common Staff Targets bzw. Common Staff Requirements) (z.B. im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur/ Fähigkeiten Direktorat), erforderlich.

In einem strukturierten Prozess können dann gemeinsame Spezifikationen an das System entwickelt werden. Dies hätte idealerweise unter Einbindung der europäischen Wehrtechnischen Industrie zu erfolgen. Durch Bündelung von R&T Budgetmittel könnte zusätzlich ein Know How Gewinn erzielt werden und frühzeitig Kooperationspartner (Cluster) für eine spätere Produktion identifiziert werden. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind bereits in der EVA geschaffen worden.

³ z.B. Leopard Benutzer Staaten (LEOBEN), DINGO User Club, Mistral User Club, usw.

Beurteilung der Effizienz/Einsparungspotential im Rüstungsbereich (Bereitstellung) durch „Pooling & Sharing“:

- Für eine effiziente und effektive Rüstungskooperation ist gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal eine Grundvoraussetzung.
- Kooperationserfahrung und eine ausgeprägte interkulturelle Kompetenz unterstützen jede Art der Zusammenarbeit.

Dadurch wurde der gemeinsamen Ausbildung von Rüstungskooperationsmanagern internationale eine hohe Bedeutung zugeordnet.

AUT engagiert sich seit Jahren aktiv für die Einrichtung einer Europäische Rüstungs- Kooperationsausbildung im Rahmen des European Security & Defence College.

Dieses bei der EVA seit Jahren mit einigen EVA Mitgliedsstaaten entwickelte Ausbildungsvorhaben, wurde von AUT als „Pooling & Sharing“Projekt an die das EUMC und die EVA gemeldet.

Im 4.Quartal 2012 organisiert AUT im Rahmen des European Security & Defence College einen „European Armament Cooperation“ Pilot Kurs für den Awareness Level (Brüssel) und den Expert Level (Stadt Schlaining).⁴

Durch die Organisation dieses Kurses trägt das BMLVS aktiv zur Europäischen Ausbildung im Rahmen von „Pooling & Sharing“bei.

Auch national wurde durch ein Ausbildungskonzept für „Fähigkeiten- und Rüstungsmanager“ entwickelt, um den hohen Anforderungen komplexer Projekte und multinationalaler Kooperationen, gerecht zu werden.

⁴ Anmerkung: Der Decision Level wird schon jetzt durch zwei internationale Kurse abgedeckt.

Betreffend Einsparungspotential kann abschließend angemerkt werden, dass das BMLVS schon seit Jahren Organisationen wie EVA und die NATO Supply and Procurement Agency (NSPA) nützt und dadurch real Personal und Budget einspart.

Pooling & Sharing und dessen Auswirkungen auf die Ausbildung im ÖBH

Allgemein

In diesem Teilbereich der Zusammenarbeit ist am schnellsten und einfachsten eine multinationale Kooperation herstellbar, da im Rahmen der Kooperationsmodelle selten bis nie eine Fähigkeitsaufgabe stattfindet, sondern durch eine Konzentration von Ausbildungsmitteln und Know-How ein Fähigkeitszuwachs für alle Beteiligten erwartbar wird. Auch sind die nationalen Restriktionen und Auswirkungen – ausgerichtet auf einen möglichen Anlassfall gering – insbesondere wenn der Teilnehmerkreis für bestimmte Ausb-Kooperationen genau auf den Level of Ambition und mögliche Konfliktgegner abgestimmt wird (Bsp: kein Anbieten der Field Humint Team-Ausb für Teilnehmer der bosnischen, serbischen oder albanischen SK).

Ist-Stand

Die Schul- und Ausbildungsorganisation hat im ÖBH eine besondere Verantwortung. Sie ist einerseits für die aktuelle Ausbildung verantwortlich und muss andererseits weit in die Zukunft blicken, um die richtigen Ausbildungsgänge für die Zukunft zu planen.

Derzeit wird für Kooperationsmöglichkeiten i.R. von Pooling&Sharing seitens der militärstrategischen Ebene vorrangig der Bereich Ausbildung angesprochen und verfolgt.

Nachfolgend die Kooperationsbereiche, aus der Phase 1 des milstrateg-Entscheidungsfindungsprozesses (Ist-Stands-Analyse) mit SG Ausbildung

- Gebirgskampffzentrum: noch keine Einmeldung – hier wird mit der deutschen Bundeswehr (DBW) über die Nutzung des nat Ausb-Infrastruktur inkl. Übungsraum durch die DBW gegen Bezahlung verhandelt – es wäre auch ein Tausch gegenüber den Einsatzerfahrungen der DBW aus den robusten Einsätzen anzudenken
- Special Operations Forces: Anbieten der landesspezifischen Ausbildungsvorteile, wie z.B: Eistauchen, Gebirgsfallschirmspringen etc. gegen Wissenstransfer von Einsätzen, und Nutzung relevanter Übungsräume von ausl. Armeen , wie z.B: Tiefseetauchen in Kroatien sowie gegen Zugang von bestimmten Tätigkeitsfeldern für SOF-Kräfte, wie Befragungstechniken, FAC-Ausb, etc.
- Helikopter: Grundausbildung und Fort- und Weiterbildung – wird weiter beurteilt und tw. angewandt, allerdings immer in Kontext mit Abhängigkeit von HS-Muster zu betrachten. Ein Anbieten eines permanenten Lu-ÜbRm für HS-Ausb – z.B: Gebirgsausbildung - wird derzeit aufgrund der rechtlichen Restriktionen negativ beurteilt.
- CBRN(Chemisch-Biologisch-Radioaktiv-Nuklear)-Ausbildung: Fortführung des Fähigkeitsausbaus durch Ausb-Kooperation mit SVK und der trilateralen Initiative mit DEU und SCHWEIZ (DACH).
- IED/C-IED (Improvised Explosiv Device/Counter Improvised Explosiv Device) Ausbildung: Fortsetzung und Intensivierung im Rahmen des Pfp-Programms zum Fähigkeitsgewinn und Fähigkeitsausbaus.
- Eurofighter-Programm in Bezug auf Sim-Ausb in Österreich: hier steht die abschließende Beurteilung in Bezug auf ein notwendiges Update des nat Flugsimulators zur intern. Nutzung noch aus und wird im Kontext mit nat Level of Ambition sowie einer vernetzte europ. LRÜ zu sehen sein.
- Ausbildung von Rüstungsmanagern: Initiative von Österreich, diese Ausb, welche national nicht vorhanden ist über die EU (EVA) durchzuführen. Wird im Herbst 2012 über European Security and Defence College unter österreichischer Verantwortung durchgeführt.

Darüber gibt es eine Vielzahl von einmaligen und permanenten Ausb-Kooperationen im Rahmen von Übungsteilnahmen und Kursbesuchen, welche im Zusammenarbeitsprogramm definiert werden und dem Wissenszuwachs sowie dem Fähigkeitenaufbau der teilnehmenden Nationen dienen.

Stärken und Schwächen

- In bestimmten Bereichen verfügt das ÖBH durch seine räumliche Lage über eine unbestritten hohe Wissenskompetenz. Dies trifft vor allem auf den Bereich Alpin-Ausb zu. Hier können wir sicherlich Ausb-Know-How in der Basisausb (Techniken im Alpinen Gld) sowie Ausb-Infrastruktur anbieten.
- Das ÖBH verfügt z.B. mit dem Simulator des EFT in Zeltweg über ein hochmodernes System, das in dieser Qualität in Europa nur eingeschränkt vorhanden ist. Dies bedeutet, wenn man diese Kapazität jetzt anbietet, könnte man für andere Staaten die Möglichkeit zur Schließung einer Ausbildungslücke anbieten. Es ist aber damit zu rechnen, dass es sich hier um ein Zeitfenster handelt, nach dessen Ablauf auch andere Staaten über diese Ausstattung verfügen werden.
- Bei einer konkreten Umsetzung wären aber noch einige technische und personelle Herausforderung zu lösen. Es wäre beispielsweise ein Update der Software notwendig, um eine breitere und intensivere Nutzbarkeit zu ermöglichen.
- Die eigene Ausbildungsinfrastruktur ist aus politischen und wirtschaftlichen Gründen immer weniger nutzbar. So wird beispielsweise die Nutzung des Luftraums für Ausbildungsvorhaben ÖBH immer restriktiver gehandhabt. Dies führt dazu, dass man nicht im großen Umfang daran denken kann, eigene Übungsräume für andere Staaten, beispielsweise für die Hubschrauberausbildung im Gebirge, zur Verfügung zu stellen.
- Durch die Adaptierung vieler Geräte auf eine Österreichversion ist man international nicht voll interoperabel. Das heißt, eine gemeinsame Ausbildung könnte nur dann stattfinden, wenn entweder aus-

ländisches Gerät verwendet wird oder man die vorhandenen Geräte wieder rückmodifiziert.

- Es gibt im ÖBH in einigen Bereichen, beispielsweise Psychological Operations (PSYOPS), Militärpolizei (MP), Luftstreitkräfte (LuSK), nur sehr kleine Ausbildungsgruppen. Somit sind nur sehr geringe Ausbildungskapazitäten vorhanden, die international nicht anbietbar sind.

Aber nicht nur die Ausbildung selbst spielt eine wichtige Rolle, sondern auch die Verknüpfung mit der notwendigen Einsatzerfahrung. Erst wenn man über diese Einsatzerfahrung verfügt, wird man im internationalen Vergleich als Lead Nation im Bereich der Ausbildung akzeptiert. Dabei wirkt sich die mangelnde Teilnahme an Einsätzen höherer Intensität durch das ÖBH sehr negativ aus, weil man das theoretische Wissen nicht mit praktischer Erfahrung verknüpfen kann.

Ausblick

Das ÖBH hat weiterhin an den Ausbildungskooperationen zum Zwecke des Wissenserhalts und Wissensausbaus festzuhalten. Durch die mangelnde Einsatzerfahrung ist allerdings ein einseitiges partizipieren bei anderen Nationen mehr und mehr im Vordergrund und kann aufgrund oa. Schwächen kaum kompensiert werden. Der Versuch des ÖBH muss es sein, sich im multinationalen Lessons Identified/Lessons Learned-Prozess einzubinden, um die eigene Ausbildung möglichst aktuell und einsatznahe zu halten. Wird keine Aufgaben- und Fähigkeitenteilung inkl. der dafür notwendigen Ausb in einem Verbund (gesamteuropäisch oder regional bzw. bilateral) festgelegt und beteiligt sich das ÖBH auch künftig nicht an robusten Einsätzen, ist auch in diesem Bereich kein großes Einsparungspotential für das ÖBH feststellbar.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, das "Pooling & Sharing" für Österreich in einem hohen Integrationsgrad erst nach Vorliegen grundlegender und verbindlicher strategischer Grundlagen und sicherheitspolitischer Ausrichtung als sinnvoll erscheint. Eine frühzeitige Aufgabe von Fähigkeiten birgt zu hohe strategische Risiken und nimmt politischen Handlungsspielraum. Nach Vorliegen einer strategischen Positionierung im europäischen Kontext bieten sich hier allerdings viele Chancen, eigene Interessen und Fähigkeiten abzudecken. Bis dahin erscheint es allerdings sinnvoller, in geringe Abhängigkeiten zu treten und eigene Fähigkeiten in breiterem Spektrum vorzuhalten. Dies bedeutet allerdings auch, dass dadurch kurzfristig keine signifikanten Einsparungspotenziale und Synergien erwartbar erscheinen.

Auswirkungen von Pooling & Sharing auf das internationale Krisenmanagement und zivil-militärische Einsätze Österreichs

Markus Gauster¹

1. Einleitung

In einer zunehmend komplexeren Welt stehen viele Staaten vor der Herausforderung, eine Balance zwischen den politischen Ambitionen im Bereich der Sicherheit und den daraus abgeleiteten militärischen Fähigkeiten und den zur Verfügung stehenden Budgets zu finden. Dies betrifft auch Engagements im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement (IKKM). Einige Staaten werden ohne Kooperation zukünftig nicht mehr in der Lage sein, alle notwendigen Fähigkeiten aufrechtzuerhalten, um diese im Rahmen des IKKM zur Verfügung zu stellen. Das seitens der EU proklamierte Konzept „Pooling & Sharing“ (P&S) soll daher idealtypisch durch Ergänzung und Komplementierung von militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten die Glaubhaftigkeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und damit auch die Rolle der EU als Krisenmanager stärken. P&S gilt auch als technokratisches Instrument, um die Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten und Internationalen Organisationen (IOs) effizienter zu gestalten und gleichzeitig deren militärische Handlungsfähigkeit zu bewahren.

Die Initiativen zu P&S sind das Ergebnis schwieriger äußerer Umstände und spiegeln das Spannungsfeld zwischen der Bewahrung staatlicher Souveränität, Abgabe staatlicher Macht und Kompetenzen sowie allgemeiner Ressourcenknappheit wider. Insbesondere stellt sich bei der Souveränität die (rechtliche) Frage, ob ein Staat noch souverän ist, wenn er

¹ Dieser Beitrag ist mit substantieller Unterstützung von Dominik Deuretzbacher, TherMilAk entstanden.

alleine nicht mehr in der Lage ist, sich zu verteidigen bzw. militärische Aufgaben im IKKM wahrzunehmen. P&S ist dabei von der Grundidee nicht neu. Es wurde schon in den NATO Operationen am Balkan seit den 1990er Jahren operativ praktiziert. Das deutsche Feldspital für den Sektor Süd von KFOR im Kosovo, in dem nicht nur Deutsche, sondern alle Soldaten der Zone behandelt werden ist eines der Beispiele, wie Österreich bereits Erfahrungen mit P&S machen konnte.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat seit 2008 wesentlich dazu beigetragen, Verteidigungsbudgets weiter zu reduzieren. Damit einher ging auch eine wachsende Vertrauenskrise. Diese betraf nicht nur das Verhältnis der Bevölkerungen zu ihren Staaten, sondern auch das Verhältnis von EU-Staaten untereinander. Vertrauen zu anderen Staaten ist für einen (kleineren) Staat somit auch die Basis für vertiefte Kooperationen bzw. für eine – im Sinne der GSVP koordinierte – Aufgabe militärischer Fähigkeiten. Auch die missionsspezifische Kooperation im Sinne eines Zusammenwirkens zwischen partizipierenden Staaten mit bereitgestellten bzw. geteilten Fähigkeiten ist nichts Neues. Die Verschlechterung des wirtschaftlichen und haushaltstechnischen Umfelds verstärkt jedoch den Druck, etabliertes Vertrauen zu Partnerstaaten zu nutzen und eine permanente Lastenteilung auf GSVP-Ebene – das erklärte Ziel von P&S – zu begründen.

Damit würde der P&S-Ansatz von der operativen, missionsspezifischen Ebene auf eine strategische Ebene angehoben werden. Seitens der EU und der (als implementierender Akteur vorgesehenen) Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) steht bei P&S die Erzeugung eines kohärenten, komplementären und koordinierten Vorgehens unter den Akteuren der GSVP im Vordergrund. Davon abgeleitet stellt sich aber auch die Frage, welche Effekte P&S auf militärische Beteiligungen an Einsätzen des IKKM gehabt hat und haben wird. Auch in diesem Kontext können Möglichkeiten der vermehrten Teilung von Lasten gesehen werden, weil das bereits in einigen bilateralen und regionalen Projekten geschieht.

2. Problembereiche und Spannungsfelder im Kontext Pooling & Sharing

2.1. Politische Ebene und Planungsebene

Das Berlin Plus Agreement hätte Potential, ist politisch jedoch schwierig umzusetzen

Das „Berlin Plus Agreement“ aus 2003, welches das Zurückgreifen der EU auf NATO-Kapazitäten bei Bedarfsfällen vorsah, stellt das idealtypische Vertragswerk für P&S-Ansätze dar. Operation Concordia (Mazedonien) und EUFOR Althea (Bosnien-Herzegovina) wurden bzw. werden auf dieser Basis geführt. Für diese Einsätze, bei dem auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten zurückgegriffen wird, erarbeitet die in das NATO-Hauptquartier Europa (SHAPE) integrierte „European Union Staff Group“ auf Basis einer Weisung des EU-Militärstabes u. a. den Operationsplan und stellt Fähigkeiten zur Verfügung. Doch dieser erwiesenermaßen realisierbare P&S-Ansatz ist in der Praxis v. a. auf Grund langjähriger politischer Unstimmigkeiten zwischen der Türkei (NATO-Mitglied) und Zypern (EU-Mitglied) für zukünftige EU-Operationen politisch nur mehr schwer umsetzbar.²

Vor dem Hintergrund des klar erkennbaren Trends, wonach die NATO weiterhin eher Agenden der Hard Defence, die EU eher die komplementierenden Agenden von Peacebuilding und Reform des Sicherheitssektors in Einsatzräumen des IKKM übernehmen wird, steht das Berlin Plus-Agreement als Vorbild für ein funktionierendes P&S zwischen EU und NATO.

² Vgl. Turkey rejects EU Cyprus proposals. In: <<http://www.hurriyet.com.tr/english/domestic/10302092.asp>> (abgerufen am 2.10.2012).

NATO-Staaten: Offen für Kooperation und Spezialisierung, wenn Vorteile überwiegen

Neben dem Ansatz des P&S existiert seitens NATO das Konzept „Smart Defence“, das vergleichbare Vorstellungen verfolgt. Ziel ist es, durch Kostenteilung und Zusammenlegung von Fähigkeiten eine Effizienzsteigerung bei gleichzeitiger Kostensenkung zu erreichen und vorhandene Defizite auszufüllen. Einen mit einer Sondierung des Innovations-, Spar- und Kooperationspotential vergleichbaren Review-Prozess gibt es innerhalb der NATO bereits seit Jahrzehnten. Die bisherige Umsetzung zeigt jedoch die gleichen Probleme, die auch bei P&S auftreten: NATO-Staaten besitzen militärische Über- bzw. Unterkapazitäten mit wenig Ambitionen, diese im Sinne des Ganzen entsprechend ab- bzw. aufzubauen. Diese Ungleichgewichte gelten als einer von vielen Faktoren, die zu bitteren Lehren und kargen Ergebnissen im IKKM in Afghanistan führten.³ Trotzdem gilt die Operation der NATO in Afghanistan mit (Stand 2012) 50 alliierten Staaten als wegweisend für P&S und als Treiber der Interoperabilität für NATO- wie EU-Staaten und darüber hinaus.

Insgesamt ist zu erkennen, dass Abstimmungsprozesse in den Smart-Defence-relevanten Bereichen (1) Priorisierung von Fähigkeiten und (2) multilaterale Kooperation (140 Projekte insgesamt; 24 davon unter Führung von Lead Nations) produktiv verlaufen, während die (3) Rollenspezialisierung, die für Staaten auch die Abgabe von Fähigkeiten impliziert, nach wie vor nicht ausreichend funktioniert und daher den „Knackpunkt“ von P&S für Verteidigungsfähigkeit und IKKM darstellt.

Bereitschaft von Staaten für Pooling & Sharing ist vorhanden, jedoch nicht auf GSVP-Niveau

Durch die strategische Neuausrichtung der USA in Richtung pazifischer Raum seit 2012 werden sicherheitspolitische Agenden in der EU und ihrer Peripherie zunehmend den europäischen Staaten und der EU selbst überlassen. Hinzu kommt, dass durch die Einsparungen im US-

³ Vgl. Gauster, Markus: Zehn Jahre Krisenmanagement in Afghanistan. IFK Aktuell 3/11 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik, Wien, Dezember 2011.

Verteidigungsbudget keine Kapazitäten bereit stehen, um den Europäern bei der Durchführung zukünftiger IKKM-Einsätze auszuhelfen, wie es z. B. in Libyen bei der NATO-Operation „Unified Protector“ der Fall war. Westeuropäische Staaten haben bereits durch gemeinsame Investitionen in teure Technologien wie Fluggerät (Allzweckkampffjet „Tornado“, „Eurocopter“, „Eurofighter“ und dem Transportflugzeug „Airbus A400M“) gezeigt, dass sie sehr wohl bereit sind, Investitionen, Informationen und Technologien zu teilen, um anspruchsvolle Fähigkeiten unter komparativem Kostenvorteil für die einzelnen Mitgliedstaaten zu entwickeln.⁴ Nicht zuletzt die Aufstellung der EU-Battlegroups (BG) und Österreichs logistische Führung in dieser im zweiten Halbjahr 2012 sind – allen damit verbundenen Schwierigkeiten zum Trotz – eine Bestätigung europäischer Staaten für die Bereitschaft zu P&S, die jedoch klar unterhalb der GSVP-Ebene angesiedelt ist.

Ein Fortschritt im Sinne von P&S wäre es, wenn z. B. die Transportkosten in potentielle Einsatzgebiete von BGs gemeinsam getragen werden. Dies ist durch den ATHENA-Mechanismus der EU für gemeinsame Finanzierungen von Teilbereichen von Operationen bereits möglich. Man sieht die Bereitschaft zu P&S auch an der wachsenden Zahl der bilateralen und multinationalen Kooperationen (z. B. Belgisch-Niederländische Marineprojekte, Baltische Luftraumüberwachung). Diese erreichen jedoch längst nicht eine gesamteuropäische Dimension, die für die Legitimität der GSVP notwendig wäre.

Dass zwischenstaatliche Kooperation dominiert und damit P&S sowie die GSVP unterläuft, zeigt auch der Entschluss von Frankreich und Großbritannien zu der bilateralen Militärkooperation 2010.⁵

⁴ Keller, Patrick: Nach den Operationen: Ausblick auf den NATO-Gipfel in Chicago. In: Konrad-Adenauer –Stiftung, Analysen & Argumente, Ausgabe 100, Berlin 2012, S. 3-4.

⁵ Vgl. Auf dem Weg zu einem EU-Weißbuch? In: Der Soldat Nr. 16, 26.9.2012.

Politische Vertrauensbildung mit Partnern als Basis für Pooling & Sharing

Die Bereitschaft zur Aufgabe militärischer Fähigkeiten zugunsten einer Spezialisierung im europäischen Verbund steht und fällt mit den Erfahrungen im IKKM, die ein Staat mit Partnernationen macht. Positive Kooperationserfahrung (Vertrauensbildung) mit ausgewählten Partnern bildet daher nach der Festlegung nationaler Interessen und der Beachtung rechtlicher Rahmenbedingungen den politischen Anknüpfungspunkt, um Fähigkeiten zu teilen oder sogar aufzugeben.⁶ Beispielhaft im Rahmen der NATO-PfP-Kooperation ist Österreichs langjährige Kooperation mit Deutschland im Kosovo, die zur Etablierung der zweiten EUBG mit österreichisch-deutscher Beteiligung führte. Auf GSVP-Ebene ist der Faktor „Vertrauen“ jedoch nicht ausreichend verankert.

Dies gilt vor allem, vor dem Hintergrund der Beurteilung, ob jeder Staat jede militärische Fähigkeit erhalten soll. Eine vertiefte Kooperation braucht neben eines akkordierten politischen Rahmens auch Zeit, gemeinsame Übung und Praxis in Form gemeinsamer Einsätze. Zu bedenken ist jedoch, dass die NATO bereits über 60 Jahre Zeit für P&S hatte; trotzdem funktioniert die Säule „Spezialisierung“ im Rahmen von Smart Defence am schlechtesten.

Unterschiedliche staatliche Kulturen und Interessen stehen über Pooling & Sharing

Eines der großen Probleme bei Peacebuilding-Einsätzen stellt die Aufgabenverteilung für Staaten im Rahmen einer Gesamtstrategie dar. In Afghanistan wurden z. B. fünf Aufgabenbereiche im Rahmen der Sicherheitssektorreform (SSR) definiert und einzelnen Staaten nach dem Lead Nation Prinzip zugeteilt (Entwaffnungsprogramm an Japan, Innere Sicherheit an Deutschland, Militäraufbau an die USA, Drogenbekämpfung an Großbritannien und Rechtsstaatlichkeit an Italien). Diese Auf-

⁶ Faleg, Giovanni / Giovannini, Alessandro: The EU between Pooling & Sharing and Smart Defence: Making a virtue of necessity? Centre for European Policy Studies, CEPS Special Report, Brüssel 2012, S. 2.

gabenverteilung beruht auf dem Prinzip von P&S. Doch haben unterschiedliche staatliche Ansätze (Rechtskultur, Grundprinzipien, etc.) und Zielvorstellungen (z. B. was muss ein Polizist nach der Ausbildung können?) dazu geführt, dass das „Lead Nation Prinzip“ in diesem Szenario für P&S gescheitert ist.

Zwei Erkenntnisse ergeben sich daraus: Gewissen Aufgaben und die damit verbundenen Fähigkeiten sind leichter politisch zu vertreten als andere. Zweitens geht es um die Frage, ob eine permanente Zuteilung von Aufgaben- bzw. Spezialisierung auf bestimmte Fähigkeiten bei Pooling für den jeweiligen Staat zumutbar ist. Neben der hohen finanziellen Belastung konnte man auch sehen, dass es oft nicht im Sinne eines Staates sein kann, politisch herzeigbare Projekte wie Schulbau in einer Krisenregion fallen zu lassen und an einen anderen Staat abzutreten. Am Balkan zum Beispiel konnte man sehen, wie die Regierungen unterschiedlicher Truppensteller sich in vergleichbaren Projekten in fremden Sektoren einmischten.

Um die Streitkräfteentwicklung auf europäische Füße zu stellen, sind daher mehr als nur punktuelle Kooperationen nötig. Daher hat nur eine unabhängige Kommission Chancen, Ambitionen und Fähigkeiten im Sinne von P&S auf europäischer Ebene zu koordinieren und zu bündeln. Die EDA kann diesen Anspruch seit ihrer Etablierung nicht erfüllen, da diese eher als „Vorposten“ der nationalen Verteidigungsbürokratien in Brüssel fungiert.⁷

Pooling & Sharing als Konzept ist umfassend zivil-militärisch zu beurteilen

Aktuelle Tendenzen im IKKM (z. B. vermehrte Polizeiemissionen, Sicherheitssektorreformen etc) zeigen, dass von einer erweiterten Begriffsdefinition bei Pooling & Sharing auszugehen ist. Diese schließt die Bereitstellung polizeilicher, militärischer, rechtsstaatlicher und administrativer Expertise ein. Bei einer Aufgabenaufteilung, in der die EU das

⁷ Mölling, Christian: Für einen europäischen Defence Review. SWP-Aktuell 40, Berlin 2012, S. 2.

gesamte Spektrum eines Peacebuilding-Szenarios abdecken soll, ist es langfristig nicht anders möglich, als eben alle relevanten Bereiche des Staates mehr oder weniger zu unterstützen. Der Fokus auf Sicherheit alleine ist in vielen Fällen zuwenig. Es ist daher nicht nur die militärische Sicherheit und in weiterer Folge die Sicherheitsexekutive nötig, sondern auch die Kooperationen im Rahmen der Implementierung von rechtsstaatlichen und verfassungs- und verwaltungstechnischen Institutionen. So bestehen im Kosovo neben der NATO-Mission KFOR auch die EU-Mission EULEX Kosovo (zuvor UNMIK), um das erweiterte Aufgabenspektrum im Verbund zu bewältigen. Zivil-militärisches P&S zur Unterstützung der lokalen Administration ist dabei ein weiterer Punkt, in dem eine supranationale Koordination und Teilung von Expertise und Fähigkeiten im Sinne von Effizienz und Effektivität unabdingbar erscheint.

Pooling & Sharing ist bei internationalen Polizeieinsätzen nur bedingt realisierbar

Der polizeiliche Beitrag im Rahmen des Civilian Crisis Management ist von steigender Relevanz in der GSVP, wenn man z. B. die Zahl der EUPOL-Missionen betrachtet. Es existieren dafür klare Vorgaben durch das Civilian Headline Goal 2010.⁸ Abgesehen davon, gewinnt auch die zivil-militärische Zusammenarbeit an Bedeutung. In der Einsatzpraxis zeigt sich jedoch, dass eine umfassende zivil-militärische Interoperabilität und Lastenteilung im Sinne von P&S kein Thema ist. So ist die Anzahl der Entsendungen vom Entsendestaat aufgrund des in Brüssel durchgeführten Auswahlprozesses nicht steuerbar. Die Interoperabilität ist außerdem im zivilen Bereich durch EU-übergreifende Ausbildungen und bestehende Ausbildungscurricula gesichert.

Generell ist anzuführen, dass bei zivilen Missionen (z. B. EUPOL-Missionen) die Missionsausrüstung zur Erfüllung des Missionsmandates von den Internationalen Organisationen und nach Vorgabe durch diese

⁸ Vgl. die Inhalte des Civilian Headline Goal unter <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/Civilian_Headline_Goal_2010.pdf> (abgerufen 2.10.2012).

Organisationen (Schutz-) Bekleidungen, Bewaffnung und weitere Sonderausrüstung durch den jeweiligen Entsendestaat bereitgestellt werden. Im Besonderen zeigte sich am Beispiel der EU Monitoring Mission (EUMM) Georgia, dass zivile und militärische Kräfte erstmalig unter einem gemeinsamen Mandat zum Einsatz gekommen sind und von der Anzahl ähnlich stark besetzt waren. P&S wäre hier eine Möglichkeit gewesen.

Herausforderung für viele Staaten ist es, aufgrund der immer größer werdenden Internationalisierung der Polizei (z. B. im Rahmen von FRONTEX oder diversen EUPOL- und UNO-Missionen), die damit verbundenen personellen Anforderungen zu erfüllen. Eine Schwerpunktsetzung ist hier erforderlich. Laufbahnvorteile bei der Teilnahme an Auslandseinsätzen sind dabei sowohl beim Militär als auch im Polizeibereich ein relevanter Faktor. Letztendlich kann im Sinne von P&S international nur das bereitgestellt werden, was national an Kapazitäten bzw. Fähigkeiten vorhanden ist.

2.2. Rüstungswirtschaft als ein Motor von Pooling & Sharing

Zahl der Rüstungsanbieter steigt, Forschungsbudgets von Staaten sinken

Europa hat eine stark nationalisierte Rüstungsindustrie, die in Konkurrenz mit der amerikanischen Rüstung liegt. Dies liegt in tief verwurzelten nationalstaatlichen Ambitionen, weitgehend autark zu sein (besonders ausgeprägt bei größeren Staaten wie Frankreich und Großbritannien) oder in politischen bzw. völkerrechtlichen Verpflichtungen (z. B. Österreich). Mittlerweile haben Staaten wie China und Indien in diesem Kontext stark aufgeholt. Es ist daher unabdingbar, neben dem Erhalt der Rüstungskompetenz in Europa und der damit verbundenen Fähigkeit, jederzeit eine IKKM-Operation vernünftig beschicken zu können, auch Forschung und Entwicklung in der EU als essentiellen Bestandteil von

P&S zu sehen. Forschungsbudgets europäischer Staaten sind jedoch tendenziell im Sinken begriffen.⁹

Generell wird Forschung und Entwicklung unter Festlegung entsprechender Prioritäten (z. B. durch die EDA)¹⁰ den jeweiligen Rüstungsindustrien überlassen. Diese verfolgen im Sinne der Gewinnerorientierung verständlicherweise ihre eigene Agenda. Für das Verständnis von P&S zum Aufbau der GSVP erscheint dieser Umstand jedoch problematisch.

Die Rüstungsindustrie hat das Militär in der Forschung abgelöst

Rüstungsentwicklung wurde während des kalten Krieges als Kooperation zwischen Militär und Industrie verstanden. Jedoch hat sich der Trend durchgesetzt, dass die Industrie verstärkt autonom entwickelt und ihre Produkte im Rahmen von Beschaffungsaktivitäten des Militärs anbietet. Dies ist nicht nur eine Reaktion auf haushaltstechnische Einsparungen bei der Forschung nach 1990, sondern auch auf den geringer werdenden Rüstungsbedarf kleinerer Streitkräfte Europas zurückzuführen. Ausfluss dessen ist die Zusammenführung nationaler Rüstungsfirmen auch bei Kleinststaaten. Die Übernahme der Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeug GmbH vom US-Rüstungskonzern General Dynamics ist ein Beispiel dafür.

Der bereits etablierte Trend der Verschiebung der Forschung vom Militär zu Industrie wird sich fortsetzen. Doch bedeutet das auch ein Abgehen nationaler Interessen vom Erhalt der nationalen Rüstungsfähigkeit – vor allem bei kleineren Staaten wie Österreich. Hier ist eine Auftragsverlagerung von heimischen zu europäischen Anbietern zu erkennen. Beispielhaft ist die Beschaffung von Mannschaftstransportkapazität bei Firmen außerhalb Österreichs, wodurch die heimische Industrie Aufträge verliert. Damit einher geht auch der Verlust der rüstungstechnischen Autarkie, die man nur sehr schwer wieder herstellen kann. P&S geht

⁹ Vgl. <<http://www.eda.europa.eu/strategies/researchandtechnology>> (abgerufen am 1.10.2012).

¹⁰ Vgl. <<http://www.eda.europa.eu/strategies/ResearchandTechnology/22priorities>> (abgerufen am 1.10.2012).

jedoch mit der Aufgabe derselben einher und stellt Staaten vor die Perspektive, Rüstungskompetenzen abzugeben. Dies steht unter Umständen nicht im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die den Begriff „Souveränität“ eines Staates definieren.¹¹

Im Entsendestaat präsenste Rüstungsindustrie ist entscheidend für Rollenspezialisierung

Die Niederlande machten als erstes europäisches Land einen wesentlichen Schritt und gaben ihre Panzerkräfte auf. Einer der Beweggründe, warum es gerade diese Waffengattung traf, war neben dem budgetären Druck nicht zuletzt das Fehlen einer eigenen Industrie im Bereich der Panzer- bzw. Panzerkomponentenherstellung. Am Beispiel Österreich kann man Spezialisierungen auf einige wenige Bereiche der Rüstungsindustrie einschränken:

- Herstellung von Faust- und Handfeuerwaffen mit Abnehmern in Österreich, Irland, Australien, Neuseeland etc. (*Steyr Mannlicher GmbH & CO. KG*) sowie die Herstellung von Pistolen für amerikanische Sicherheitskräfte (*Glock GmbH*);
- Herstellung von gepanzerten Räderfahrzeugen wie den Radpanzer PANDUR, der neben Österreich auch in Slowenien und Tschechien eingeführt ist (*General Dynamics European Land Systems*);
- Herstellung unbemannter Fluggeräte durch die Firmen Schiebel Elektronische Geräte GmbH, AERIE GmbH und **IAT21 innovative aeronautics technologies GmbH**.¹²

¹¹ Vgl. Teufelskreis der Souveränität. In: NZZ, 3.10.2012, S. 23.

¹² Vgl. Drohnen-Innovation: Österreich ganz vorn dabei. In: <<http://futurezone.at/future/10825-drohnen-innovation-oesterreich-ganz-vorn-dabei.php>> (abgerufen am 5.10.2012).

Wirtschaftliche Vorteile für Firmen des Truppenstellers sind wichtiger als Pooling & Sharing

Ein wichtiger Grund für die Bereitstellung von Fähigkeiten im Rahmen eines IKKM-Pools ist (nach wie vor) ein möglicher wirtschaftlicher Vorteil für nationale Firmen. So beteiligen sich skandinavische Staaten nicht zuletzt auch wegen der großen Wachstumschancen des Handymarktes in Regionen wie Afghanistan am IKKM. Auch das Engagement Österreichs ist anhand der etablierten Präsenz von Österreichischen Banken (z. B. Raiffeisenbank, Hypo Group Alpe Adria, Erste Bank) in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu sehen. Die Investmentchancen der nationalen Privatwirtschaft von Truppensteller in einem IKKM-Szenario gehen oft vor den P&S-Ambitionen. Staatliche Vorbehalte sind daher weiterhin eine fixe Planungsgröße bei P&S.

3. Auswirkungen von Pooling & Sharing auf das Internationale Konflikt und Krisenmanagement

3.1. Auswirkungen auf/für Internationale Organisationen

Pooling & Sharing ist für Staaten ein Treiber für verstärkte Kooperation mit EU und NATO

P&S steht für einen möglichen Paradigmenwechsel im IKKM, da autarkes Vorgehen für kleinere Staaten im Einsatzraum (z. B. die weitgehende Alleinverantwortung Schwedens oder Norwegens für ihre jeweiligen Provinzen in Afghanistan) mittel- bis langfristig finanziell nicht mehr fortsetzbar ist. Ein wesentlicher Schritt wurde dabei durch mehrere regionale Kooperationen und länderübergreifende Projekte von Entsendestaaten gesetzt. Selbst große Staaten sind zur Kooperationen gezwungen (z. B. die englisch-französische Kooperation im Rahmen des Lancaster House Treaty). Die Rolle der EU und der NATO ist dabei idealtypisch in der Zusammenführung einzelstaatlicher Interessen zum Erhalt des außenpolitischen Handlungsspielraumes der EU zu sehen.

Akzeptiertes Gremium sollte EU-Fähigkeitskatalog proklamieren, um unkoordiniertes Abrüsten zu verhindern

Während die Aufgaben der österreichischen Streitkräfte sowohl im In- als auch Ausland als gleichwertig relevant betrachtet werden, ist die EDA auf europäischer Ebene angehalten, einen Fähigkeitskatalog zu entwickeln, um den Staaten einen Rahmen für mögliche Rollenspezialisierungen zu geben. Dabei sollte man sich auf den Requirements Catalogue (RC05) des EU Military Staff (EUMS) stützen.¹³ Aus einem vergleichbaren Katalog könnten sich dann auf Basis der politischen Gleichrangigkeit der Aufgaben von Streitkräften im In- und Ausland konkrete Ableitungen für die Lastenteilung bei Fähigkeiten und Kapazitäten für das IKKM gewinnen lassen.

Es zeigt sich 2012, dass unkontrolliertes staatliches Abrüsten auf der Basis von P&S ohne übergeordneten, koordinierenden politischen Rahmen dazu führt, dass Europa Gefahr läuft, seine Verteidigungsfähigkeit (GSVP) zu verlieren. Für militärische Einsätze im IKKM in der EU-Peripherie bedeutet das, dass man aktuell (z. B. Libyen) und in absehbarer Zukunft auf die USA oder zumindest auf eine (große) europäische Lead Nation angewiesen sein wird. Am Beispiel Großbritanniens, dessen Armee aus Spargründen massiv verkleinert wird, zeigt sich die Auswirkung unkoordinierter personeller und materieller Abrüstung (ohne echte Bedachtnahme auf gesamteuropäische Strukturen wie bei P&S angedacht) deutlich. So warnen Militärs vor erheblich eingeschränkter Schlagkraft und sehen Einsätze in einer Größenordnung wie im Irak zukünftig nicht mehr möglich.¹⁴

Auch am Beispiel kleinerer, im IKKM stark involvierter Staaten zeigen sich bisherige Auswirkungen von P&S. So waren beispielsweise die Niederlande gezwungen, ihr Verteidigungsbudget seit 2008 drastisch zu kürzen. Man zog sich in der Folge 2010 militärisch vom IKKM aus Af-

¹³ Biscop, Sven / Algieri, Franco: The Lisbon Treaty and ESDP: Transformation and Integration. In: Egmont Paper 24, Brüssel 2008, S. 6.

<<http://www.egmontinstitute.be/paperegm/ep24.pdf>> (abgerufen am 4.10.2012).

¹⁴ Britische Armee wird um ein Fünftel verkleinert. In: Die Presse, 5.7.2012, S. 6.

ghanistan zurück, was Auswirkungen auf die NATO-Operationsführung hatte. Dazu kam die Auflösung einer wesentlicher Waffengattung (Panzer). Slowenien kürzte 2009-2011 sein Verteidigungsbudget um 16%, die Slowakei sogar um 27% (!). Österreichs Heeresbudget blieb mit einem Minus von einem Prozent auf niedrigem Niveau stabil.¹⁵

Diese Entwicklungen stehen in ihrer Gesamtheit dafür, dass EU-Staaten von vielem zuviel (z. B. Fregatten oder Jagdflugzeuge), aber von gewissen wichtigen IKKM-Kapazitäten zu wenig haben (z. B. Luftbetankungs- und Aufklärungskapazitäten).¹⁶ In diesem Kontext ist auch die jeweilige national vorhandene Rüstungsindustrie zu sehen, die insbesondere seit 2008 für P&S an Relevanz gewonnen hat. Sie unterläuft die Entschlossenheit von Staaten, durch die P&S-Philosophie supranationale Gemeinsamkeiten im Sinne der GSVP zu schaffen und bewirkt im Verbund mit staatlichen Ambitionen vielfach ein Umgehen der EDA.

Pooling & Sharing muss unabhängig evaluiert werden, Fähigkeiten im Sinne der GSVP zu erhalten

Durch ein European Defence Review in Form einer unabhängigen Evaluierung des P&S-Prozess könnte ein unkontrolliertes Abrüsten und der damit mögliche totale Verlust einzelner Fähigkeiten in ganz Europa verhindert werden. Dieser Prozess impliziert, dass eine mögliche Rollenspezialisierung unter den Staaten zu koordinieren ist, wofür wiederum die Rückendeckung aus allen Parteien und Regierungen unabdingbar ist. Vor allem kleinere Staaten sollten bei ihrem nationalstaatlichen Ansatz eine operative Handlungsfähigkeit für die Beteiligung in IKKM-Szenarien (vorerst) bewahren.

¹⁵ Heere teilen in der Not. In: Die Presse, 19.6.2012, S. 7.

¹⁶ Mölling, Christian: Für einen europäischen Defence Review. SWP Aktuell 40, Berlin, S. 1.

Implikationen für Pooling & Sharing aus der NATO-Operation „Unified Protector“

Am Beispiel des NATO-Einsatzes in Libyen können einige Nachteile und neue Verhaltensmuster zu P&S erkannt werden. So haben sich, trotz VN-Resolution und Mandat, NATO-Staaten geweigert, das Flugverbot in Libyen zu überwachen oder andere Unterstützungsbeiträge zu leisten (z. B. Deutschland). Dadurch sieht man das Vertrauen in andere Bündnispartner gestört. Man konnte aber auch sehen, dass die NATO trotz kohärenter Führungsstrukturen nicht in der Lage war, die geforderten Ergebnisse und Leistungen durch das Combined Air Command (eine Fähigkeit der NATO und nicht einzelner Staaten) zu erfüllen. Im Vergleich zu den Luftschlägen am Balkan im Winter 1998/99 (Kosovokrieg) konnten bei „Unified Protector“ nur ein Drittel der geplanten Einsätze durchgeführt werden. Daraus ist zu ersehen, dass die Leistungsfähigkeit auch zurückgehen kann, wenn Kompetenzen in kollektive Verantwortung übergeben werden. Dass das US-Militär nur in der ersten Phase des Einsatzes die Luftschläge durchführte und danach nur noch Führungs- und logistische Unterstützung leistete, könnte richtungweisend im Sinne eines strategischen P&S sein: Europäische NATO-Mitglieder waren das erste Mal auf sich allein in der Kampfführung gestellt und v. a. Frankreich, Großbritannien und Italien mussten teilen, was sie an Fähigkeiten zur Verfügung hatten.¹⁷

Staatliche Rollenspezialisierung durch Maßnahmen Internationaler Organisationen?

In den bis jetzt entstandenen Kooperationen nahmen Führungsnationen eine koordinierende Rolle wahr. Eine Rollenspezialisierung unter den Staaten hat jedoch dabei nicht stattgefunden. Es entstanden (oft ungewollt) Monopolstellungen bei Fähigkeitsträgern wie Deutschland oder Frankreich, z. B. im Bereich Panzerkräfte. Es ist absehbar, dass nur we-

¹⁷ Vgl. Arbeitsgemeinschaft Friedensforschung: Die Intervention zeigt Stärken und Schwächen des Westens. <<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/libyen-bilanz.html>> (abgerufen am 28.9.2012).

nige Staaten mit klassischen Panzerkräften in der EU übrig bleiben werden – auch Kleinstaaten haben diese Fähigkeit bereits tendenziell abgebaut (z. B. die Niederlande). Dazu kommt, dass Ansätze zur Rollenspezialisierung seitens EU und NATO durch die Staaten meistens boykottiert wurden.

EU/GSVP als potenzieller Träger von speziellen Fähigkeiten im Verbund

Bei den stark reduzierten Budgets der einzelnen europäischen Staaten und dem bevorstehenden graduellen Rückzug der USA aus den Eurasischen Raum sind manche Kapazitäten nicht mehr durch einen Staat zu finanzieren. Solche Fähigkeiten könnten an EU oder NATO abgetreten werden, die diese nicht nur finanzieren sondern auch im Einsatzfall nutzen und partizipierenden Staaten zur Verfügung stellen könnten. Als Beispiele zu solchen Kapazitäten könnten neben der Etablierung eines eigenen europäischen Positionierungssystems (Galileo) auch strategische Aufklärungsfähigkeiten auf GSVP-Ebene gebündelt werden.

3.2. Auswirkung von Pooling & Sharing auf Kooperationen

Pooling & Sharing schwächt die staatliche Souveränität

Kritisch zu sehen ist die Frage der Einigkeit der Mitgliedsstaaten im Rahmen von GSVP-Einsätzen. Diese verfügen aus dem Vertrag von Lissabon ein Vetorecht hinsichtlich außenpolitischer Fragen (Artikel 31 EU-Vertrag). Jedoch ist es vor allem für weniger einflussreiche Staaten (wie Österreich) ein Balanceakt, dieses im Bedarfsfall zu nutzen. Am Beispiel der politischen Sanktionen gegen Österreich im Jahr 2000 sieht man die Konsequenzen der Entscheidungen kleinerer EU-Staaten. Durch budgetäre Restriktionen müssen diese ihre Verteidigungsbudgets straffen und sind daher zu P&S gezwungen. Bei geteilten Fähigkeiten gilt bei einem Beschluss der GSVP für einen IKKM-Einsatz jedoch Beisteuerungspflicht, außer der Staat macht vom Veto Gebrauch. Aus der Angst vor politischen Konsequenzen vermeiden Staaten die Vetoverwendung und erklären sich damit gleichzeitig indirekt einverstanden, auf die Sou-

veränität zu verzichten. P&S kann daher als politisches Instrument die staatliche Souveränität aushebeln, was positiv und negativ gesehen werden kann.

Regionaler Ansatz hat sich bei Pooling & Sharing bewährt, zeigt aber auch die Grenzen auf

Nachbarstaaten sind für P&S die ersten Ansprechpartner kleinerer Staaten. Ansatzpunkte sind ähnliche kulturelle Faktoren und Sprache. Bewährte Beispiele sind die Benelux-Kooperation in Beschaffungsfragen, die Niederländisch-Deutsche Kooperation im Panzerkampf in Münster oder die EU-Battlegroups.

Kooperationsvarianten für Pooling & Sharing für den Bereich IKKM und im Entsendestaat

IKKM-Einsätze bedingen gleichzeitig die Fähigkeit der verfassungsgemäßen Erhaltung der Kompetenz, das eigene Hoheitsgebiet zu schützen und bei Katastrophen zu helfen. Nur wenn die GASP beide Aufgabenbereiche abzudecken vermag, ist sie realpolitisch in der Öffentlichkeit und gegenüber Partnern vertretbar. In diesem Kontext wäre eine P&S Variante auch die Sicherung des EU-Territoriums durch einige EU-Staaten, während andere Mitgliedsstaaten in Kooperationsform Einsätze im Rahmen des IKKM durchführen.

Im Rahmen der P&S-Diskussion ist die Frage der militärischen Landesverteidigung nur noch bedingt für die Rollenspezialisierung ausschlaggebend. Jedoch ist ein Verteidigungsszenario nach wie vor ein wichtiger Punkt für EU-Staaten. Grundtenor für die GSVP und damit für funktionierendes P&S muss es dabei sein, dass die jeweiligen Hoheitsgebiete der Mitgliedsstaaten durch (gemeinsame) militärische Fähigkeiten sichergestellt werden.

Notwendigkeit politischer Rückendeckung in Pooling & Sharing-Kooperationen

Durch die Verflechtung der Truppen und spezialisierter Aufgaben in IKKM-Szenarien ist ein ungeplanter Rückzug nationaler Kontingente nur mit einem hohen Aufwand für die Kooperationspartner und negativen politischen Konsequenzen durch Partnerstaaten möglich (z. B. Spanischer Rückzug aus dem Irak nach politischer Wende 2004 oder militärischer Rückzug der Niederlande aus Afghanistan 2010). Ein Abzug untergräbt Vertrauen und ist für P&S kontraproduktiv. Die Regierungen müssen daher bei P&S-Kooperationen z. B. verstehen, dass ein Einsatz nicht in einem Regierungszyklus abgeschlossen sein kann, sondern unter Umständen länger dauert. Ein überparteiliches Bewusstsein ist somit Voraussetzung für nachhaltiges P&S.

Pooling & Sharing von Forschungsaktivitäten impliziert gemeinsame Nutzung der Ergebnisse

Es besteht die Gefahr, dass die militärisch-technische Grundlagenforschung für IKKM als kostenintensiver Faktor zukünftig stark vernachlässigt wird und damit die EU als Krisenmanager ins Hintertreffen gerät. Durch die hohen Kosten ist es unmöglich, Grundlagenforschung durch einen Staat an einem Standort durchzuführen. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, dass die großen Staaten Kleinstaaten bei der Forschung in Projekte integrieren, diesen Partnern Teilbereiche überlassen oder in Kleinstaaten (neutral gelegene) Forschungseinrichtungen zu errichten (z. B. Teilchenbeschleunigeranlage CERN in der Schweiz). Dem liegt der Gedanke zu Grunde, dass die Bereitschaft von Staaten, Fähigkeiten aufzugeben und sich auf andere Partner zu verlassen, sich auch im Forschungsbereich positiv auswirkt. Grund dafür ist, dass auch die im kollektiv gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse gemeinsam zu nutzen sind.

3.3. Nationale Auswirkungen von Pooling & Sharing am Beispiel Österreich

Kleinststaaten können Nutznießer und Vermittler bei Rollenspezialisierungen sein

Wie können sich Kleinststaaten wie Österreich bei P&S einbringen? Gerade Staaten wie Österreich bergen großes Potenzial, da sie

1. Durch das strategische Umfeld nicht mehr gezwungen sind, alle Kompetenzen zu erhalten. (Einbettung im EU-Verbund)
2. Die politische Ambition zur Integration und Kooperation in internationalen Partnerschaften vorhanden ist.
3. Der verstärkte Wille zum Sparen gerade auf den Sektor der Sicherheits- und Verteidigungspolitik abzielt. (Heeresreformen)
4. Die jahrzehntelange Erfahrung als neutraler Mediator die nötige Basis schafft, um vorhandenes Konfliktpotenzial zu entschärfen.
5. Die historische Vergangenheit mit seinen Nachbarn bereits große kulturelle Bindungen impliziert. (Österreich-Ungarn; Österreich-Deutschland; Österreich-Tschechien)

Es ist seitens Österreich daher das Bestreben zu erkennen, Kooperationen mit geographisch nahen (Deutschland) oder vergleichbaren kleineren Staaten einzugehen (z. B. Abfangjäger-Übergangsregelung mit der Schweiz 2000-2005; Kooperation neutraler Staaten etc.). Auch die Möglichkeit als Zwischenhändler oder Vermittler von Organisationsvisionen bei Mitgliedsstaaten ist denkbar und praktikierbar.¹⁸

In der Praxis könnte sich Österreich auf Rollenspezialisierungen in den Bereichen Ausbildung, Training und Großübungsflächen konzentrieren. Diese Optionen unterstützen die in der NATO seit Jahren gelebte Praxis von P&S im Bereich Human Resources, welcher an der (länderübergreifenden) NATO-Pilotenausbildung „Euro-NATO Joint Jet Pilot Training“ (ENJJPT) in Texas zu sehen ist. Doch bestehen hier auch schwierige

¹⁸ Vgl. Österreich als aktives Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft. In: Österreichisches Institut für internationale Politik (OIIP), Podiumsdiskussion, Wien, 10.6.2010.

Rahmenbedingungen für die Umsetzung (z. B. der vorerst gescheiterte Versuch der Etablierung eines deutsch-österreichischen Gebirgsausbildungszentrums). Dabei ist oft die Sicherung lokaler Wirtschaftsstandorte und Erhalt von Fähigkeiten wichtiger als Effizienzsteigerung durch P&S. Dieser Umstand zeigt sich auch im internationalen Bereich, so bei der geplanten Fusion des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS mit dem britischen Rüstungsunternehmen BAE Systems.¹⁹

Eine weitere Idee im Sinne von P&S ist es, Fähigkeiten und Kapazitäten zu schaffen, die im Dual-Use sowohl im Entsendestaat als auch für IKKM-Aufgaben eingebracht werden können. Als positives Beispiel kann die Trinkwasseraufbereitung im ÖBH, welche im Rahmen der AFDRU sowohl ins Ausland verlegt als auch für Katastrophen im Inland herangezogen werden kann. Entscheidend ist dabei, dass die Rollenspezialisierung im Rahmen der GSVP von den Partnern auch akzeptiert wird. Eine Rollenspezialisierung kleinerer Staaten z. B. ausschließlich auf Versorgung und Sanitäts-Elemente wäre für diese nicht tragbar.

Ressortübergreifendes Pooling & Sharing rückt in den Fokus

Zu beachten ist, dass ressortübergreifende Kooperation für P&S in zukünftigen IKKM-Szenarien unabdingbar sein wird. Festzumachen ist dies z. B. an der deutschen Kooperation der relevanten Ministerien des IKKM (Außenamt, Verteidigung, Innere Sicherheit und Entwicklung) in Planung, Ausbildung, Verlegung und Datenbankmanagement. In diesen Bereichen geht es darum, Planungsabläufe effizient zu gestalten und Handlungsfähigkeit zu bewahren. Der Dreiklang von Synergie, Spezialisierung und Schnelligkeit im IKKM dominiert die sicherheitspolitische Debatte bereits lange vor Einführung der P&S-Konzeption. Für kleinere Staaten stellen sich dabei zwei Fragen:

- Komme ich durch P&S optimiert heraus?
- Brauche ich jede meiner Fähigkeiten im Einsatz?

¹⁹ Regierung verteidigt deutsche Haltung nach geplatzter EADS-Fusion. "Es war die Pflicht der Bundesregierung, die deutschen Standortinteressen zu wahren". In: Die Welt, 11.10.2012.

Ein nationaler Schulterschluss in Form eines akkordierten gesamtstaatlichen Ansatzes erscheint als Voraussetzung, um sich als Staat bei P&S auf GSVP-Ebene einbringen zu können.

Standardisierung als Voraussetzung von Pooling & Sharing

Gemäß einem Beschluss des European Union Military Committee aus 2008 werden Standards der NATO auch im Rahmen der EU verwendet. Dies stellt eine wesentliche Voraussetzung für P&S auf militärischer GSVP-Ebene dar. Doch sind z. B. auch Innenressorts auf Standards bei Kooperationen angewiesen. Dieses stellt Interoperabilität mit internationalen Standards für Ausbildung und Ausrüstung her. Als Instrument dafür gilt z. B. das CEPOL (European Police College). Jedoch hat man noch immer die kulturelle Brücke zwischen den rein polizeilichen Sicherheitsapparaten (wie in Österreich, Deutschland) und den Sicherheitsexekutiven, die im militärischen Verbund integriert sind (wie in Frankreich und Italien) zu schlagen.

Wichtigster Punkt im Rahmen der nationalen Standardisierungen ist der ressortübergreifende Ansatz, um die Interoperabilität im IKKM-Einsatz auf gesamtstaatlicher Ebene zu gewährleisten. Doch bei den Ansätzen nationaler Ressortkooperationen (z. B. Strategischer Leitfaden Sicherheit und Entwicklung, 3C-Konzept etc.) ist immer auch die Angst vor Kompetenzverlust gegeben.

Rechtliche Unklarheiten bei der Bereitstellung nationaler Fähigkeiten bei Pooling & Sharing

Österreich hat 1978 die konkreten Aufgaben des ÖBH im Verfassungsrang normiert. Die Frage bleibt, ob ein Verteidigungsfall und der Erhalt staatlicher Souveränität mit der substantiellen Integration in die GASP konform und abgedeckt sind. Sollte dies der Fall sein, ist die Auflösung von Teilbereichen bzw. Waffengattungen eine Option. Ist dies jedoch nicht der Fall, so ist die Bundesregierung durch die Regelungen des Bundesverfassungsgesetzes dazu verpflichtet, Streitkräfte in einem Ausmaß und mit den Fähigkeiten zu erhalten, dass alle Aufgaben abge-

deckt werden können.²⁰ Rollenspezialisierung wäre dann nur über die verfassungsmäßigen Bestimmungen hinaus ein Thema und würde so nicht dem Grundgedanken von P&S entsprechen.

Kosten-Nutzen-Rechnung für kleinere Staaten zeigt Relevanz von Transportkapazitäten

Anfang 1996 wurde das erste österreichische Kontingent nach Bosnien-Herzegovina (IFOR) und 1999 in das Kosovo entsendet und seither fortgeführt. Im Vergleich zu dem PfP-Einsatz im Rahmen der ISAF (Afghanistan) in dem mit Masse nur 2002/2005 größere Kontingente entsendet wurden steht der Faktor Entfernung zum Einsatzraum in Verbindung zu dem zur Verfügung gestellten Gerät zur Beurteilung.

Für Staaten wie Österreich ist eine Verlegung in Einsatzräume in der geographischen Nähe zum europäischen Kernland mit größeren Kontingenten auf lange Zeit durchführbar und wirtschaftlich tragbar, wie das Beispiel KFOR zeigt. Unter Bedachtnahme auf die begrenzten eigenen strategischen Transportkapazitäten sind Einsatzräume wie Afghanistan für substantielle österreichische Kontingente deutlich schwieriger zu erreichen und die Abstützung auf P&S daher unverzichtbar.

Drohnen und nicht-letale Waffensysteme von steigender Relevanz für Pooling & Sharing

Zukünftig werden unbemannte Plattformen in Streitkräftestrukturen eine wesentliche Rolle spielen und z. B. kostenintensive Militärflugzeuge zumindest teilweise ersetzen – ob für IKKM-Einsätze, innerhalb der EU oder im jeweiligen Staat selbst bleibt offen.²¹ Es ist auch zu erwarten, dass die Nachfrage nach nicht-letalen Waffensystemen steigen wird. Die Entwicklung, Beschaffung und Bereitstellung solcher Fähigkeiten ist somit in P&S-Konzepte einzukalkulieren. Österreich könnte hier z. B.

²⁰ Borchert, Heiko: Vernetzte Sicherheitspolitik. Politisch-strategische Implikationen eines neuen Leitbildes. In: Strategische Analysen. Büro für Sicherheitspolitik, Wien 2004, S. 8-11.

²¹ Vgl. Ein Drache kann auch fliegen. In: NZZ, 25.9.2012, S. 4.

durch bereits vorhandenes Know-how im Bereich der Drohnenentwicklung gewisse Nischen besetzen und militärstrategische Absichten von Streitkräften mit Interessen privater Firmen bündeln. Hierbei wäre es sicher hilfreich, wenn derartige Systeme im eigenen Heer verwendet würden.

4. Ableitungen

- Eine praktikable Lastenteilung im Sinne von P&S bedingt mehrere Voraussetzungen: (1) Ein klares Ziel (national wie supranational), (2) eine Vertrauensbasis, (3) rechtliche Grundlagen und (4) eine unabhängige Kommission, die aus dem Bedürfnissen der GSVP, den staatlich vorhandenen Ressourcen und politischen Voraussetzungen umsetzbare Schlüsse zieht. Bisherige Initiativen zu P&S haben nicht zu einer gemeinsamen, geteilten Verantwortung für die Entscheidung geführt, welche militärischen Fähigkeiten die EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam zur Verfügung stellen können und wollen. Das zentrale staatliche Bedenken bei P&S, im schlimmsten Falle während eines Einsatzes alleine gelassen zu werden, weil ein Partner seine Truppen zurückzieht, kann als wesentlicher Grund dafür gesehen werden, dass P&S vor allem als Bottom-up-Ansatz auf bilateraler und regionaler Ebene praktiziert wird. Länderübergreifende Projekte auf EDA- oder NATO-Ebene werden ebenfalls gut genutzt, soweit diese mit staatlichen Ambitionen vereinbar sind und Synergieeffekte erzeugen.
- Gesamteuropäische Ansätze im Sinne eines „Whole of System“-Ansatzes, bei dem z. B. die EDA eine von Staaten akzeptierte Führungsrolle übernimmt, erscheinen auf EU-Ebene 2012 nicht realisierbar. Trotzdem wird sich zukünftig kein Staat dem Druck, zu sparen, zu optimieren und Probleme gemeinsam zu lösen, entziehen können. Dabei ist auch der Faktor Zeit einzukalkulieren: Vermisst wird bei P&S eine Langzeitvision und der entsprechende Wille der EU-Mitgliedsstaaten, Gemeinsamkeiten im Rahmen der GSVP zu schaffen.

- Was die staatliche Rollenspezialisierung betrifft, sind 2012 kaum realpolitisch funktionierende Ansätze erkennbar, die von der GSVP-Ebene (strategisch) koordinier- bzw. steuerbar sind. Trotzdem existieren eine Reihe von zivilen und militärischen Fähigkeiten, auf die sich kleinere Staaten konzentrieren könnten: Aufklärung in allen Ebenen, insbesondere Drohnen; schnelle, hochbewegliche Eingreiftruppen mit entsprechendem Schutz; Transport- und Kommunikationssysteme; Cyber Defence; Spezialeinsatzkräfte; logistische Fähigkeiten und nicht zuletzt zivile und militärische Spezialisten für langfristig angelegtes Peacebuilding und vertrauensbildende Maßnahmen.
- Militärisch-technischen Entwicklungszyklen werden auf Grund des rasanten Technologiefortschritts immer kürzer, was dazu führt, dass die derzeitigen militärischen Beschaffungsvorgänge meist mit der Entwicklung im Bereich der Rüstungsindustrie nicht mehr mithalten können. Wird daher danach gestrebt, jeweils das modernste Gerät zu beschaffen, zwingt die Industrie verstärkt dem Militär ihre Produkte auf. In den Beschaffungsvorgängen wäre daher im Sinne von P&S und aus budgetären Gründen unbedingt aufzunehmen, dass vor einer Ausschreibung der internationale Markt geprüft wird, ob ein derartiges Gerät schon auf dem Markt ist und die Einführung einer österreichischen Version zu Gunsten einer Interoperabilität hintangehalten wird.
- Auf internationaler Ebene ist zu ersehen, dass die europäischen Ausgaben für Verteidigung nicht unbedingt zu gering sind, sondern durch parallele industrielle und operative Kapazitäten vergeudet werden. Die Existenz von fünf selbständigen europäischen Herstellern von Kampfflugzeugen macht klar, dass Fusionen bei P&S zukünftig eine wesentliche Rolle spielen werden.

Eine positiver Entwicklung von P&S im Sinne eines prinzipiellen Umdenkens in Richtung einer Teilung von Souveränität zwischen Staat und GSVP (die sich mit Stand 2012 nicht abzeichnet) und der Akzeptanz einer unabhängigen Kommission zur Beurteilung der Potenziale der EU/GSVP als gesamtheitlich agierender internationaler Krisenmanager hätte mehrere Implikationen:

- Es wäre zu erwarten, dass das IKKM effizienter und effektiver im gesamten Aufgabenspektrum wird; die Wirkung im Einsatzraum verbleibt trotz einer funktionierenden Lastenteilung und entsprechender Rollenspezialisierungen von Staaten unsicher.
- Aufgrund historischer Belastungen sowie politischen und kultureller Gegebenheiten wird eine Duplizierung von Kräften für Einsätze im IKKM und im Inland vermutlich unvermeidbar bleiben.

Es sind mehrere Erfordernisse zu berücksichtigen, um P&S auf GSVP-Ebene zur Wirkung zu bringen (nicht taxative Aufzählung): (1) Politische Entscheidungsabläufe von Staaten (z. B. Parlamentsvorbehalt, Ressortprinzip etc.) sollten beschleunigt und harmonisiert werden; idealerweise sollte die Verfügungskompetenz an gemeinsame Instanzen abgegeben werden. (2) Gemeinsame zivil-militärische Führungseinrichtungen im Sinne einer gemeinsamen Planung müssten betrieben werden. (3) Ein gemeinsamer Lessons Learned / Lessons Identified-Prozess muss aufgesetzt werden. (4) Beim Personal muss eine Verpflichtung zum Auslandseinsatz erreicht (dafür wäre in Österreich allerdings eine Verfassungsänderung nötig) und die Mobilität von Begleitmaßnahmen verstärkt werden. (5) Die Sprachausbildung muss bis auf die unteren Führungsebenen ausgebaut und interkulturelle Kompetenz gefördert werden. (6) Schließlich müssen nationale Regelungen für die GSVP-Ebene harmonisiert werden (Administration, gemeinsame Nutzung von Gerät, Geheimhaltungsbestimmungen etc.).

Letztlich führt kein Weg an einer gesamteuropäischen Bestandsaufnahme vorbei, die auf eine umfassende Feststellung der gegenwärtigen zivilen, militärischen und forschungstechnischen Kapazitäten hinausläuft. Daraus ist abzuleiten, was die EU-Mitgliedsstaaten im Verbund im EU-Inland sowie im IKKM leisten können. Erst dann kann realistischere Weise mit Pooling & Sharing im Sinne der GSVP gestartet werden.

Was bedeutet Smart Defense und Pooling & Sharing für die Interkulturalität? Vertrauen als Faktor in der internationalen Zusammenarbeit.

Hans Lampalzer

Der folgende Beitrag basiert auf einem Diskussionspapier vom 15. September 2012. Er diente am 20. September 2012 militärischen sowie zivilen Experten und Expertinnen als Grundlage für einen eintägigen Gedankenaustausch.

Der Artikel bezweckt, einen Aspekt des Leitthemas *Smart Defense und Pooling and Sharing* aus einer interkulturellen Perspektive zu betrachten. Es handelt sich dabei um Vertrauen zwischen Kooperationspartnern. Bestimmend für diese Auswahl war, dass gerade bei einem Wunsch nach mehr Zusammenarbeit und einer damit einhergehenden Abnahme von nationaler Souveränität, Vertrauen als ein Erfolgsfaktor für das Gelingen dieser beiden Initiativen identifiziert werden kann. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung Vertrauen in der internationalen Zusammenarbeit zukommt.

Das erste Kapitel ist einer Einführung in die Thematik gewidmet. Danach werden wesentliche Bedingungen, Begrifflichkeiten sowie Merkmale von Vertrauen im Kontext des Militärs erläutert. Den Abschluss bildet eine fokussierte interkulturelle Perspektive.

Die verwendeten Interviewzitate sind einem Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) entnommen, das der Autor seit 2010 durchführt. Es handelt sich dabei um drei Gruppen von Kooperationspartnern, welche allesamt im Jahre 2011 mittels qualitativer Interviews befragt wurden: Angehörige der Battlegroup 1-2011 in der Standby-Phase, Studierende des Bachelorstudien-

gangs Militärische Führung der Theresianischen Militärakademie vor, während und nach ihrem internationalen Berufspraktikum sowie Offiziere während des Masterstudiengangs Militärische Führung.

Folgende Personen nahmen am bereits besprochenen eintägigen Workshop teil: Mag.^a Anne Hitzegrad (Young SIETAR¹ Germany), Militärse-nior DDr. Karl-Reinhart Trauner, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Bruno Nestler, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Georg Ebner, Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Thomas Widrich.

1. Einleitung

„Ja, Vertrauen ist für mich ganz, ganz was enorm Wichtiges. Immer. [...] Also ohne Vertrauen geht gar nichts. Und Vertrauen ist keine Einbahn. [...] Vertrauen erwirbt man.“²

Mit solchen Worten charakterisierte ein Fähnrich der Militärakademie in einem Interview die Bedeutung von Vertrauen in der Zusammenarbeit. Ausgangspunkt waren seine Erlebnisse von einem Auslandseinsatz und insbesondere vom Verhältnis zu seinem Vorgesetzten.

Auf den ersten Blick mögen dieses Zitat als auch das Thema Vertrauen so gar nicht im Kontext zum heurigen Akademiesymposium stehen, sollen doch Smart Defense und Pooling and Sharing im Zentrum der Überlegungen sein. Bei einer näheren Betrachtung erscheint es jedoch trotzdem angebracht, Vertrauen gerade hier zum Thema zu machen. Dies soll zu Beginn ausgeführt werden.

In einer Presseaussendung vom 27. April 2012 gab der österreichische Bundesminister für Landesverteidigung, Norbert Darabos, bekannt, dass infolge der Ausrichtung der Streitkräfte auf neue Aufgaben rund 750 der

¹ Anm. Society for Intercultural Education, Training and Research.

² IP 10, Abschnitt 54. Anm.: Im diesem Beitrag steht das Kürzel IP für Interviewpartner, die dahinter stehende Zahl zeigt den Interviewabschnitt an.

derzeit 1.150 gepanzerten Fahrzeuge bis 2014 ausgesondert werden.³ Wenngleich also bestimmte Systeme nicht weitergeführt und damit Kenntnisse verloren gehen werden, sollen generell alle Waffengattungen erhalten bleiben. Das Profil soll geschärft werden, so lautet die offizielle Diktion.⁴ Mit solch einer Entscheidung steht Österreich nicht alleine da, haben doch fast alle Staaten mit massiven Einschränkungen der Verteidigungsetats zu kämpfen.

Warum nicht aus der Not eine Tugend machen? So könnte man jene Prämisse bezeichnen, welche sowohl die NATO als auch die EU zu neuen Konzepten inspirierten. Bekanntermaßen ist bereits seit dem NATO-Gipfel von Lissabon im Jahre 2010 bzw. dem EU-Ratsbeschluss vom Dezember 2010 noch mehr Effizienz der eingesetzten Mittel angesagt. Effizienz ist jedoch ein ziemlich oft benutzter und damit auch abgenutzter Begriff. Dieser erscheint nicht gerade dazu geeignet, die Wahrnehmung auf sich zu lenken und einen Aufbruch zu markieren. Das mündete wohl auch in den Begriffsschöpfungen Smart Defense auf Seiten der NATO und Pooling and Sharing auf Seiten der EU. Beide Strategien verfolgen im Kern eine Entscheidung hinsichtlich Priorisierung der nationalen Fähigkeiten, Spezialisierung in Abstimmung mit Partnern und Kooperation im Rahmen eines Verbundes von Gleichgesinnten.⁵

Im Zentrum steht hier die Idee der Kooperation, da damit fehlende eigene Fähigkeiten und Ressourcen ausgeglichen werden können. Kooperation im multinationalen Rahmen ist insgesamt nichts Neues im Militär. Allianzen wurden stets temporär geschmiedet und ein Rückblick auf das

³ Vgl. Presseaussendung „Nationaler Sicherheitsrat (1) – Darabos: Bundesheer an neue Herausforderungen anpassen vom 27. April 2012, unter http://www.bmlv.gv.at/journalist/pa_body.php?id=2753&timeline=3, [11.06.2012].

⁴ Anm. Siehe dazu auch die IntKomm-Info, Interne Kommunikation 2012/Nr. 11 vom 03. Juni. 2012 „Bundesheer schärft sein Profil. Alle Waffengattungen bleiben bestehen.“

⁵ Vgl. „The constituents of Smart Defence“, NATO A-Z, unter http://www.nato.int/cps/en/SID-860DF0C8-59C4F628/natolive/topics_84268.htm?, [12.06.2012].

20. Jahrhundert mit den Machtblöcken der NATO und WAPA ruft diese Idee deutlich in Erinnerung.⁶

In einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Mai 2012 zum Thema Pooling and Sharing wird festgehalten, dass bereits seit langem Kooperationsprojekte im Verteidigungsbereich existieren und ihre Zahl derzeit an die 100 beträgt. 60 Prozent der Projekte werden dabei von fünf oder weniger Mitgliedsländern getragen und 20 Prozent sind lediglich bilateraler Natur. Der Autor, Christian Mölling, wirft jedoch ein, dass Sparen selten der wirkliche Anlass für Kooperation war, sondern die gemeinsame Nutzung von Ausrüstung oder das Schließen einer Fähigkeitslücke viel eher im Zentrum standen. Kritisch führt er an, dass der wesentliche Unterschied zwischen den bisher gelebten Kooperationen und Pooling and Sharing als auch Smart Defense im bewussten Verzicht auf politische Souveränität besteht.⁷ Souverän zu sein impliziert immer auch ein mehr oder weniger hohes Maß an Unabhängigkeit zu besitzen. Diese aufzugeben oder auch nur Teile davon abzutreten fällt naturgemäß schwer und ist nicht populär.

Insbesondere das Militär stellt seit jeher ein nationales Symbol dar und Regierungen tendieren noch immer dazu, hier Unabhängigkeit zu erhalten. Untersucht man die Reform- und Transformationsbemühungen der Staaten, so zeigt sich, dass nach wie vor sehr oft nationale Ziele und Interessen verfolgt werden und die Koordination mit Partnern nicht die Norm darstellt.⁸ So argumentiert auch Jakob Henius. Er führt aus, dass die technischen Aspekte der Zusammenarbeit und Implementierung von Smart Defense lösbar sind. Woran es scheitert, ist vielmehr der politische Wille. Anstatt zu kooperieren und damit wirklich relevante militärische Fähigkeiten zu erhalten, ist keine Kooperation für nationale Regierungen noch immer eine Option. Auch dann, wenn die nationale Souveränität in der Realität nur mehr eine sehr eingeschränkte Rolle spielt.⁹ Auf die geänderte Bedeutung der Souveränität geht auch eine Analyse

⁶ Vgl. Lang, 2001, (zit. nach: Gareis, 2006, S. 360).

⁷ Mölling, 2012, S. 2-3, unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A25_mlg.pdf, [12.06.2012].

⁸ Vgl. Gareis, 2006, S. 360.

⁹ Henius, 2012, S. 19.

des niederländischen *Advisory Council on International Affairs* im Jänner 2012 ein. Unter dem Titel *European Defence Cooperation, Sovereignty and the Capacity to Act* heißt es in dem Bericht, dass nationale Souveränität ein Schlüsselkonzept des Völkerrechts darstellt, welches letztendlich den nationalen Anspruch, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, ausdrückt. Darüber hinaus zeugt es auch davon, dass Nationen generell keine höhere Macht als sich selbst anerkennen. In Zeiten der Globalisierung erscheint jedoch solch eine Auslegung von Souveränität nicht mehr zeitgemäß, da ein Beharren auf autonomen Entscheidungsprozessen das Risiko in sich birgt, an internationalem Einfluss und damit Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren.¹⁰

2. Vertrauen - Bedingungen, begriffliche Grundlagen und Merkmale

Um *Pooling and Sharing* - die neue „*technokratische Wunderwaffe gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit*“¹¹ - einsetzen zu können, bedarf es folglich eines hohen Maßes an Vertrauen in Kooperationspartner. In der wissenschaftlichen Diskussion wird Vertrauen aus unterschiedlichsten Perspektiven betrachtet. Wie Kasper-Führer und Ashkanasy darlegen, ist Vertrauen kein „*einfaches Phänomen*“, sondern es umfasst diverse Konstrukte (u.a. Ethik, Moral, Gefühle, Werte) sowie unterschiedliche Disziplinen (u.a. Philosophie, Wirtschaft, Kommunikationswissenschaften, Sprachwissenschaft, organisationales Verhalten, Computerwissenschaft).¹²

Sehr grob kann Vertrauen als „*ein soziales Phänomen, das eine Beziehung zwischen einem Vertrauensgeber (Vertrauenssubjekt) und einem Vertrauensnehmer (Vertrauensobjekt) in einem sozialen Kontakt impliziert*“¹³, beschrieben werden. Mit dem Vertrauen verhält es sich allerdings so, dass es nicht befohlen oder einseitig herbeigewünscht werden

¹⁰ Vgl. Advisory Council on International Affairs (AIV), 2012, S. 11-13.

¹¹ Mölling, 2012, S. 1, unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A25_mlg.pdf, [12.06.2012].

¹² Vgl. Kasper-Fuehrer/Ashkanasy, 2001, S. 237-238.

¹³ Späth/Jedrejczyk, 2008, S. 112.

kann. Gegenseitigkeit und Prozesshaftigkeit sind wesentliche Charakteristika, wie die Aussage zu Beginn verdeutlicht. Darüber hinaus ergeben sich noch folgende wesentliche Bedingungen für Vertrauen:

Erstens, Wollen und Können des Vertrauensnehmers. Der Vertrauensgeber vertraut darauf, dass der Partner z.B. die benötigten Kapazitäten für den Einsatz zur Verfügung stellt oder seine Kräfte im Einsatzraum belässt bzw. prinzipiell in der Lage ist, die ihm zugewiesenen Aufträge zu meistern. Bewusst wurde hier das Szenario Einsatz herangezogen, da damit die weiteren Bedingungen klar erkennbar sind: Vertrauen ist nur dann von Bedeutung, wenn ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Vertrauensgeber und Vertrauensnehmer sowie eine Situation der Ungewissheit und Verwundbarkeit existiert.¹⁴ Unter Ungewissheit ist hier die Nichtvoraussehbarkeit des Handelns des Vertrauensnehmers zu verstehen, unter Verwundbarkeit - die besondere Stellung des Vertrauensgebers, da bei ihm ein Verlust eintreten kann.¹⁵ Wie Späth und Jedrejczyk ausführen, ist in der Literatur insbesondere die Verwundbarkeit des Vertrauensgebers das zentrale Element des Vertrauenskonstrukts.¹⁶ Verwundbarkeit ist auch für Smart Defence und Pooling and Sharing ein Kernthema. McDonald weist im Kontext der NATO darauf hin, dass wohl bei Artikel 5 Anlässen, das heißt einer unmittelbaren Attacke auf ein Mitgliedsland, noch genügend Solidarität vorhanden wäre, um die Einschränkungen der Spezialisierung zu überwinden. Bei den für das Bündnis wesentlich realistischeren Nicht-Artikel 5-Szenarien würde jedoch im Falle einer Absage einzelner Nationen das Zusammenstellen einer Streitkraft einem Puzzlespiel gleichen.¹⁷

McDonald greift als ein besonders plakatives Beispiel das tschechisch geführte ABC-Abwehr Bataillon heraus und fragt, wie wohl die Allianz reagieren würde, wenn Tschechien einem Einsatz aus nationalen Gründen nicht zustimmt und der Einsatz von akuter ABC-Bedrohung gekennzeichnet ist. Henius unterstreicht, dass vermutlich der politische

¹⁴ Vgl. Möllering/Sydow, 2005, S. 70, (zit. nach: Späth/Jedrejczyk, 2008, S. 112).

¹⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶ Späth/Jedrejczyk, 2008, S. 113.

¹⁷ Vgl. McDonald, 2012, S. 34.

Druck auf jene Staaten zunehmen würde, die nationale Autonomie und Souveränität aufrechterhalten wollen und hinterfragt gleichzeitig auch, wie viel Souveränität in solch einem Fall noch erhalten bleibt. Erscheinen also einerseits Ängste des Gefangenseins (*fears of entrapment*) in einem Kooperationsbündnis als Folge von Smart Defence realistisch, so sind andererseits auch Ängste des Ausgeschlossen Seins (*fear of abandonment*) in Betracht zu ziehen. Dies insbesondere dann, wenn Bündnispartner national bestimmt handeln und der Wunsch zu partizipieren aufgrund von fehlendem Vertrauen abgelehnt wird.¹⁸

In Weiterverfolgung solch eines Szenarios stellt Henius ebenso die Frage, ob alle Bündnispartner bei politisch-strategischen Entscheidungsfindungsprozessen mit der gleichen Stimme ausgestattet werden sollen? Oder wäre es nicht fair und legitim die Verfügbarkeit von Kapazitäten für die Allianz hier einzubeziehen?¹⁹ Spätestens hier wird klar und sichtbar, wer wem traut bzw. wie Vertrauen sich in politischer Vorzugsstellung und Macht niederschlägt.

Die Möglichkeit von Sanktionen in sozialen Beziehungen greift auch Luhmann aus dem Blickwinkel von Vertrauen auf. Er führt an, dass in sozialen Zusammenhängen, welche durch „*relative Dauer der Beziehung, wechselnde Abhängigkeiten und ein Moment der Unvorhersehbarkeit*“ gekennzeichnet sind – all dies trifft auf Kooperationen in Rahmen von Pooling and Sharing sowie Smart Defence zu – günstige Voraussetzungen für das Entstehen von Vertrauensbeziehungen gegeben sind. Bestimmend dafür ist das „*Gesetz des Wiedersehens*“, das heisst, dass „*die Beteiligten einander immer wieder in die Augen blicken [müssen]*“, was normalerweise Vertrauensbrüche erschwert. Infolge der Antizipation extremer Möglichkeiten wirken Sanktionsmöglichkeiten stabilisierend auf Interaktionen.²⁰

Wie aus den eben skizzierten Ausführungen zu entnehmen, ist Vertrauen somit ein überaus relevanter Begriff. Ein wesentliches Charakteristikum

¹⁸ Vgl. Henius, 2012, S. 20.

¹⁹ Vgl. ebenda.

²⁰ Vgl. Luhmann, 2009, S. 46.

ist, dass Vertrauen zwischen verschiedenen Akteuren seine Bedeutung besitzt. Beispielsweise können hier Institutionen, wie eine andere Nation, internationale Organisationen, die politische Führung, Kommanden, Rüstungspartner, die Bevölkerung oder einzelne Individuen genannt werden. In dem Zusammenhang sind ebenso verschiedene Ebenen anzusprechen, wo Vertrauen von Bedeutung ist. Sei es nunmehr eine politische Ebene, oder eine militärstrategische Ebene, wo Kriterien für eine Auswahl von Kooperationspartnern angestellt werden oder aber auch die taktische Ebene, wo Soldaten gemeinsam Aufträge ausführen. Wenn nunmehr unterschiedliche Akteure und Ebenen miteinander kooperieren sollen, dann impliziert dies gleichsam verschiedene Phasen einer Zusammenarbeit. Auch hier ergibt sich ein Konnex zu Vertrauen, da dieses schrittweise gebildet werden muss und einem Prozess unterliegt.

Wurde bislang der sicherheitspolitische Kontext betrachtet, so wird nunmehr auch die interpersonale Ebene betrachtet. Ausgangspunkt ist dabei eine Einführung in begriffliche Grundlagen und Merkmale von Vertrauen. Der Fokus liegt insbesondere auf der „muddy boots-army“-Perspektive²¹, also der Sichtweise jener Soldaten, die im Einsatz und auf Übungen vor Ort ihren Beitrag zum Gelingen einer Mission liefern.

Der Begriff des Vertrauens rührt aus dem Althochdeutschen „sih fertrûen“ und fand im Mittelhochdeutschen „*vertriuwen*, *vertrûwen* bzw. *vertrewen*“ seine Fortsetzung. Im Neuhochdeutschen wird erstmals auch die heutige Form „vertrauen“ verwendet.²² Das Deutsche Wörterbuch der Brüder Grimm enthält eine ganze Reihe an Einträgen zu diesem Begriff.²³ Die vorhin bereits angesprochene Prozesshaftigkeit bzw. Differenzierung findet z.B. semantisch eine Entsprechung, indem zwischen „trauen“ und „vertrauen“ unterschieden wird. Während man einem Menschen traut und ihm damit nichts Böses zutraut, vertraut man jemandem, wenn man mit Sicherheit Gutes erwartet.

²¹ McCormick, 1998, nach Soeters/Winslow/Weibull, 2003, S. 238.

²² Vgl. Grimm/Grimm, unter <http://woerterbuchnetz.de/DWB/?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GV05547>, [15.06.2012].

²³ Anm.: Sämtliche Einträge entstammen ebenso der oa. Internetquelle.

Gutes zu erwarten ist ein wesentlicher Aspekt, wenn es um die Auswahl von Kooperationspartner geht und Gutes kann hier als übereinstimmende Interessen und politischer Handlungswillen interpretiert werden. Beispielhaft sei auf das gemeinsame High Readiness Forces Headquarters (HRFHQ) des 1. Deutsch-Niederländischen Korps verwiesen, welches nur bei einem gemeinsamen Beschluss beider Staaten verlegt werden kann. Unterschiedliche Interessen können die Beziehungen und das Vertrauensverhältnis nachdrücklich beeinträchtigen. Der niederländische Bericht führt als wichtige Auswahlfaktoren den politischen Entscheidungsfindungsprozess, die strategische Kultur und die Bereitschaft eines Landes, Risiko bei der Entsendung von eigenen Truppen zu übernehmen, an.²⁴

Eine ebenso mit dem Symposium ganz unmittelbar im Zusammenhang stehende Bedeutung wird sichtbar, wenn „*vertrauen*“ im Sinne „*anvertrauen*“ verwendet wird. Nach Campe besitzt Anvertrauen einen bestimmteren Charakter als Vertrauen. Es wird die Übergabe oder das Anheimstellen betont, man vertraut jemandem z.B. ein Amt an, legt es gleichsam in jemandes Hände. Noch deutlicher ist hier der reflexive Gebrauch, im Sinne des „*sich anvertrauen*“, wie es realpolitisch die Luftraumsicherung der baltischen Staaten betrifft. Estland, Lettland und Litauen haben sich bereits im Jahr 2004 entschlossen, ihren Luftraum in die Obhut der NATO zu übergeben. Dieses Beispiel macht auch offensichtlich, dass Vertrauen nicht nur in eine Person, sondern auch in Organisationen - unabhängig von ihrer Form - erfolgen kann.

Die hohe Bedeutung von „*vertrauen*“ lässt sich ebenso anhand der mittelhochdeutschen Periode nachvollziehen, wo dies für „*verloben*“ oder „*vermählen*“ stand. In der Lutherbibel wird *vertrauen* durch „*vermählen*“ ersetzt und meint ursprünglich „*verpflichten*“ sowie „*geloben*“. Bis zur heutigen Zeit ist dieser Kontext erhalten geblieben, geloben doch im Zuge der Trauung die Partner einander die Treue. Vom besonderen Verhältnis zwischen Menschen zeugt auch das Partizip „*vertraut*“, welches synonym durch „*in engen Beziehungen stehend, genau bekannt und intim*“ verwendet werden kann. Interessanterweise spiegeln sich in die-

²⁴ Vgl. Advisory Council on International Affairs (AIV), 2012, S. 11-13.

sen drei Begriffen auch die unterschiedlichen behavioralen, kognitiven und affektiven Anteile wider. Wendet man sich dem Substantiv „*Vertrauen*“ zu, so verdeutlicht Wolff, dass dieses einen hohen Grad an Hoffnung ausdrückt.²⁵

Neben der sprachlichen Betrachtung sollen nunmehr wesentliche Merkmale von Vertrauen angeführt werden, die ungeachtet der zahlreich vorhandenen Definitionen existieren. Wie Schweer ausführt, weist Vertrauen vier Hauptcharakteristika auf: Risiko, Reziprozität, Zeit und Bereichsspezifität. Risiko ist in diesem Zusammenhang so zu verstehen, dass Vertrauenshandlungen immer mit Risiko behaftet sind: Der Vertrauensgeber nimmt bewusst das Wagnis in Kauf, dass sein Vertrauen missbraucht wird. Kontrolle wird abgegeben und damit eine Vorleistung getätigt.²⁶

Ein Beispiel dafür lieferte ein Staboffizier, welcher im Kosovo einen Auslandseinsatz absolvierte. Als Pionieroffizier hatte er eine Unterstützungsleistung für eine zivile Firma sicherzustellen und schilderte sein erstes Treffen wie folgt:

„Dann hat es die erste Verbindungsaufnahme gegeben. Man fährt dort hin, in die Fabrik. Natürlich auch eine gewisse Unsicherheit, was erwartet einen da, wie ist der, wie soll ich mit dem umgehen? Aber ein gewisses Rüstzeug kriegt man ja mit, dass man einmal grundsätzlich höflich, zuvorkommend und eher zurücknehmend einmal ist. Bevor es überhaupt einmal losgeht.“²⁷

Interessant ist in diesem Beispiel die Verwendung der zwei Eigenschaftswörter: So beschreibt der Offizier sein Verhalten unter anderem als zuvorkommend und eher zurücknehmend, was bildlich einer Vor- und Rückwärtsbewegung gleichkommt. „Zuvorkommend“ wird im Kern

²⁵ Vgl. Grimm/Grimm, unter <http://woerterbuchnetz.de/DWB/?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GV05547>, [15.06.2012].

²⁶ Schweer, 2008, S. 14.

²⁷ IP 27, Abschnitt 10.

als ein Entgegenkommen hinsichtlich der Wünsche und Gedanken verstanden, also eine aktive Vorleistung gegenüber einer anderen Person.²⁸ „Eher zurücknehmend“ kann hier als ein Raumgeben und damit auch als eine Einschränkung interpretiert werden.

Dieser hier skizzierte Vertrauensvorschuss ist jedoch nicht dauerhaft gegeben, sondern es wird eine Gegenleistung, reziprokes Verhalten, erwartet. Wenngleich das Ausmaß der Gegenleistung beim Vertrauensnehmer unterschiedlich ausfallen kann, so muss es insgesamt den Vertrauensgeber zufrieden stellen und neue Impulse auslösen. Meist fühlt sich dieser verpflichtet, eine erneute Vertrauenshandlung zu setzen. Man spricht von einer „reziproken Eskalation“, die dadurch zu einem Beziehungsaufbau führt.²⁹ Sehr gut ist die Reziprozität erneut an den Aussagen des Fähnrichs der Militärakademie zu erkennen. Er versetzt sich in die Kommandantenrolle und nimmt wie folgt Stellung:

„Wenn ich als Kommandant nicht glaubwürdig und ehrlich bin, dann wird mir keiner vertrauen. So ist das. Meine Untergebenen genauso. Wenn die nicht glaubwürdig sind oder ehrlich, dann vertrau ich ihnen auch nicht. Und so gesehen, eigentlich eine ganz einfache Regel aber auch was ganz was Wichtiges. [...] Ehrlichkeit und Vertrauen.“³⁰

Zeit für den Vertrauensaufbau, die schrittweise Annäherung der PartnerInnen ist das dritte Merkmal. Vertrauenshandlungen werden nicht nur aneinandergereiht, sondern nehmen auch an Intensität zu, damit Vertrauen Stabilität erlangt. Ein Unteroffizier der EU-Battlegroup berichtet zum Aspekt wie folgt:

²⁸ Vgl. Grimm/Grimm, unter <http://woerterbuchnetz.de/DWB/?sigle=DWB&mode=Vernetzung&hitlist=&patternlist=&lemid=GZ11039>, [18.06.2012].

²⁹ Vgl. Schweer, 2008, S. 14.

³⁰ IP 10, Abschnitt 54.

„Vertrauen, das sag ich, ergibt sich dann, wenn man im Einsatzraum ist und wenn man mit denen zusammenarbeitet. Ich sag, es dauert, zwei, drei Wochen, dann hat man das Gewisse heraußen.“³¹

Interessant ist die Feststellung, dass man nach einer Zeit das Gewisse heraußen hat. Das „Gewisse“ ist von seiner semantischen Bedeutung mit dem „*was gewusst, bekannt, als Tatsache erkannt und festgestellt ist*“³² in Verbindung zu bringen und unterstreicht seinerseits die Prozesshaftigkeit und zunehmende Intensität des Vertrauensaufbaus. Als Resultat kann jemand dann als vertrauenswürdig eingestuft werden, wenn das Risiko des Missbrauchs nicht mehr oder kaum gegeben ist. Darüber hinaus kann dieses Beispiel auch insofern interpretiert werden, dass ab diesem Zeitpunkt ein gemeinsames Verständnis des Auftrags vorhanden ist, was das Entstehen einer Gruppenidentität fördert.³³

Als viertes Merkmal führt Schweer die Bereichsspezifität an. Er geht davon aus, dass der Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen nicht nur individuell stark variiert, sondern auch vom Lebensbereich dominiert ist. Üblicherweise ist der familiäre Bereich von einem höheren Maß an Vertrauen gekennzeichnet als der berufliche.³⁴ Im Kontext des Militärs ist hier jedoch eine besondere Situation gegeben, da Vertrauen in Vorgesetzte sowie Untergebene für das Funktionieren des Gesamtsystems notwendig ist. In einem Einsatzfall trägt Vertrauen auch wesentlich zum eigenen Überleben bei.

³¹ IP 02, Abschnitt 74.

³² Grimm/Grimm, unter <http://woerterbuchnetz.de/DWB/?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GG14738>, [09.09.2012].

³³ Anm. Kasper-Fuehrer und Ashkanasy verweisen darauf, dass für die Entwicklung von Vertrauen ein „common business understanding“ von hoher Bedeutung ist. Vgl. Kasper-Fuehrer/ Ashkanasy, 2001, S. 244-246.

³⁴ Vgl. Schweer, 2008, S. 14.

3. Interkulturelle Perspektive

Bis dato wurden an dieser Stelle oftmals Beispiele angeführt, die zwar einem Auslandsszenario entnommen wurden, jedoch trotzdem in einem intrakulturellen Umfeld passierten. Was macht nun die Besonderheit in einem interkulturellen Kontext aus? Wie Busch anführt, zeichnet sich die Interkulturalität dadurch aus, dass sie „für potentielle Verunsicherung in der zwischenmenschlichen Kommunikation [sorgt]“. ³⁵ Ein weiteres Kennzeichen der Interkulturalität besteht darin, dass Menschen mit unterschiedlichen Wertesystemen und Kommunikationsformen aufeinandertreffen, was zu Missverständnissen führen kann. Dies kann auch das Entstehen von Vertrauen beeinträchtigen. Im ungünstigsten Fall werden ebensolche Irritationen nicht angesprochen und anstelle von Vertrauen entsteht Misstrauen. ³⁶ Exakt jener Aspekt kann gerade in einem militärischen Einsatz höchste Relevanz erlangen.

Im Folgenden soll Vertrauen im Lichte eines Einsatzszenarios beurteilt werden. Vorab erscheint es allerdings sinnvoll, sich mit einigen relevanten Charakteristika des Militärs zu beschäftigen. Dazu zählt, dass das Militär unter anderem sowohl durch das äußerlich klar erkennbare hierarchische System, als auch durch Befehl und Gehorsam gekennzeichnet ist. Aus Sicht der Vertrauensforschung ist dies relevant, da der „Grad der Symmetrie der Beziehungsstruktur“ für den Vertrauensprozess eine wichtige Rolle spielt. Wie Schweer ausführt, sind viele Alltagsbeziehungen durch eine formale Machtungleichheit geprägt. Darüber hinaus ist auch der „Grad der Freiwilligkeit der Beziehungen“ beim Militär determiniert. Personen bzw. Organisationseinheiten sind aufgrund der ihnen übertragenen Aufgaben gezwungen, zusammenzuarbeiten und müssen auch gegen ihren Willen Arbeitsbeziehungen aufrechterhalten.

Ein Beispiel dafür schildert ein Studierender des FH-Masterstudiengangs, welcher bereits viel Auslandserfahrung aufweist. Er unterstreicht in seinen Ausführungen den Zwang, im Einsatz mit anderen Nationen zusammenarbeiten zu müssen. Im Lichte der bereits dargestell-

³⁵ Busch, 2008, S. 27.

³⁶ Schweer, 2008, S. 23.

ten Charakteristika von Vertrauen kommt hier vor allem die eigene Verwundbarkeit deutlich zu tragen.

„Also das Wichtigste war einmal das, dass man sich auf sehr viele Leute verlassen hat können. Das heißt, wenn wir mit den Deutschen irgendwo zusammengearbeitet haben und da war ein Fixpunkt ausgemacht, wo man eben wieder aufgenommen wird, dann hat das auch gepasst. Und was noch wichtig ist, ist eben, die Kameradschaft gewesen unten, die was sich unten gleich einmal voll ändert. Weil man eben gezwungen ist, unter Anführungszeichen, zusammenzuarbeiten. Das war auch sehr wichtig für mich“.³⁷

Wie können multinationale Streitkräfte gebildet sein? Die „horizontale“ Form der Zusammenarbeit war bis in die 1990er Jahre charakteristisch. Sie zeichnete sich durch „eher lockere Verbindungen von horizontal nebeneinander angeordneten Streitkräftekontingenten verschiedener Nationen“³⁸ aus. Eine Zusammenarbeit passiert in solch einem Fall meist auf der Führungsebene und benötigt gut ausgebildete Stabsoffiziere. Mit der Schaffung von multinationalen Verbänden, wie z.B. der Deutsch-Französischen Brigade, änderte sich die Form hin zu einer vertikalen Form der Zusammenarbeit („vertikale Integration“). Diese heute gängige Form steht nicht nur für multinationale Führungs- und Entscheidungsstrukturen sondern auch für die Durchmischung auf der Ausführungsebene.³⁹

Im militärischen Alltag existiert jedoch neben diesen Idealtypen eine Reihe von weiteren Modellen der multinationalen Zusammenarbeit.⁴⁰ Für Österreich ist aktuell das so genannte „Framework-Modell“ von Bedeutung, welches sowohl bei der Battlegroup 1-2011 als auch 2-2012 zum Einsatz gelangt. In beiden Fällen agierten verschiedene Nationen als Truppensteller, jedoch übernahm ein Staat führungstechnische oder

³⁷ IP 10, Abschnitt 88.

³⁸ Gareis, 2005, S. 158.

³⁹ Vgl. Gareis, 2005, S. 159.

⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 162.

logistische Verantwortung. So auch Österreich, das in der zweiten Jahreshälfte 2012 die logistische Verantwortung für die mit Deutschland, Tschechien, Kroatien, Irland und Mazedonien gebildete Battlegroup trägt.

Wie in der Einführung beschrieben, wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts auch Angehörige der Battlegroup 1-2011 zu ihren Erfahrungen befragt. Als erste nationale Einheit stand dabei eine Infanteriekompanie unter der Aufstellungsverantwortung des Jägerbataillons 17 in Strass, ausgestattet mit Mannschaftstransportpanzern „Pandur“ im Einsatz. Die Führung der Kampfgruppe lag in den Händen der Niederlande, darüber hinaus verstärkten Kräfte aus Deutschland, Finnland und Litauen die Kampfgruppe. Die Vorbereitung für die sechsmonatige Standby-Phase im ersten Halbjahr 2011 umfasste eine nationale Vorbereitung im zweiten Halbjahr 2010, bei der alle österreichischen Teile zusammengezogen wurden. In diesem Zeitraum kam es auch zu einem Kennenlernen der anderen Kampfgruppenteile und zu einer ersten gemeinsamen Übung, der Rhino 1, in Holland im September/Oktober 2010. Im Februar 2011 – also knapp nach Beginn der Standby-Phase – wurden österreichische Soldaten der EU-Battlegroup interviewt und zu ihren Eindrücken bezüglich der Zusammenarbeit befragt. Die Interviewpartner berichteten hier von einem schrittweisen Annähern, wie dies erstmalig im Rahmen einer Waffen- und Geräteschau passierte.

„Es war vor der eigentlichen Übung in Holland [...] wo ein Stationsbetrieb von den Holländern organisiert wurde. An dem unter anderem auch die Österreicher mit Stationen beteiligt waren und wo halt ein Großteil des Bataillons diverse Stationen durchlaufen ist. Und der Hintergrund dieser Aktion war, dass die holländischen Züge mit Masse, also bei den österreichischen Stationen laufen, beziehungsweise die Österreicher genau umgekehrt bei den holländischen. Der Sinn und Zweck waren das gegenseitige Kennenlernen ein bisschen. Was für eine Ausrüstung hat der andere, wie schaut der aus, was kann der? Und ein bisschen natürlich so ins

Gespräch kommen. Also das war eine Sache, die glaube ich sehr gut war, einfach so als Einstimmung“.⁴¹

Unter anderem kamen die Interviewpartner auch zum Thema Vertrauen zu sprechen. Ein Soldat schilderte dabei Gespräche im Kameradenkreis wie folgt:

„Also unser Problem ist halt - und das hat man in Holland dann gemerkt - man wird nur ernst genommen als Armee oder als Soldat, wenn man Einsatzerfahrung hat. Das haben uns die Franzosen in Mitrovica [Anm. Der Interviewpartner greift auf Erfahrungen eines Auslandseinsatzes zurück] auch gezeigt, indem sie uns, sagen wir so, die Hintereinfahrt sichern haben lassen, sie mit den Deutschen vorne gestanden sind und in Holland hat man das auch gehört. Und die Holländer haben selber gesagt, bevor sie also bevor sie von den Briten und Amerikanern ernst genommen worden sind, also, hat es einmal Tote geben müssen und ein Feuergefecht haben müssen. Das hat man immer wieder gehört. Und sie haben [so eine Erfahrung] selber gebraucht in Afghanistan.“⁴²

„Weil wir hinterher gesprochen haben [...] dass, wenn es zum Einsatz kommen sollte, dass immer, [...] dass wir uns eigentlich klar sind, dass wahrscheinlich der holländische Bataillonskommandant uns nicht an erster Stelle nach vor schicken wird. Also das Gefühl haben wir gehabt. Ich muss aber sagen, ich glaub, dass wir sehr gut ausgebildet sind. Wir haben sehr viel gemacht. Wir waren die Einzigen die auch CRC [Anm. Crowd and Riot Control] fähig waren. Da hat man ein Lob gekriegt, auch vom holländischen Kommandanten. Aber ich glaube im Gefecht, fehlt das Vertrauen uns gegenüber. Erstens, weil wir wenig zusammen geübt ha-

⁴¹ IP 05, Abschnitt 66.

⁴² IP 06, Abschnitt 10.

*ben und weil wir keine Einsatzerfahrung haben, also im scharfen Schuss“.*⁴³

Die geringe gemeinsame Übungstätigkeit und die fehlende Einsatzerfahrung werden hier als Kriterium für fehlendes Vertrauen interpretiert. An dieser Stelle muss auf Parallelen zur Literatur verwiesen werden: Drei Faktoren – „*geteilte soziale Normen, wiederholte Interaktionen und geteilte Erfahrungen*“ – unterstützen das Entstehen von Vertrauen.⁴⁴ All diese sind zu jenem Zeitpunkt nicht oder kaum ausgeprägt, was damit die Hypothese des Soldaten logisch erscheinen lässt. An der Wortwahl des Soldaten ist auch ein gewisses Maß an Frustration zu erkennen, was sich mit Forschungserkenntnissen von Schweer deckt. Dieser führt aus, dass Vertrauensdefizite typischerweise durch Verhaltensstrategien kompensiert, die zwischen Aggressivität und Resignation pendeln.⁴⁵

Wenngleich es ausdrücklich fern liegt, dieses eine Beispiel als repräsentativ für die Zusammenarbeit zu bezeichnen, zeigt es nicht nur generell die Herausforderungen multinationaler Einsätze sehr treffend auf, sondern rückt noch stärker Vertrauen als ein Auswahlkriterium für Kooperationen in den Vordergrund. Explizit führt das niederländische Advisory Council on International Affairs an, dass bei der Festlegung von Partnern die folgenden Faktoren berücksichtigt werden sein müssen: politischer Entscheidungsfindungsprozess, strategische Kultur, politische Bereitschaft Risiken in Kauf zu nehmen sowie Risikoprofil bei Entsendungen. Des Weiteren wird empfohlen, dass im Falle einer „*role and task specialisation*“, wo die größte Abhängigkeit vorherrscht, auch eine hinreichende gemeinsame Einsatzerfahrung vorliegen sollte.⁴⁶ Insbesondere letztere lässt das Vertrauen in einen Partner steigen oder sinken.

Die beschriebene Situation im Auslandseinsatz als auch das Gefühl des Soldaten während der Übung der EU-Battlegroup waren aus der Sicht des Teilnehmers von fehlendem Vertrauen gekennzeichnet, führten je-

⁴³ IP 06, Abschnitt 14.

⁴⁴ Bradach/Eccles, 1988; Lewis/Weigert, 1985; Mayer et al., 1995 (zit. nach Jarvenpaa/Leidner, 1999).

⁴⁵ Vgl. Schweer, 2008, S. 19.

⁴⁶ Vgl. Advisory Council On International Affairs (AIV), 2012, S. 50.

doch nicht offensichtlich zu einem unmittelbaren Konflikt. In einem anderen Beispiel berichtete ein Offizier davon, dass im Zuge eines Morgenbriefings statt der englischen Sprache die holländische verwendet wurde. Dies war einem Ausschluss gleichzusetzen und führte zu einem Konflikt. Als „*ziemlich distanziert*“⁴⁷ bezeichnete der Interviewpartner das Vertrauensverhältnis. Das offensichtliche Fehlen von Vertrauen bedingt nach Luhmann das Entstehen von Misstrauen, da dies als „*funktionales Äquivalent für Vertrauen*“⁴⁸ fungiert.

*„Einmal bin ich bei einer Besprechung aufgestanden und bin gegangen. Bei so einem Morgenbriefing. Ich hab mich rein gesetzt und der S2 hat auf Englisch begonnen und der stellvertretende Bataillonskommandant hat gesagt: ‚Auf Holländisch!‘ Na gut, bin ich gegangen. Das haben sie aber nachher verstanden.“*⁴⁹

Dieses Exempel kann auch aus einer interkulturellen Perspektive für kulturspezifische Erkenntnisse zur Konfliktforschung herangezogen werden. Der amerikanische Wissenschaftler Mitch Hammer untersuchte, inwiefern Konfliktstile kulturell bedingt sind und entwickelte dazu ein Assessment Tool („*Intercultural Conflict Style Inventory*“)⁵⁰. Hammer geht davon aus, dass Meinungsverschiedenheiten unterschiedlich, als Folge der kulturellen Prägung, ausgetragen werden. Während manche Personen zu einer expliziten und direkten Kommunikation neigen, drücken andere ihre Gedanken indirekt aus. Ebenso lässt sich eine Unterscheidung dahingehend ausmachen, wie offen oder verdeckt Emotionen in Konfliktsituationen dargelegt werden. Daraus ergab sich eine Unterteilung in die zwei Dimensionen „*direct/indirect*“ und „*emotionally expressive/emotionally restrained cultural approaches*“. Wie Hammer herausfand, wird Vertrauen in emotional expressiven Kulturen je nach wahrgenommenem affektiven Engagement entwickelt. Das bedeutet, dass es entscheidend ist, Emotionen auch auszudrücken und nicht nur

⁴⁷ IP 10, Abschnitt 88.

⁴⁸ Luhmann, 2009, S. 324.

⁴⁹ IP 07, Abschnitt 28.

⁵⁰ Hammer, 2005.

davon zu sprechen, da sonst Vertrauen auch verloren gehen kann. Umgekehrt wird in emotional verhaltenen Kulturen Vertrauen durch Kontrolle der Emotionen entwickelt. Kontrolliert zu handeln schließt auch ein völliges Verbergen der Emotionen ein. In solchen Kulturen zieht ein Gesichtsverlust einer der Konfliktparteien auch einen Entzug von Vertrauen nach sich.⁵¹

Welchen Beitrag kann nunmehr interkulturelle Kompetenz zum Vertrauensaufbau leisten? Einen Ansatz leistet ein Interviewpartner des FH-Masterstudiengangs, indem er einen Zusammenhang herstellt. Er vergleicht interkulturelle Kompetenz mit sozialer Kompetenz und betont die Notwendigkeit sowohl im In- als auch im Ausland. Markant ist hier, dass interkulturelle Kompetenz gleichsam als Vorbedingung dafür gesehen wird, Erfahrungen preiszugeben und sich zu öffnen.

„Und im Inland oder auf den Schulen sagt man das ist ja die soziale Kompetenz und eben mit anderen Kulturen ist es eben nicht nur soziale Kompetenz, weil es ja nicht das soziale Umfeld ist, das eigentliche, sondern wird eben quasi zur interkulturellen Kompetenz.“⁵²

„Das ist eh im nationalen und im internationalen Bereich im Prinzip gleich. Wenn man wen kennt, kann man gewisse Dinge einfach abkürzen oder leichter machen von der Vorgehensweise. Und vor allem eben dieser Erfahrungsaustausch. Weil keiner plaudert aus dem Nähkästchen im Prinzip, wenn man keine Basis, keine gemeinsame, irgendwo findet. Und die kann man sicher nur finden jetzt wieder, eigentlich über diese Kompetenz im Prinzip. Weil sonst kann ich keine gemeinsame Basis herstellen.“⁵³

⁵¹ Hammer, 2005, S. 10-11.

⁵² IP 24, Abschnitt 2.

⁵³ IP 24, Abschnitt 22.

Wenn hier der Interviewpartner interkulturelle Kompetenz mit sozialer Kompetenz vergleicht, dann lässt sich dieser Zugang sehr oft bei der Beschreibung notwendiger Teilkompetenzen interkultureller Kompetenz ausmachen. Wie Rathje ausführt, ergibt sich diese Logik insofern, da „*interkulturelle Interaktion eine Teilmenge sozialer Interaktion darstellt*“⁵⁴ und daher soziale Kompetenz notwendig ist. Einschränkend für eine Gleichsetzung beider Kompetenzen ist jedoch, dass solch ein Ansatz genau die oftmals wahrgenommenen Spezifika interkultureller Interaktionssituationen verhindert.⁵⁵

4. Conclusio

Wie versucht wurde aufzuzeigen, sind Pooling and Sharing und Smart Defense mehr als alte Formen der Kooperation durch Abhängigkeiten und damit durch einen hohen Bedarf an Vertrauen gekennzeichnet. Das politische und militärische Handlungsumfeld, welches sich durch unterschiedliche Werte, Vielfalt und Heterogenität auszeichnet, rückt Fremdheitserfahrungen in den Vordergrund. Interkulturelle Kompetenz stellt dabei kein Allerheilmittel zur Lösung von Gegensätzen und Überwindung von Hindernissen dar. So kann es in keiner Weise z.B. fehlende fachliche oder strategische Kompetenzen der Akteure wettmachen. Interkulturelle Kompetenz kann allerdings helfen, und hier sei auf Ausführungen von Rathje verwiesen, dass aus den zahlreich vorhandenen unbekanntem Differenzen, bekannte werden. Das Erkennen der eigenen kulturellen Prägung ist dazu ein wesentlicher Baustein. Damit kann Normalität und Kohäsion erzeugt sowie letztlich Kultur gestiftet werden.⁵⁶ Dies trägt dazu bei, effektiver zu kommunizieren, Vorurteile und Missinterpretationen hintanzuhalten sowie Konflikte zu entschärfen oder aufzuklären. Wertschätzung und Vertrauen als wesentliche Kriterien für eine funktionierende Zusammenarbeit können damit aufgebaut bzw. wieder hergestellt werden.

⁵⁴ Rathje, 2006, S. 6.

⁵⁵ Vgl. ebenda.

⁵⁶ Rathje, 2006, S. 13ff.

Literatur

ADVISORY COUNCIL ON INTERNATIONAL AFFAIRS (AIV) (2012): European Defence Cooperation. Sovereignty and the Capacity to Act. No. 78. The Hague

BUSCH, Dominic, (2008): Wie kann man Vertrauensprozesse in sprachlicher Interaktion beobachten und beschreiben? In: JAMMAL, Elias: Vertrauen im interkulturellen Kontext. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

GAREIS, Sven Bernhard (2006): Multinationalität als europäische Herausforderung. In: GAREIS, Sven Bernhard und KLEIN, Paul (Hrsg.) Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 360 – 373

GRIMM Jacob und Wilhelm, Deutsches Wörterbuch unter <http://woerterbuchnetz.de/DWB/?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GV05547>, abgerufen am 12. Juni 2012

HAMMER, Mitch R. (2005): The intercultural conflict style inventory: A conceptual framework and measure of intercultural conflict resolution approaches. International Journal of Intercultural Relations, volume 29, pp. 675-695

HENIUS, Jakob und McDONALD, Jacopo Leone (2012): Smart Defense: A Critical Appraisal. NDC Forum Paper. NATO Defense College, Rom

JARVENPAA, Sirka L. (1999): Communication and Trust in Global Virtual Teams, Organization Science, Vol. 10, No. 6, Special Issue: Communication Process for Virtual Organizations (Nov.-Dec. 1999), pp. 791-815 unter <http://www.jstor.org/stable/2640242>, abgerufen am 21. August 2012

KASPER-FUEHRER, Eva C. und ASHKANSY, Neal M. (2001): Communicating trustworthiness and building trust in interorganizational virtual organizations. In: Journal of Management 27 (2001), S. 235-254

LANG, Stefan J. (2001): Multinationalität im Spannungsfeld zwischen Tradition und Integration und im Hinblick auf die künftige Verteidigungspolitische Entwicklung innerhalb der NATO. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 14 (6), S. 755-759

LUHMANN, Niklas (2009): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 4. Auflage Lucius & Lucius, Stuttgart

MÖLLING, Christian (2012): Pooling and Sharing in EU und NATO; Europas Verteidigung braucht politisches Engagement, keine technokratische Lösungen. In: SWP-Aktuell 25, Mai 2012 unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A25_mlg.pdf, abgerufen am 12. Juni 2012

RATHJE, Stefanie (2006): Interkulturelle Kompetenz – Zustand und Zukunft eines umstrittenen Konzepts. In: Zeitschrift für interkulturellen Fremdsprachenunterricht (ZIF) 11 (3) unter <http://www.stefanie-rathje.com/index.php?id=downloads#c77>, abgerufen am 06. September 2012

SCHWEER, Martin K.W., (2008): Vertrauen und soziales Handeln – Eine differentialpsychologische Perspektive. in. JAMMAL, Elias: Vertrauen im interkulturellen Kontext. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

SOETERS, Joseph L, WINSLOW, Donna J, WEIBULL, Alise (2003): Military Culture. In: CAFORIO, Giuseppe (Ed.): Handbook of the Sociology of the Military. Kluwer Academic/Plenum Publishers, New York, pp. 2

Zusammenfassung

Dietmar Pfarr

Die Landesverteidigungsakademie veranstaltete am 21. September 2012 ein Symposium zum Thema „Smart Defense und Pooling & Sharing als Herausforderung für Streitkräfte im 21. Jahrhundert“. Dabei wurde in fünf Arbeitsgruppen internationale und nationale Experten eingeladen, über die Auswirkungen auf und hinkünftige Mitgestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Smart Defense / Pooling & Sharing durch das ÖBH zu reflektieren und ihre Ergebnisse zu präsentieren. Beleuchtet wurden in insgesamt fünf Arbeitsgruppen zuerst die Umsetzung von EU Initiativen im Bereich Pooling & Sharing sowie deren Chancen für das österreichische Bundesheer. Ebenso wurde untersucht, wie die NATO und UN diesen Initiativen gegenüberstehen. Eine dritte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den praktischen Auswirkungen von Smart Defense und Pooling & Sharing auf Streitkräfteplanung, Führung, Logistik und Ausbildung im ÖBH, während eine weitere Gruppe die Folgen für das internationale Krisenmanagement beleuchtete. Eine fünfte Arbeitsgruppe versuchte zu ergründen, was Smart Defense und Pooling & Sharing für die Interkulturalität bedeuten könnten.

Die **Arbeitsgruppe 1** beschäftigte sich mit der Umsetzung von EU-Initiativen im Bereich Pooling & Sharing sowie deren Chancen für Europa und das ÖBH. Ausgangspunkt der Überlegungen war der sicherheitspolitische Wandel seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, der dadurch gekennzeichnet ist, dass ein Staat alleine nicht mehr in der Lage ist, ausreichende Maßnahmen und Instrumente zu entwickeln, um allen Herausforderungen unilateral begegnen zu können. Dies hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die staatliche Souveränität. Diese entwickelt sich in Richtung Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung anderer um dadurch eigene Ziele, nun jedoch auf der nächsten höheren Ebene, zu erreichen.

Dies bedeutet für Österreich diese Entscheidungsfindungsprozesse aktiv mit zu beeinflussen und dazu beizutragen, dass die EU auch in GASP und der GSVP ein glaubhafter internationaler Akteur wird. Pooling & Sharing ermöglicht nun den einzelnen Staaten bei immer knapper werdenden Verteidigungsbudgets kosteneffizienter zu arbeiten und durch Effizienzsteigerung Kosten zu sparen. Darüber hinaus erlaubt Pooling & Sharing auch sich Expertisen anzueignen, die im Alleingang nicht erworben werden könnten. Derzeit sind die einzelnen Pooling & Sharing Initiativen der Mitgliedstaaten der Union noch ungenügend koordiniert und beschränken sich auf rein militärische Aktivitäten.

Als Handlungsempfehlungen schlägt die Arbeitsgruppe u.a. vor, den vertraglichen Rahmen, den der Vertrag von Lissabon bietet vermehrt auszuschöpfen. Ebenso wird die Erstellung einer European Defense Review angeregt, die Fragen der einzugehenden Risiken oder des Ausmaßes der Unabhängigkeit insbesondere gegenüber den USA beantwortet. In diesem Zusammenhang wäre die Erstellung eines Weißbuches zur Verteidigung hilfreich. Bezogen auf Österreich wird die Verabschiedung der entsprechend angepassten Sicherheitsdoktrin, die sich derzeit im Parlament befindet, empfohlen. Österreich sollte einen „top down“ Ansatz aktiv mitgestalten, da es als Kleinstaat vom Pooling & Sharing mehr gewinnen als verlieren kann. Letztendlich wäre das role-sharing seitens Österreichs aktiv zu beurteilen und die damit verbundenen Fragen der Übernahme von Fähigkeiten für Partner durch Österreich und die Wahrnehmung von Fähigkeiten durch Partner zu beantworten.

Die **Arbeitsgruppe 2** erörterte die Smart Defense Initiative der NATO. Diese will durch Priorisierung, durch Spezialisierung und durch multinationale Lösungen eine höhere Effizienz bei gleichem Geldmitteleinsatz erreichen. Die Initiative wurde im Mai 2012 beim Gipfeltreffen in Chicago verabschiedet und in weiterer Folge wurden mehr als 20 multinationale Gemeinschaftsprojekte beschlossen, die sich in etwa 120 Einzelprojekte unterteilen. Viele dieser auf dem Chicago-Gipfel präsentierten Projekte bestehen jedoch bereits und haben nur ein neues Etikett verliehen bekommen.

Die von der Arbeitsgruppe behandelten Fallbeispiele einer vertieften Kooperation in Europa zeigen, dass die regionale militärische Kooperation hauptsächlich auf bilateraler und auch auf regionaler Ebene stattfindet anstatt auf der Ebene der NATO oder der EU. Vor allem die nordischen Länder betrachten beide Organisationen – insbesondere die EU – auf Ebene der Streitkräfte als zu kompliziert, zu groß und zu langsam. Die führenden Militärmächte in Europa, Großbritannien und Frankreich, sehen vor allen eine Rollenspezialisierung skeptisch. Sie sehen die Gefahr, dass sich andere Verbündete im Zuge der Smart Defense weiter bei Investitionen in Mittel und Fähigkeiten zurückziehen und als „Trittbrettfahrer“ von der Smart Defense Initiative Nutzen ziehen wollen, ohne sich selbst daran zu beteiligen. Insbesondere die Angst in einem Einsatz alleine gelassen zu werden, weil ein Partner seine Truppen zurückzieht (Fear of Entrapment) und die Gefahr, nicht in einen Einsatz gehen zu können, weil ein Partner mit dringend benötigten Fähigkeiten daran nicht teilnimmt (Fear of Abandonment) sind hier anzusprechen.

Bezogen auf die Vereinten Nationen wurden von der Arbeitsgruppe deren Friedenserhaltenden Einsätze beleuchtet. Die Vereinten Nationen schuf 1965 ein „Special Committee in Peacekeeping Operations“. Dieses Komitee wird heute in der Kurzform C.34 bezeichnet. Seine Aufgabe ist es sich mit einer umfassenden Betrachtung der friedenserhaltenden Einsätze in allen ihren Aspekten zu befassen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der EU wurde im Jahr 2003 ein Verbindungsbüro in Brüssel eingerichtet. Auch die Vereinten Nationen beschäftigen sich im Rahmen ihrer Einsätze mit Kostenminimierung und Effizienzsteigerung. Die angesprochenen Initiativen von Smart Defense und Pooling & Sharing werden dabei jedoch vor allen aus Sicht eines „Konsumenten“ und „Nutznießers“ gesehen und deren Ergebnisse in die eigenen friedenserhaltenden Einsätze eingebaut. Dabei wird im Gegensatz zu früher nicht mehr eine Kooperationen mit zivilen Firmen gesucht, sondern vermehrt auf die Fähigkeiten der VN-Mitgliedstaaten zurückgegriffen, die finanziell abgegolten werden. Ein mit den Initiativen vergleichbarer Prozess wird kurz- bzw. mittelfristig von den Vereinten Nationen nicht angestrebt.

Die **Arbeitsgruppe 3** ging der Frage nach welche Auswirkungen Pooling & Sharing auf die Streitkräfteplanung, Führung, Logistik und Ausbildung im öBH hat. Ausgangspunkt der Überlegungen war das deutsch – schwedische Grundsatzpapier, die sogenannte Ghent-Initiative vom Herbst 2010, auf dessen Grundlage seitens des BMLVS „Initial Findings“ an das EU-Militärkomitee in Brüssel weitergeleitet wurden. Bezogen auf die Streitkräfteplanung ist für den jeweiligen Grad der verteidigungspolitischen Integration und des Kooperationsniveaus ist vorab eine entsprechende politische Entscheidung notwendig.

Da eine aktive Beteiligung Österreichs am Smart Defense Konzept der NATO-Mitglieder aus politischen und NATO-internen Gründen als nicht machbar erscheint, bietet sich für Österreich vor allen die Pooling & Sharing Initiative der Europäischen Union als Kooperationsplattform an. Hier erscheint es zweckmäßig, einen bilateralen bzw. einen multilateralen Ansatz mit nur wenigen Partnern (regionales Engagement) zu wählen, da die unterschiedliche Einstellung zu Pooling & Sharing seitens der EU-Partner eine alle EU-Mitgliedstaaten umfassende Kooperation nur bedingt erlauben. Ebenso ermöglicht dieser Ansatz, die Fähigkeitsentwicklung des öBH, abgestimmt auf eigene Interessenslagen, für alle abgeleiteten verteidigungspolitischen Aufgaben betreiben zu können. Neben Synergien und Kosteneffizienz ist dadurch die Möglichkeit gegeben, die Handlungsfähigkeit des ÖBH im vollen Spektrum zu erhalten bzw. sogar zu vergrößern. Einschränkend hält die Arbeitsgruppe jedoch fest, dass auch das ÖBH Fähigkeitsbereiche für andere Partner wird mit abdecken müssen, was, je nach Integration auch eine Beschränkung des eigenen Handlungsspielraumes zur Folge haben kann. Kritisch angemerkt wird auch, dass in Österreich der Prozess der Fähigkeitsentwicklung aufgrund der zurzeit nicht vorliegenden bzw. politisch nicht akkordierten Grundlagenpapiere wie zum Beispiel die Österreichische Sicherheitsstrategie, auf unsicheren Fundamenten steht.

Als Lösung für diese Situation wird angeregt, dass sich das öBH auf den Bereich einer gemeinsamen Ausbildung konzentriert, wobei hier einschränkend festgehalten wird, dass dann Kostenersparnisse und Budgetentlastungen nicht möglich erscheinen. Der Bereich Führung verlangt nach Ansicht der Arbeitsgruppe die Aufrechterhaltung der Fähigkeit zur

Erstellung eines Lagebildes. Dies bedeutet somit eine Vorhaltung nationaler Fähigkeiten und Kapazitäten. Pooling & Sharing ist in diesem Bereich daher nur bedingt und für einzelne Fähigkeiten möglich. Für die Logistik und hier wurde der Bereich der Rüstungskooperation näher untersucht, ist festzuhalten, dass, um eine gewisse Interoperabilität zu erreichen, eine frühzeitige Harmonisierung der Fähigkeitsanforderungen erforderlich ist. Hier nutzen das öBH und das BMLVS die vorhandenen Möglichkeiten, Grenzen ergeben sich durch die zunehmende Komplexität von Waffensystem. Bezogen auf die Ausbildung erscheint dieser Bereich für die Arbeitsgruppe als derjenige, in dem am schnellsten und einfachsten eine multinationale Kooperation herstellbar ist. Seitens BMLVS wird dieser Bereich vorrangig verfolgt, da das öBH in bestimmten Bereichen eine unbestritten hohe Wissenskompetenz aufweist. Um aber als Lead-Nation im Bereich Ausbildung akzeptiert zu werden, bedarf es auch einer entsprechenden Einsatzerfahrung, insbesondere von robusteren Einsätzen. Daher wäre Österreich angehalten, sich auch an Einsätzen höherer Intensität zu beteiligen, da sonst in diesem Bereich aufgrund der fehlenden Aufgaben- und Fähigkeitsteilung kein besonderes Einsparungspotenzial für das öBH lukrierbar ist. Zusammenfassend hält die Arbeitsgruppe fest, dass Pooling & Sharing für Österreich in einem hohen Integrationsgrad erst nach Vorliegen grundlegender und verbindlicher strategischer Grundlagen und sicherheitspolitischer Ausrichtung als sinnvoll erscheint. Bis dahin erscheint es zielführender, nur in geringe Abhängigkeiten zu treten und eigene Fähigkeiten in breiterem Spektrum vorzuhalten, was allerdings auch dazu führt, dass kurzfristig keine signifikanten Einsparungspotenziale und Synergien zu erwarten sind.

Die **Arbeitsgruppe 4** untersuchte die Frage, inwieweit Pooling & Sharing Auswirkungen auf das internationale Krisenmanagement und zivilmilitärische Einsätze Österreichs hat. Hervorgehoben wurde in einem ersten Schritt das Spannungsverhältnis zwischen der Bewahrung der nationalstaatlichen Souveränität einerseits und der Abgabe von staatlicher Macht und Kompetenzen andererseits. Hier wurde herausgearbeitet, dass die Nationalstaaten grundsätzlich offen sind für eine Kooperation und eine Spezialisierung, jedoch nur dann wenn für sie die Vorteile überwiegen. Hinzu kommt, dass im Sinne ähnlicher sicherheitspoliti-

scher Interessen, Kulturen, rechtlicher Rahmenbedingungen und innerstaatlicher Entscheidungsprozesse derzeit der Trend Richtung zwischenstaatlicher Kooperation geht, der jedoch einen gesamteuropäischen Ansatz im Sinne der GSVP unterläuft. Betont wird dabei vom Autor, dass auf GSVP-Ebene der Faktor „Vertrauen“ seiner Meinung nach nicht ausreichend verankert ist, insbesondere dann wenn es um Rollenspezialisierung und einem damit verbundenen Verlust eigener nationalstaatlicher militärischer Fähigkeiten geht.

Wenn die Streitkräfteentwicklung auf europäische Füße gestellt werden soll, bedarf es einer unabhängigen Kommission, die die Chancen, Ambitionen und Fähigkeiten im Sinne von Pooling & Sharing auf europäischer Ebene koordiniert und bündelt. Die Europäische Verteidigungsagentur ist dazu nicht in der Lage. Pooling & Sharing ist auch in einer erweiterten Begriffsdefinition zu verstehen, soll den aktuellen Tendenzen im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement Richtung vermehrter Polizeieinsätze oder Sicherheitssektorreform Rechnung getragen werden. Im Bereich der Rüstungswirtschaft sind nach Ansicht der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Vorteile für Firmen des Truppenstellers wichtiger als Pooling & Sharing. Grund dafür ist, dass die Zahl der Rüstungsanbieter steigt und gleichzeitig die Forschungsbudgets der Staaten sinken, wodurch die Rüstungsindustrie das Militär in der Forschung abgelöst hat.

Als Herausforderungen von Pooling & Sharing bezogen auf das internationale Krisen- und Konfliktmanagement sieht die Arbeitsgruppe vor allem die Chance die ein koordinierter Ansatz bieten könnte. Hier geht es vor allem darum, dass ein unabhängiger Kontrollmechanismus eingeführt wird, der ein unkontrolliertes und vor allem einseitiges nationalstaatliches Abrüsten verhindert, wodurch die anderen Staaten ungewollt zum „Spezialisten“ werden. Durch die Koordinierung wird auch sichergestellt, dass die jeweilige nationalstaatliche Rollenspezialisierung durch die anderen Partner akzeptiert und nicht als „Trittbrettfahrertum“ verstanden wird. Darüber hinaus ermöglicht diese Koordination ermöglicht auch eine Langzeitvision für Pooling & Sharing, die derzeit nicht erkennbar ist.

Die **Arbeitsgruppe 5** beschäftigt sich in seinem Kapitel mit Vertrauen als Faktor in der internationalen Zusammenarbeit. Grundlage ist ein vom Autor durchgeführtes Forschungsprojekt an der Landesverteidigungsakademie, welches nun auf den Bereich Pooling & Sharing projiziert wurde. Um Pooling & Sharing erfolgreich durchführen zu können, bedarf es eines hohen Maßes an Vertrauen zwischen den Kooperationspartner. Vertrauen ist dabei sowohl von einer Gegenseitigkeit als auch von einer Prozesshaftigkeit determiniert.

Gerade bezogen auf ein Einsatzszenario – gemeint ist hier jedoch nicht der unmittelbare bewaffnete Angriff auf einen Staaten und das Inkrafttreten einer Bündnisverpflichtung, sondern die internationale Zusammenarbeit z.B. im Rahmen einer EU-Mission oder eines Nicht-Artikel 5-Einsatzes im Rahmen der NATO – zeigen sich einige „Unsicherheiten“ zwischen einem Vertrauensgeber und einen Vertrauensnehmer. Hier gilt es nämlich im Rahmen der Streitkräftekontingentierung weitere Fragen mit zu berücksichtigen: Werden nationale Interessen eine Kontingentssteller berührt?, Was passiert, wenn ein potenzieller Partner aus nationalen Gründen an einem Einsatz nicht teilnehmen will und gerade dessen Fähigkeit unabdingbar für den Einsatz ist?, Sollen bei der Entscheidungsfindung auch die Partner mit stimmen, die sich an dem Einsatz nicht beteiligen?, Welches Risiko ist ein Staat bei der Entsendung von eigenen Truppen bereit zu übernehmen?. Die Arbeitsgruppe bezieht sich in ihren Ausführungen jedoch nicht nur auf das Vertrauen zwischen Staaten oder Organisationen sondern analysiert auch das Entstehen von Vertrauen innerhalb von multinationalen militärischen Verbänden. Sie nennt dies „vertikale Integration“.

Diese Form der Zusammenarbeit ist dadurch gekennzeichnet, dass nicht nur multinationale Führungs- und Entscheidungsstrukturen bestehen, sondern auch Durchmischung auf der Ausführungsebene stattfindet. Hier entsteht Vertrauen vor allen durch drei Faktoren – geteilter sozialer Normen, wiederholter Interaktionen und geteilter Erfahrungen. Insbesondere letzteres, die gemeinsame Einsatzerfahrung, lässt das Vertrauen in einen Partner steigen oder sinken.

Glossar

Jürgen Kotzian

Hinweise zum Glossar

Das Glossar beinhaltet die wichtigsten Fachbegriffe und Bezeichnungen, wie sie in den Artikeln des vorliegenden Bandes verwendet werden. Es will und kann in diesem Umfang keine umfassende und systematische Darstellung der Thematik Pooling & Sharing bzw. Smart Defense sein, jedoch wird man schon beim Durchsehen der wenigen Glossarseiten bereits einen Eindruck von der Materie erhalten können.

Die Stichworteinträge beinhalten zunächst die Form der Benennung, wie sie im vorliegenden Band vorzugsweise verwendet wird, ungeachtet ob auf Englisch oder Deutsch, da die Frage der Sprache angesichts des hohen Internationalisierungsgrades des Themengebietes in den Hintergrund treten kann.

Wo in den Texten Abkürzung und Vollform gleichberechtigt auftreten, werden auch beide Formen als Stichwort angeführt um das Auffinden beider Formen im Glossar zu ermöglichen. Deutsche und Englische Bezeichnungen sind mittels Schrägstrich getrennt, Abkürzungen sind in Klammer angeführt.

Die Ausführungen in der Spalte *Definition/Erklärung/Anmerkung* sind in den allermeisten Fällen den Beiträgen direkt entnommen. Die Seitenangaben in Klammer verweisen – teilweise exemplarisch – auf die jeweiligen Textstellen.

Jene Begriffe, die auch als Stichwörter im alphabetischen Verzeichnis vorkommen, sind durch Fettdruck gekennzeichnet. Teilweise Überschneidungen und scheinbare Doppelungen bei Definitionen und Begriffserklärungen sind als positive Redundanzen beibehalten worden.

Auf ein extra Quellenverzeichnis für das Glossar wird verzichtet, weisen doch die Autoren in ihren Beiträgen ihre Quellen bereits nach. Darüber hinausgehende Quellen werden direkt in der Spalte *Definition/Erklärung/Anmerkung* in Klammer beigelegt.

Begriff/Abkürzung	Definition/Erklärung/Anmerkung
ABC	Atomar, Biologisch, Chemisch. Vgl. CBRN
ACT	Siehe Allied Command Transformation
AFDRU	Siehe Austrian Forces Disaster Relief Unit
AGS	Siehe Alliance Ground Surveillance
Alliance Ground Surveillance (AGS)	in Aufbau befindliche weltweit einsetzbare luftgestützte Gefechtsfeldaufklärung und – überwachung der NATO. Ähnlich wie bei AWACS soll AGS von mehreren NATO-Mitgliedstaaten gemeinsam als Kernfähigkeit beschafft und auch unterhalten werden. Voraussichtliches Erreichen der Einsatzfähigkeit 2017, 5 Drohnen vom Typ Global Hawk. (Siehe S. 45)
Allied Command Transformation (ACT)	Siehe S. 47
ATARES	Air Transport Air Refuelling and Exchange of other Services (Siehe S. 25)
AU	African Union (Siehe S. 69, 73)
Austrian Forces Disaster Relief Unit (AFDRU)	die Katastrophenhilfe-Einheit des ÖBH (Siehe S. 117)
AWACS	Airborne Warning and Control System (Siehe S. 45f., 89)
BG	Battle Group, siehe EU Battle Group
Burden sharing / Lastenaufteilung	Lastenaufteilung zwischen Amerikanern und Europäern in der NATO. (Siehe S. 40)
C.34	Kurzform für das SCPKO , bezugnehmend auf seine 34 Mitgliedsstaaten (Siehe S. 68f.)
CBRN	Chemical, Biological, Radiological, Nuclear (Siehe S. 63, 94)
CEPOL	European Police College (Siehe S. 118)
CEUMC	Chairman of the EUMC (Siehe S. 81)
C-IED	Counter Improvised Explosive Devices (Siehe S. 25)

CSIS	Center for Strategic & International Studies (Siehe S. 60)
DCI	Defence Capabilities Initiative (Siehe S. 38)
DFS	Department for Field Support (UNO) (Siehe S. 70)
DPKO	Department for Peacekeeping Operations (UNO) (Siehe S. 70)
EAC	Siehe Europaen Airlift Centre
EACC	Siehe European Air Transport Coordination Cell
EBO	Siehe Effects Based Operations
EDA / EVA	European Defence Agency / Europäische Verteidigungsagentur (Siehe S. 22f.)
Effects Based Operations (EBO)	Streitkräftegemeinsam kämpfen transformierte Streitkräfte nach dem Prinzip der Wirkungsorientierung (Effects Based Operations – EBO). Der Gegner wird dabei in seinem materiellen und nicht-materiellen Umfeld als System betrachtet. (Siehe S. 35)
EFT	Eurofighter Typhoon (Siehe S. 95)
ENJJPT	Euro-NATO Joint Jet Pilot Training (Siehe S. 117)
EPM	Effective Procurement Methods (Siehe S. 26)
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Siehe S. 17ff.)
EU Battle Group	European Union Battle Group (Siehe S. 84, 86)
EUBG	Siehe EU Battle Group
EUMC	EU Military Committee (Siehe S. 81)
EUMM	EU Monitoring Mission (Siehe S. 106)
EUMS	EU Military Staff (Siehe S. 81, 111)
EUPOL	EU Police Mission (Siehe S. 106f.)
Europaen Airlift Centre (EAC)	Vgl. European Air Transport Coordination Cell / EACC (Siehe S. 39)

European Air Transport Coordination Cell (EACC)	Europäische Lufttransport Koordinationszelle, seit 2002 einsatzfähig, mit dem Ziel, koordiniert Menschen und Material rasch und in großen Mengen in Krisengebiete transportieren zu können. Ging ab 2004 in dem European Airlift Centre (EAC) und schließlich seit 2010 im Europäischen Lufttransportkommando in Eindhoven auf. Klassisches Pooling . (Siehe S. 39)
EVA	Europäische Verteidigungsagentur, siehe EDA
FAC	Forward Air Controller (Siehe S. 94)
Fears of abandonment	Angst eines Kooperationspartners, nicht in den Einsatz gehen zu können, weil ein Partner mit dringend benötigten Fähigkeiten nicht teilnimmt (Siehe S. 62)
Fears of entrapment	Angst eines Kooperationspartners, in einem Einsatz allein gelassen zu werden, weil ein Partner seine Truppen zurückzieht (Siehe S. 62)
FHT	Field Humint Team, Field Human Intelligence Team (Teams zur Personenbefragung und Nachrichtengewinnung im Einsatzraum) (Siehe S. 93)
Framework-Modell	Form der multinationalen Zusammenarbeit, bei der z.B. je eine Nation die führungstechnische bzw. logistische Verantwortung übernimmt. Diese Form der Zusammenarbeit kommt bei den EU-Battlegroups zum Tragen. (Siehe S. 138)
FRONTEX	European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (Siehe S. 107)
GASP/GSVP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik / Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Siehe S. 20f.)

Genter Rahmen	Ghent Framework for Pooling & Sharing (Siehe S. 40)
GFSS	Global Field Support Strategy (Siehe S. 71)
Horizontale Form der Zusammenarbeit	Bis in die 1990er Jahre charakteristische Form der Zusammenarbeit, welche sich durch eine eher lockere Verbindung von horizontal nebeneinander angeordneten Streitkräftekontingenten verschiedener Nationen auszeichnete. (Siehe S. 138)
HumAss	Humanitarian Assistance Missions (Siehe S. 66)
IED	Improvised Explosive Device, vgl. C-IED
IKKM	Internationales Krisen- und Konfliktmanagement (Siehe S. 99ff.)
Inseln der Zusammenarbeit	Engere Kooperationen von Ländern innerhalb von NATO und EU (z. B. NORDEFAC, Visegrad-4) (Siehe S. 63)
Interkulturelle Kompetenz / Intercultural Competence	The appropriate and effective management of interaction between people who, to some degree or another, represent different or divergent affective, cognitive, and behavioral orientations to the world. These orientations will most commonly be reflected in such normative categories as nationality, race, ethnicity, tribe, religion, or region. To a large extent, therefore, intercultural interaction is tantamount to intergroup interaction. It is important to point out, however, that groups do not interact – individuals interact. (Spitzberg, B. H. (1989). “Issues in the development of a theory of interpersonal competence in the intercultural context”. <i>International Journal of Intercultural Relations</i> , 13, 241-268.) (Siehe S. 92, 123, 143f.)

ISAF	International Security Assistance Force (Siehe S. 45, 74, 109)
ISR	Intelligence, Surveillance, Reconnaissance (Siehe S. 43)
ISTAR	Intelligence, Surveillance, Target Acquisition, and Reconnaissance (Siehe S. 89)
JISR	Joint Intelligence, Surveillance and Reconnaissance (Siehe S. 45)
LI / LL	Lessons Identified / Lessons Learned (Siehe S. 96, 122)
LRÜ	Luftraumüberwachung (Siehe S. 94)
LTV	Long Term Vision (Siehe S. 32)
MoU	Memorandum of Understanding (Siehe S. 46)
NAM	Siehe Non-Allied Movement
NAMSA	Siehe NSPA
Niche Capabilities / Nischenfähigkeiten	Selten eingesetzte Fähigkeiten können effizienter bereitgestellt werden, wenn nur eine Nation diese besitzt und sie den Partnernationen zur Verfügung stellt z. B. Bereitstellung der ABC -Abwehrfähigkeiten durch die Tschechische Republik im Rahmen der NATO. Vgl. Role sharing . (Siehe S. 85)
Non-Allied Movement (NAM)	Bewegung der Blockfreien Staaten (Siehe S. 67)
NORDAC	Nordic Armament Cooperation (Siehe S. 49)
NORDCAPS	Nordic Coordinated Arrangement for Military Peace Support (Siehe S. 49)
NORDEFECO	Nordic Defence Co-operation / Nordische Verteidigungskooperation. Gemeinsame umfassende militärische Kooperationsstruktur zwischen Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden, Übereinkommen von 2009. (Siehe S. 49)

NORDSUP	Nordic Supportive Defense Structures (Siehe S. 49)
NSPA	NATO Supply and Procurement Agency (vormals NAMSA) (Siehe S. 93)
OCCAR	Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement (Organisation für die gemeinsame Rüstungszusammenarbeit) (Siehe S. 23)
OPCOM	Operational Command (Siehe S. 68) The authority granted to a commander to assign missions or tasks to subordinate commanders, to deploy units, to reassign forces, and to retain or delegate operational and/or tactical control as the commander deems necessary. (AAP-6)
P&S	Siehe Pooling & Sharing
PCC	Police Contributing Countries (Siehe S. 68)
PKO	Peacekeeping Operations / Friedenserhaltende Einsätze (Siehe S. 86)
Pooling	ist die dauerhafte Bereitstellung nationaler Fähigkeiten zur Verwendung durch eine multinationale Struktur bei der die Entscheidungshoheit beim jeweiligen Mitgliedstaat verbleibt z.B. das Movement Coordination Center Europe in Eindhoven (NL) (Siehe S. 14)
Pooling & Sharing (P&S)	Bündelung und gemeinsame Nutzung. Pooling: Zusammenlegen von Fähigkeiten und Strukturen, welche sich für Kooperationen eignen, ohne große Abhängigkeiten zu schaffen. (Role and Task) Sharing: Gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten und Strukturen, bei denen wechselseitige Abhängigkeiten und Verlässlichkeiten akzeptiert werden können. Konzept der EU. Vgl. Smart Defense (Siehe S. 79ff.)

Pooling of capabilities / Pooling von Fähigkeiten	Pooling von Fähigkeiten ist die dauerhafte Bereitstellung nationaler Fähigkeiten zur Verwendung durch eine multinationale Struktur, die Entscheidungshoheit verbleibt bei den Mitgliedstaaten. (Siehe S. 83)
Pooling through acquisition	Pooling durch Beschaffung; intensivste Form des Pooling; gemeinsame Beschaffung und Verwaltung von Fähigkeiten in einer multinationalen Struktur. (Siehe S. 14f.)
R&D	Research & Development (Siehe S. 44)
R&T	Research & Technology (Siehe S. 91)
Role sharing	Beim „Role Sharing“ werden bestimmte Fähigkeiten durch einen anderen Mitgliedstaat oder eine multinationale Struktur sichergestellt. Der jeweilige Mitgliedstaat selbst stellt eine andere Fähigkeit oder einen finanziellen Beitrag zur Verfügung. (Siehe S. 14f., 84).
Rüstungskooperation	Zusammenarbeit von Partnern zum Zwecke der Ausrüstung und Ausstattung von Streitkräften. (Zu den vier Rüstungskooperationstypen, National, Bilateral, Multilateral und International, siehe S. 90f.)
S.P.E.C.	Specification of European Camouflage (Siehe S. 91)
SAC	Siehe Strategic Airlift Initiative
SCPKO	Special Committee on Peacekeeping Operations (Siehe S. 68)
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe

Sharing	ist die temporäre Zurverfügungstellung nationaler Fähigkeiten in einem multinationalen Kontext, ohne dass hierfür ein Verwendungsmechanismus geschaffen wird. Auch hier behalten die Mitgliedstaaten die Entscheidungshoheit und bestimmen unter welchen Bedingungen die Verwendung der Fähigkeiten stattfindet (z.B. EU-Battlegroup). (Siehe S. 14)
Sharing capability for high cost assets or very complex systems / Rollen und Aufgabenteilung von seltenen und teuren Fähigkeiten	Seltene und teure Aufgaben sind schwer von einer Einzelnation zu bewältigen, können aber durch Zusammenlegung aller Kapazitäten der Mitgliedsstaaten innerhalb der EU abgedeckt werden, z. B. die satellitengestützte Aufklärung beim EU Satellitenzentrum in Spanien. Vgl. Role sharing . (Siehe S. 85)
Smart Defense	(Smart Defence oder Smart Defense, beide Schreibweisen kommen in Originalquellen vor.) Konzept der NATO, das, wie auch das Pooling & Sharing der EU, im Kern eine Entscheidung hinsichtlich Priorisierung der nationalen Fähigkeiten, Spezialisierung in Abstimmung mit Partnern und Kooperation im Rahmen eines Verbundes von Gleichgesinnten bedeutet. (Siehe S. 40ff, 60ff., 101ff., 130ff.)
Specialization by Default	ungewollte unbeabsichtigte Spezialisierung einer Nation, die dadurch entsteht, dass eine andere Nation unkontrolliert ihre Fähigkeit bzw. Kapazität aufgibt. (Siehe S. 65) Vgl. Specialization by Design
Specialization by Design	durchdachtes und somit koordiniertes Vorgehen für den Einsatz von Mitteln und Fähigkeiten für gemeinsame Missionen (Siehe S. 65) Vgl. Specialization by Default

SSZ	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Siehe S. 39)
Strategic Airlift Initiative (SAC)	Strategische Lufttransport Initiative, in Ungarn stationiert und basierend auf drei Boeing C-17 Globemaster III-Transportflugzeugen, die für NATO-, EU- und UN-Einsätze bereitstehen können. Seit 2008 einsatzfähig. (Siehe S. 63)
TCC	Troop Contributing Countries (Siehe S. 68)
Transformation	die ständige Anpassung der Aufträge, Fähigkeiten, Strukturen und Prozesse an sich verändernde Umweltbedingungen (Siehe S. 35)
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force In Cyprus (Siehe S. 55)
UN-OCHA	United Nations Office for the Co-ordination of Humanitarian Affairs (Siehe S. 66)
Vertikale Form der Zusammenarbeit	Heute gängige Form der Zusammenarbeit, welche auch als „vertikale Integration“ bezeichnet wird. Neben multinationalen Führungs- und Entscheidungsstrukturen kommt es auch zu einer Durchmischung auf der Ausführungsebene. (Siehe S. 138)
Vertrauen	Soziales Phänomen, das eine Beziehung zwischen einem Vertrauensgeber (Vertrauenssubjekt) und einem Vertrauensnehmer (Vertrauensobjekt) in einem sozialen Kontakt impliziert und durch Risiko, Reziprozität, Zeit und Bereichsspezifität gekennzeichnet ist. (Siehe S. 125ff.)
Visegrad-Gruppe (V4-Gruppe, V4)	Kooperation der 4 NATO- und EU-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. (Siehe S. 54ff.)
VNGS	Generalsekretär der Vereinten Nationen (Siehe S. 66ff.)

VNGV	Generalversammlung der Vereinten Nationen (Siehe S. 67ff.)
VNMS	Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (Siehe S. 67ff.)
VNSR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Siehe S. 67ff.)

Autorenverzeichnis

ALGIERI Franco, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES)

DANHOFER Josef, Institut für höhere militärische Führung, Landesverteidigungsakademie

FELBERBAUER Ernst M., Forschungsmanagement und Kooperationen, Landesverteidigungsakademie

GAUSTER Markus, Institut für Friedens- und Konfliktmanagement, Landesverteidigungsakademie

HAUSER Gunther, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik, Landesverteidigungsakademie

KAMMEL Arnold, Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES)

KOTZIAN Jürgen, Sprachinstitut des Bundesheeres, Landesverteidigungsakademie

LAMPALZER Hans, Sprachinstitut des Bundesheeres, Landesverteidigungsakademie

PFARR Dietmar, Institut für Human- und Sozialwissenschaften, Landesverteidigungsakademie